

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. August 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Prügel-Liberalismus.

Die Vertuschungsversuche des liberalen Magistrats der Stadt Berlin in der zum Himmel schreienden Mielczyner Affäre haben den Scherblättern erneuten Mut zur Verteidigung der Mißhandlung von Fürsorgezöglingen gegeben. Zur Verteidigung des Pastors Breithaupt veröffentlicht der „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der „Tag“ eine Reihe von Angaben, die die Blätter sich durch ihren nach der Anstalt Mielczyn entsandten Berichterstatter haben mitbringen lassen. Pastor Breithaupt hat dem Mißbegierigen Einblick in das Vorleben der Mielczyner Fürsorgezöglinge gewährt, damit auch er sehe, wie schwer die dem Herrn Pastor anvertrauten Jungen zu behandeln seien. Anfangs war ja Herr Breithaupt selber über das Vorleben manches seiner Schutzbefohlenen noch nicht hinreichend unterrichtet gewesen, was ihn freilich nicht hinderte, baldigst gegen sie die Peitsche zu gebrauchen und eifrig darauflos zu hauen. Inzwischen werden aber die Akten, um deren rechtzeitige Uebersetzung nach Mielczyn die Berliner Waisenverwaltung sich wenig Sorge gemacht hatte, dort wohl vollständig angelangt sein. Pastor Breithaupt hat sie dem Vertreter des „Lokal-Anzeiger“ vorgelegt, und der hat es für seine Pflicht gehalten, darüber eingehend immer nur das zu berichten, was er zugunsten des jetzt so bedrängten Herrn Pastors daraus entnehmen hat. Der „Lokal-Anzeiger“ scheut sich nicht, mehrere der in Mielczyn untergebrachten Jungen offen zu nennen und gleichzeitig ihre Vergangenheit zu schildern. Angegeben werden da der Familienname, der Vorname, das Geburtsjahr, sogar der Geburtstag mehrerer Zöglinge, und es wird dann mitgeteilt, welche Umstände und Handlungen den Jungen in Konflikt mit den Strafgesetzen gebracht und die Ueberweisung in Fürsorgeerziehung nötig gemacht haben. Auch der „Lokal-Anzeiger“-Mann, der von dem Pastor Breithaupt bedient worden ist und ihm dienen zu sollen meint, hat — nach bewährtem Rezept — just die Zöglinge herausgesucht, die ihm wohl als die Höfsten bezeichnet worden waren. Es gehört ein nicht gewöhnlicher Mut dazu, die Jungen in dieser Weise öffentlich zu brandmarken, so daß ihnen nach ihrer Entlassung aus der sogenannten Fürsorgeerziehung das Fortkommen erschwert werden muß. Die Wirkungen dieser durch den „Lokal-Anzeiger“ ausgeführten Brandmarkung können für die davon Betroffenen derartige sein, daß feigste Niedertracht sie nicht schlimmer wünschen könnte.

Das ist ein arger Mißbrauch, der mit den Akten der Mielczyner Zöglinge getrieben wird. Wer die Akten kennt — auch wir haben sie bei unserem Besuch in Mielczyn eingesehen — weiß, daß sie in geradezu erschreckender Art die wirklichen Gründe, die zu einer Verwahrlosung geführt haben, verschweigen. Die Gerichtsbeschlüsse arbeiten fast durchweg nach Schema F: der Wortlaut der Voraussetzungen, unter denen das Gesetz eine Fürsorgeerziehung zuläßt, wird aus dem Gesetz abgeschrieben. Keinerlei Eingehen auf die Jugendgeschichte des Kindes, auf die sozialen Verhältnisse seiner Erzieher und seine eigenen, keinerlei Eingehen auf die Ursachen, die die Erzieher zur Vernachlässigung oder das Kind zur Begehung unmoralischer Handlungen geführt haben. Und wie dehnbar sind die gesetzlichen Vorschriften!

Fürsorgeerziehung ist nach dem Gesetz zulässig:

1. Um die Verwahrlosung des Kindes zu verhüten, wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Vater das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehelosen oder unfittlichen Verhaltens schuldig macht, oder wenn ähnliche Voraussetzungen in den Verhältnissen eines bevormundeten Kindes vorliegen, oder
2. zur Verhütung weiterer sittlicher Verwahrlosung eines Minderjährigen, wenn der Minderjährige eine strafbare Handlung begangen hat, wegen derer er in Anbetracht seines jugendlichen Alters strafrechtlich nicht verfolgt werden kann und die Fürsorgeerziehung mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Handlung, die Persönlichkeit der Eltern oder sonstigen Erzieher und die übrigen Lebensverhältnisse erforderlich erscheint;
3. wenn die Fürsorgeerziehung außer diesen Fällen wegen Unzulänglichkeit der erzieherischen Einwirkung der Eltern oder sonstigen Erzieher oder der Schule zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens des jungen Menschen, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
4. wenn ein Angeklagter, der das 12., aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, aber freigesprochen ist, weil er die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besitzt.

Man sieht also, keineswegs ein Verschulden der Zöglinge ist — mit Recht — Voraussetzung einer Fürsorgeerziehung. Die Gerichtsbeschlüsse insbesondere auch Berlins leiden an dem jedem psychologisch und sozial vorbildeten Menschen sofort auf das peinlichste auffallenden Mangel einer Begründung der Ursachen der etwa vorgefallenen Straftaten oder sonstigen Untaten. Der schematische Bürokratismus beherrscht diese Beschlüsse. Es ist absolut unmöglich, aus ihnen ein lebendiges Bild des Zöglings, seiner Anlagen, seiner Fähigkeiten und seiner Entwicklungsfähigkeit zu gewinnen. Die sogenannten Akten, von denen der Berichterstatter der Scherblätter spricht, bestehen in dem Uebersetzungsbefehl, in dem Abgangs- und hier und

da in Arbeitszeugnissen sowie in schematischen Notizen des Dichtenberger Anstaltsbeamten, dahingehend: dem pp. fehlt noch der „sittliche Ernst“, um ihn zur Erlassung oder um der Staatsanwaltschaft den Erlaß der dem Zögling auferlegten Strafe schon empfehlen zu können. Eingehende Gutachten von Pädagogen und Ärzten fehlen durchweg. So werden die Zöglinge aktenmäßig mißhandelt. Und aus diesen Akten genannten Wischen weiß der Berichterstatter des „Tag“ und „Lokal-Anzeiger“ seinen Lesern ein Bild des Zöglings zu entwerfen! Für wie gemütsroh und albern muß er doch die Leser der Scherpresse halten, um ihnen das bieten zu dürfen. Fehlte nur noch eine biedermännische Versicherung, daß die Fürsorgeerziehung nicht wegen zu guter Führung der Zöglinge angeordnet zu werden könne.

Den Spezialberichterstatter übertrumpft noch im „Tag“ der fattsam bekannte Geminnungsgenosse Dertelscher Dentart, Richard Nordhausen. Er meint, in Fürsorgeanstalten schide Gesetz und Richter „nur die fast hoffnungslos Verwahrlosten“. Es seien das „abgebrühte Bengel“, die „immer nur an die wüßt genossene Freiheit und das frühere Lumpenleben zurückdenken“. Das kann nur ein Mensch schreiben, der jeder Kenntnis unseres Fürsorgewesens, der Fürsorgeanstalten und der Fürsorgekongresse bar und unfähig ist, den sozialen Zusammenhang der Dinge zu begreifen. Und doch gibt selbst dieser zeltotische Pharisäer gegen jugendliche Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung zu, „daß in Mielczyn einigermassen sinn- und ziellos geprügelt worden ist“.

Den Vertuschungsversuchen der Mielczyner Greuel gegenüber fassen wir einiges von dem zusammen, das von uns enthüllt und dann vom Pastor Breithaupt und dem Inspektor Engel in allem wesentlichen zugegeben ist.

Eine Reihe von Zöglingen sind mit einer starken Reitpeitsche, auch mit dem Krückstock geprügelt. Es sind 25, 50, 75, oft auch 100 Hiebe auf einmal verabreicht. Die wehrlosen Jungen mußten sich — teilweise mit einer Fessel an den Beinen — über einen Schemel legen. Dann wurde unbarmherzig losgeprügelt. Die Jungen mußten die Schläge zählen. Wenn sie sich verzählten, wurde von neuem begonnen. Hernach ist das zählen beseitigt, es wurde aber von vorne begonnen, wenn die Geprügelten „widerspenstig“ waren, also nicht geduldig still hielten. Geprügelt hat der Pastor Breithaupt selbst, bis selbst ihn ein Ekel vor dieser Henslerarbeit erfaßte. Mindestens zwei Monate hat es gedauert, bis dies Ekelfeühl in dem Pastor rege wurde. Der Barbarei mußten die Zöglinge zuschauen. Diese Zuschauerhaft wurde erst beseitigt, als einer der nicht geschlagenen Zöglinge gar zu arg weinte. Außer dem Pastor schlug der Inspektor Engel und ein Aufseher Brobel. Der Exekution schaute auch wiederholt die Anstaltschwester Olga zu. Geschlagen wurde, ohne daß ein Arzt gefragt wurde und ohne daß der Pastor über das Vorleben der Kinder Erkundigungen eingegeben hatte. So kam es, daß u. a. ein Zögling geschlagen wurde, der sogar ausweislich der Akten psychopathisch war. Der Pastor entschuldigte sich damit, daß ihm die Akten seitens der Waisenverwaltung nicht geschickt waren, ebenso wenig die Verhaltungsordnung.

Mißhandelt wurde wegen der geringsten Kleinigkeit. Das Ziel der Mißhandlung war einzig und allein: den Willen der Zöglinge zu brechen, sie zu willenlos folgsamen Geschöpfen umzugestalten. So wurde ein Zögling mit 50 Peitschenhieben bestraft, weil er eine Pause in der Arbeit gemacht und Zigaretten geraucht hatte. Ein geistig minderwertiger Zögling erhielt 50 Hiebe, weil er einen Brotbeutel mit mehreren Broten entwendet und verdeckt hatte, um zu entfliehen. In der bürgerlichen Presse wird nach Angaben des Pastors mitgeteilt, es sei wegen Diebstahl geprügelt. Auch wenn ein Diebstahl vorgekommen wäre, sein sollte, wäre unter seinen Umständen eine Mißhandlung gerechtfertigt gewesen. Was es aber mit der Entschuldigung auf sich hat, zeigen einige Beispiele. Ein Zögling hatte Dollen zu pflanzen, hierbei hatte er eine gegessen, dafür erhielt er 50 Peitschenhiebe wegen — Diebstahls. Zwei Zöglinge arbeiteten auf einem auswärtigen Gehöft und nahmen jeder ein von einer Henne eben gelegtes Ei an sich. Dafür wurden sie mit je 100 Peitschenhieben wegen — Diebstahls mißhandelt. Ein Knabe entnahm einer Schüssel eine Stulle. Dafür diktierte ihm der Pastor 50 Peitschenhiebe wegen — Diebstahls zu.

Außerdem wurde eine Straflonne eingerichtet. Die größte Anzahl der in sie Gesteckten mußte mit Fußfesseln gehen. Die Mißhandelten erhielten zum größten Teil außerdem Arrest. Das Arrestlokal besteht aus einer kleinen halbdunklen Zelle, in der die Gestraften auf dem nur mit einer Decke bedeckten Boden liegen mußten, teilweise an einen Ring angehängt, angeblich damit sie sich nicht aus dem Fenster stürzen können. Das Fenster ist vergittert und so klein, daß ein Mensch schwerlich sich hindurchzwängen kann. Mehrere Knaben wurden, als die Zellen geweicht wurden, in den Kartoffeller geworfen, zwei von ihnen an den Füßen gefesselt und die Hände mit einer sogenannten Aht auf dem Rücken zusammengebunden. Die Fesseln wurden auch während des Essens nicht abgenommen. Die Kinder wurden von anderen Zöglingen gefüttert. Sie erhielten nur zweimal am Tage Nahrung, und zwar nur

trodenes Brot und Wasser. Als Strafmittel verhängte der Pastor auch ein Sprechverbot. Wer gegen dieses schloß, wurde mit fünfzig Peitschenhieben bestraft.

Für die geistige, moralische oder körperliche Erziehung der Zöglinge ist in Mielczyn nach keiner Richtung hinreichend Sorge getragen. An Stelle von Lehrern und Ärzten fungieren der durch seine Handlungsweise als total unfähig zur Erziehung erwiesene Pastor Breithaupt sowie elf Aufseher, für deren pädagogisches Talent selbst die stärksten Verwehrräucherer dieses entsephlichen Unrechts, das in Mielczyn der Fürsorge Bedürftigen geschieht, ist, nichts anzuführen gewußt haben.

Die Fürsorgeanstalt Mielczyn ist die ärgste Karikatur auf eine der Pflicht der Fürsorge genügenden Anstalt. Der Zweck des „evangelischen Vereins für Waisenspflege in der Ostmark“, mit dem der Vertrag zwischen der Stadt Berlin und Mielczyn geschlossen wurde, ist keineswegs ein Fürsorgezweck. Vielmehr soll die Anstalt Mielczyn mit zum sogenannten Germanisierungskampf gegen die Polen dienen. Die Fürsorgezöglinge werden nach keiner Richtung hin zu dem schwereren Kampf im Leben vorbereitet. Völlig ungenügende Schuster-, Schneider- und Tischlerarbeit, die lediglich den Zwecken der Anstalt dient, haben einige der Zöglinge zu leisten, andere werden als landwirtschaftliche Arbeiter verdungen. So zeigt es sich, daß — freilich ganz im Geiste der Ausführungsbestimmungen zum Fürsorgegesetz — die Ausnutzung der durch die Gesellschaft Verwahrlosten zu ländlicher Vohnarbeit ein zweiter Zweck der Anstalt Mielczyn ist.

Das, was den Zöglingen gegenüber in Mielczyn begangen worden, ist eine Verwahrlosung an den Zöglingen selbst und an der gesellschaftlichen Pflicht zur Fürsorge. Durch Gerichtsbeschlüsse sind die Zöglinge der Fürsorge zum übergroßen Teil deshalb überwiesen, weil die zu ihrer Erziehung Verufenen ihre Pflicht nicht erfüllen konnten.

Die Behandlung der Fürsorgezöglinge in Mielczyn ist durch das Strafgesetz mit schwerer Strafe bedroht. Wird endlich die Staatsanwaltschaft einschreiten? Die Befehgebung hat eine Verschärfung der Strafen für rohe Mißhandlung von Tieren in die Wege geleitet. Sind Kinder deshalb, weil sie arm sind, minderwertiger als Tiere? Wären in ähnlicher Weise wie die Zöglinge Tiere oder wohlhabende Kinder mißhandelt worden, längst hätte der Strafrichter einschreiten müssen. Worauf wartet denn der Staatsanwalt? Hat die liberale Berliner Waisenverwaltung noch nicht ihre Pflicht erfüllt, Strafantrag zu stellen? Die liberale Waisenverwaltung hat ja, wie wir leider mitteilen mußten, von ihrer Pflicht noch immer keinen Gebrauch gemacht, den Vertrag mit Mielczyn zu kündigen, der den Berliner Steuerzahlern 500—800 M. jährlich für die Pflege jedes Zöglings auferlegt. Die Nichtaufhebung des Vertrages und die Nichtzurückrufung aller Zöglinge seitens der liberalen Stadtverwaltung ist eine Begünstigung der Taten, die in Mielczyn begangen sind. Die Waisenverwaltung will eine bessere Sorte Zöglinge nach Mielczyn senden. Sollen die etwa vom Pastor Breithaupt „erzogen“ werden oder sollen sie den Pastor Breithaupt erziehen?

Im Namen der Menschlichkeit, im Namen der Gerechtigkeit verlangen wir wiederholt, daß die Stadt Berlin endlich sich auf ihre Fürsorgepflicht den ihr anvertrauten Kindern gegenüber besinnt. Oder fürchtet sie „nach oben“ anzustoßen, den Gönnern des „evangelischen Vereins für Waisenspflege in der Ostmark“ zu mißfallen, wenn sie endlich ihre Pflicht Kindern, armen Kindern gegenüber erfüllt?

Der Generalstreik in Schweden.

Die schwedische Arbeiterschaft ist, dem Rufe ihrer Führer folgend, heute in den Generalstreik eingetreten. Von den Arbeitern der Eisenhütten haben bisher 30 000 die Arbeit niedergelegt. Der Massenstreik ist überall in Vorbereitung. Nach den Arbeiterzentren wurde Militär geschickt. Die Regierung erklärte eine Vermittlung für aussichtslos; sie wird für Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen, erkennt aber auch den guten Willen der Arbeiterführer an, selbst Maßregeln zu treffen, um Ausschreitungen vorzubeugen. Von den Arbeitern werden überall Ordnungsmänner gewählt. In Stockholm wurden 1500 Arbeiter bestimmt, die dafür zu sorgen haben, daß die Disziplin unter den Ausländern aufrechterhalten bleibt. Bürgerliche Schutzwachen, die nötigenfalls betraut werden sollen, haben den Auftrag, unter allen Umständen öffentliche Beleuchtung und Reinigung sowie auch die Geldinstitute zu schützen. Die Polizei, die gleichfalls für Ruhe und Ordnung sorgen soll, geht in einer ziemlich provokatorischen Weise vor. Der Stockholmer Streikausschuß hat hiergegen energischen Protest erhoben. Das Spiritusverbot hat fast überall begonnen. — Der Minister des Innern, Jamilton, droht den Eisenbahnern mit Entlassung und Lohnkürzungen, wenn sie sich den Streikenden anschließen. Die Haltung der Buchdrucker ist noch sehr unsicher. Alle übrigen Arbeiterkategorien werden sich unverzüglich dem Massenstreik anschließen. Dieser wird dann auch schon morgen eine ganz kolossale Ausdehnung erhalten.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengedächte und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Das Wolffsche Depeschensbureau verbreitet folgende Nachrichten:

Stockholm, 4. August. Nachrichten aus den Industriezentren und den Provinzorten besagen, daß der Streik bei weitem nicht allgemein ist und daß der Straßenbahnbetrieb aufrechterhalten werden konnte. Die kommunalen Arbeiter arbeiten wie gewöhnlich, nur die Fabrikarbeit ist lahmgelegt; es gibt aber doch auch hier Ausnahmen. Ordnung und Ruhe sind nicht gefährdet, die Geschäfte sind geöffnet. Aus Malmö wird gemeldet, daß die Arbeit im Hafen, in dem wenige Schiffe liegen, größtenteils niedergelegt ist. Die Zahl der Streikenden in Schweden beträgt etwa 45 000, davon 8000 in Malmö. In Göteborg sind etwa 200 arbeitswillige Hafenarbeiter aus Furcht vor Repressalien ausgeblieben, doch wurden die Hafenarbeiten in den letzten Tagen stark forciert, so daß die Routendampfer rechtzeitig abgehen konnten. Die notwendigen Ladearbeiten besorgt heute die Besatzung der Schiffe. Die Zahl der Streikenden in Göteborg beträgt 10 000.

Stockholm, 4. August. Die hiesigen Straßenbahnbeamten haben heute die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Reisenden in Stockholm ist augenblicklich die geringste seit Jahren. Die Touristen haben die Stadt verlassen, der Straßenbahn- und Droschkenverkehr ist eingestellt. Die Gasanstalt und die Elektrizitätswerke werden militärisch bewacht. Der Vorstand des Landessekretariats erklärte, auch die Arbeiter dieser Betriebe würden streiken, falls das Militär nicht zurückgezogen würde.

Dem „Tag“ wird aus Stockholm gemeldet:

„Infolge des Generalstreiks stehen alle Räder still. Es ruht der Straßenbahnverkehr, die Droschken und Automobile fahren nicht. Stockholm ist in Sonntagsstimmung. Die vielen Verdrücktheiten werden bis jetzt mit Humor getragen. Zahlreiche Arbeiter mißbilligen den Streik; sie sind aber gezwungen, mitzumachen.“ Die Arbeiterführer suchen den Mut der Streikenden durch Versprechungen aufrechtzuerhalten. Es sollen große Streikunterstützungen aus Deutschland eingetroffen sein.

Weiter meldet das Scheer-Blatt, daß die Banken massenhaft Revolver kauften. Ob aus blöder Furcht vor dem Proletariat, das gar nicht daran denkt, andere als wirtschaftliche Nachtmittel in die Waagschale zu werfen, oder um die Horde der Streikbrecher nach berückichtigten Mustern damit zu bewaffnen, wird nicht mitgeteilt.

Nach Rechnungen anderer bürgerlicher Blätter soll die Zahl der Feiernden bereits 250 000 betragen.

Der „Phönix“-Skandal.

Unser Leser wird von den Enthüllungen der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ über das Hüttenwerk „Phönix“ in Hörde, die vor einigen Monaten so großes Aufsehen erregten, unterrichtet. Unser Dortmunder Parteiblatt wies damals nach, daß auf dem „Phönix“ die Wagen der Staatsbahn schon seit Jahren im erheblichen Umfange mit Uebergewicht beladen wurden, und erhob den Vorwurf, daß auf dem Werke die Wagen zu nicht erlaubten Zwecken gebraucht und förmlich malträtirt worden seien, so daß die so mißbrauchten Wagen eine Gefahr für die Betriebssicherheit der Eisenbahn heraufbeschworen. Zum Beweise für diese Behauptung wies die „Arbeiterzeitung“ auf die Tatsache hin, daß kurz zuvor ein Arbeitszug zusammengebrochen sei.

Es dauerte nicht lange, so erschien im „Hörder Volksblatt“ eine Notiz, daß die Angelegenheit erledigt sei, weil die Eisenbahnverwaltung der „Phönix“-Verwaltung mehr Glauben schenkte als der „Arbeiterzeitung“. Diese herausfordernde Notiz des Hörder Blattes erfuhr in der Presse lebhaften Widerspruch. Es wurde von der Eisenbahnverwaltung gefordert, daß sie Aufklärung über die Affäre schaffe. Die Folge des Widerspruchs war, daß die Notiz des Hörder Blattes dementiert und bekanntgegeben wurde, die Untersuchung sei angeordnet. Dagegen ließ nun wieder das genannte Blatt durchblicken, es habe seine Mitteilung von der Verwaltung des Werkes erhalten, oder doch von einer Seite, die der Verwaltung nahe stehe.

Seitdem sind ungefähr sechs Wochen ins Land gegangen; erst jetzt erfährt man das Resultat der Untersuchung. An die Redaktionen der bürgerlichen Presse ist eine Erklärung der Eisenbahndirektion Offen ergangen, in der es heißt:

„Zunächst wird bemerkt, daß die Verkehrs- und Betriebsverhältnisse es nicht zulassen, daß sämtliche zur Aufgabe gelangenden Wagenladungen bahnamlich verwogen werden, und daß daher das im Frachtbrief angegebene Gewicht als richtig angenommen werden muß, solange nicht durch bahnsseitige Verwiegung das Gegenteil festgestellt wird. Auch bei bahnsseitiger Verwiegung, und es werden in großem Umfange Probeverwiegungen vorgenommen, ergeben sich oft Unterschiede in den Gewichtsermittlungen auf der Versand- und Empfangsstation, die auf die nicht immer mathematisch genau übereinstimmende Angabe der Wiegevorrichtungen, namentlich aber auch auf Witterungseinflüsse zurückzuführen sind. Diese Probeverwiegungen, welche auch die von dem Werke „Phönix“ ausgelieferten oder zu empfangenden Wagenladungen oft unterzogen worden sind, haben besondere Anstände nicht ergeben. Auch die sofort eingeleitete und eingehend geführte Untersuchung, die sich auf den Zeitraum vom April 1904 bis Mai 1909 erstreckt hat, hat ergeben, daß zwar Staatsbahnwagen mit einem höheren als im Frachtbrief angegebenen Gewicht die Uebergewichte bewegen sich zwischen 1,4 Proz. und 3,75 Proz. gegenüber den im Frachtbrief angegebenen Mengen. Aus diesen Tatsachen erhellt, daß zwar Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, daß aber von planmäßigen Mischgeschäften des Werkes Zweck Erzielung von Frachtwortteilen nicht die Rede sein kann, es sich vielmehr lediglich um Nachlässigkeiten einzelner Angestellten handeln kann. Sämtliche Forderungen, die sich für die Staatskasse an den bei der Untersuchung ermittelten Unregelmäßigkeiten ergeben haben, sind beglichen worden.“

Das gesamte Untersuchungsmaterial bezüglich sämtlicher im gedachten Artikel aufgestellten Behauptungen ist seitens der zuständigen königlichen Staatsanwaltschaft geprüft worden. Die Staatsanwaltschaft hat keinen Anlaß zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gefunden, da die Erhebungen keinen Anhalt für eine strafbare Handlung einer bestimmten Person ergeben haben und jegliche Anhaltspunkte für ein strafrechtlich zu verfolgendes Verhalten fehlen.“

Die Erklärung ist keine Widerlegung, sondern weit mehr eine Bestätigung der behaupteten Mißstände.

Es ist folgendes zu konstatieren:
1. Die „Unregelmäßigkeiten“ werden zugegeben. Die Einschränkung der Uebergewichte durch angebliche Unterwiegungen ändert nichts an der Tatsache, solange nicht die Eisenbahndirektion ziffernmäßig angibt, in welchem Verhältnis beide Posten miteinander stehen und wie hoch der Betrag ist, den der „Phönix“ an die Staatskasse abgeführt hat.

2. Der Eisenbahnpräsident gibt an, daß sich die ermittelten Uebergewichte zwischen 1,4 und 3,75 Prozent gegenüber den im Frachtbrief angegebenen Mengen bewegen. Wie sieht das im Einklang mit den Feststellungen der „Arbeiterzeitung“, daß an einem einzigen Tage sieben sogenannte „Mischenwagen“ hinausgingen, die zusammen ein Uebergewicht von nicht weniger als 24 000 Kilogramm hatten!

3. Die Eisenbahnverwaltung meint, es handle sich nicht um planmäßige Mischgeschäfte zur Erzielung von Frachtwortteilen, sondern um Nachlässigkeiten einzelner Angestellten. Was ist das aber für eine Verwaltung, die sich solche unerhörte Nachlässigkeiten nicht merkt?

4. Wie bestätigt wird, haben die Nachprüfungen durch die Eisenbahnverwaltung „Unregelmäßigkeiten“ ergeben. Mühen dann aber die früher vorgenommenen amtlichen Probeverwiegungen nicht recht nachlässig vorgenommen worden sein?

5. Von der schlechten Beschaffenheit der Weise weiß der Eisenbahnpräsident nichts, auch nichts davon, daß nach dem Erscheinen des Artikels in der „Arbeiterzeitung“ sofort schieferhaft Reparaturen an den Weisen vorgenommen worden.

Alles in allem: An den Behauptungen der „Arbeiterzeitung“ läßt sich nicht drehen und deuteln. Es steht fest, daß die „Phönix“-verwaltung hinterzogene Frachtgelder an den Fiskus abgeführt hat. Die „Arbeiterzeitung“ hat sich also durch ihre Enthüllung ein Verdienst erworben.

Die Ereignisse in Spanien.

Ein Aufruf des Internationalen Sozialistischen Bureau.

Das Internationale Bureau erläßt folgenden Aufruf:
Wieder hat die Kolonialpolitik des Kapitalismus schwere Konflikte hervorgerufen. In Marokko sind die europäischen Soldaten in den Kampf mit den Eingeborenen geraten. In Spanien haben sich die Arbeiter gegen einen Krieg, dessen ganze Lasten auf den ärmsten Teil der Bevölkerung fallen, erhoben. Seit langem hatte übrigens die sozialdemokratische Partei die Gefahren einer Situation vorausgesehen, aus der der gegenwärtige Zusammenstoß entsprungen ist. Am 24. August 1907 hat der Internationale Kongress in Stuttgart mit einstimmiger Mehrheit eine Resolution beschließen, die die marokkanischen Unternehmungen Frankreichs und Spaniens verurteilt, die ihre Quelle in den Spekulationen geldgieriger Kapitalisten haben, und er hat die Praxis der Bourgeoisie gebrandmarkt, die das Blut der Arbeiter strömen läßt, um ihre Gewinne zu mehren. Der Kongress hat speziell die Arbeiter Frankreichs und Spaniens aufgefordert, eine kräftige Kampagne zu unternehmen, um die Expeditionen nach Marokko zu verhindern, die Europa mit den schlimmsten Konflikten bedroht haben und noch bedrohen können.

In Ausführung dieses Beschlusses haben die sozialdemokratischen Parteien Frankreichs und Spaniens eine Reihe von Versammlungen organisiert zu dem Zweck, den Frieden zwischen den Nationen aufrecht zu erhalten, und die Regierungen der beiden Länder, die monarchische wie die republikanische, haben darauf geantwortet, indem sie aus Frankreich unsern Vertreter für Spanien Pablo Iglesias, und aus Spanien unsern Vertreter für Frankreich Albert Wilim ausweisen ließen. Seitdem ist nicht eine Woche verlossen, ohne daß die verantwortlichen Organe unserer Parteien, die direkt interessiert sind, ihre Anschauungen verhandelt hätten. Am nur von Spanien zu sprechen, haben Versammlungen gegen den Krieg in allen Städten stattgefunden, wo das Proletariat sich der unglücklichen Kriege auf Cuba und den Philippinen erinnert, in Madrid, in Salamanca, in Leon, in Santander, in Murcia, in Valencia, in Barcelona und noch anderswo. In ihren Artikeln, in ihren Reden, in ihren Proklamationen und besonders in dem Manifest vom 28. Juni 1909, unterzeichnet von Pablo Iglesias und Marino Garcia Coriés, haben die Mitglieder des nationalen Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Parallele gezogen zwischen der Politik, die man hätte befolgen sollen, und jener, die man befolgt hat. Anstatt die produktiven Kräfte Spaniens zu entwickeln, zu dem Zweck, die bedauerliche periodische Auswanderung, zu der die spanischen Proletarier verurteilt sind, zu beseitigen, anstatt den öffentlichen Unterricht zu verbessern angesichts des Zustandes, daß 68 Prozent Analphabeten und 50 000 Mönche und Nonnen vorhanden sind, anstatt die öffentlichen Lasten zu vermindern in einem Lande, wo das Kriegsbudget mehr als 50 Millionen jährlich absorbiert und wo 80 Prozent der Staatsentnahmen für Schuldenverzinsung und militärische Ausgaben notwendig sind, hat die Regierung des Herrn Maura fortgeschritten, unter der Regide der internationalen Finanz eine Auenteurpolitik zu betreiben, die um so leichter ist, als das Proletariat vor allem die Geldsteuer und ganz allein die Blutsteuer trägt. Aber wenn der unglückliche Krieg Spaniens gegen die Vereinigten Staaten auch der Regierung nicht zur Lehre gebietet hat, so haben die Proletarier sich geweigert, sich auf Fahrzeugen, die des Geschwaders Koschijewskis würdig sind, einzuschiffen und sich die Haut durchlöchern zu lassen, um die Dividenden irgendwelcher Vergewaltigungsgesellschaften zu retten.

Die Revolte ist gekommen, fast spontan, eine Revolte der Männer und Frauen, der Gatten und Gattinnen, der Väter und Mütter. Und in diesem Lande der parasitischen Priester und Mönche hat die Volkswut nicht nur einen antikapitalistischen und antimilitaristischen, sondern auch antikerikalen Charakter angenommen. In diesen schweren Ereignissen haben unsere sozialdemokratischen Freunde ihre Pflicht erfüllt. Die Internationale schuldet ihnen ein Zeichen der Sympathie und der Dankbarkeit. Sie haben dem Krieg den Krieg gemacht mit Gefahr ihres Lebens, sie haben die Resolution unseres Kongresses zur Ausführung gebracht, und darum sind wir solidarisch mit ihrer Aktion. Wir verkünden das laut in dem Moment, wo die Reaktion, die sich der Geschichte der Kommune erinnert, versucht, durch ihre tendenziösen Nachrichten und die Zensur die Opfer in Verbrecher und die Verbrecher in Opfer umzuliegen.

geg.: Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialdemokratischen Bureau.

Eduard Anseele, Léon Burnemont, Emile Vandervelde.

Der Sekretär: Camille Huysmans.

Der Aufruf in Katalonien dauert fort und die Revolutionäre sind die Herren in den kleinen Städten und Gemeinden. Die Zentralregierung verfügt über keine neuen Truppen, die gegen die Revolution gefandt werden könnten, und aus Barcelona können keine Soldaten entsandt werden, da dies die Erneuerung des Aufstandes zur Folge haben könnte. So herrscht in der Provinz ein Guerillakrieg gegen die staatliche Macht, der diese noch immer zur Kapitulation bringen kann.

In Barcelona selbst herrscht äußerlich Ruhe, doch kann jeden Moment der Generalstreik von neuem ausbrechen. Das Bekanntwerden der entsetzlichen Greuel, die die Regierung

in Barcelona verübt hat, hat im ganzen Lande Abscheu und Grimm erweckt. Die Truppen scheinen vandalisch gehandelt zu haben. Viele, die dem mörderischen Artilleriefeuer entgingen, wurden von den Soldaten und den Gendarmen mit dem Bajonett in die brennenden Häuser getrieben und fanden in den Flammen einen entsetzlichen Tod. Für diese Schandtaten macht das Volk die Regierung und die Dynastie unmittelbar verantwortlich.

Jetzt stellt sich auch heraus, daß die Verleumdungen, die die Regierung den Revolutionären nachsagte, völlig erlogen waren. Ein Telegramm aus Köln meldet:

Nach einem der „Kölnischen Zeitung“ zur Verfügung gestellten Geschäftsbrief aus Barcelona vom 31. Juli sind dort zwar mehrere Kirchen und Klöster ein Raub der Flammen geworden, ohne daß jedoch auch nur ein Opfer unter den geistlichen Personen zu beklagen wäre, die sämtlich von den bevorstehenden Ereignissen unterrichtet gewesen seien. Die in Särgen herumgetragenen 17 Leichen seien verrottete Leichen von Nonnen gewesen, die die Volksmassen aus den rauchenden Zimmern gerettet herausgewählt hatten und dann in höhnlicher Prozeßion umhertrugen.

Ebenso berichtet der Pariser „Figaro“:

Bei dem Klostersturm geschah den Mönchen und Nonnen kein Leid. Sie wurden aus den Klöstern hinausgejagt und diese dann angezündet. Wegen die Nonnen hat die Bevölkerung auch Beschwerden wirtschaftlicher Art. Man rief ihnen zu: „Pakt euch, ihr sollt nicht mehr unseren Frauen die Röh- und Stickerarbeit stehlen! Ihr zahlt keine Gewerbesteuer und macht unseren Arbeiterinnen Mißhals Konkurrenz. Durch eure Schuld finden sie keine Arbeit mehr!“ Auf allen Seiten sah man nun die Flammen der angezündeten Klöster. Merkwürdig ist der Widerstand, den das berühmte Nonnenkloster der Jesuiten leistete. Hinter hohen, dicken Mauern erwartete man hier die Auftrichter und begrüßte sie mit Flintenfeuer. Die Jesuiten blieben Sieger und ihrem Pensionate geschah nichts. Jetzt scheint die Ruhe in die Stadt zurückgekehrt zu sein. Die Repression ist so furchtbar gewesen, die Exekutionen und Verhaftungen so zahlreich, daß es fast unmöglich erscheint, daß die Revolutionäre in nächster Zeit einen neuen Streich wagen können.

Dies alles beweist, daß die antikerikalen Volksmassen trotz ihrer gerechten Erbitterung die Gebote der Menschlichkeit befolgt haben; die sämtlichen Grausamkeiten aber sind kaltblütig verübt worden im Namen und im Auftrage der frommen klerikalen Regierung.

In Barcelona.

Barcelona, 4. August. Die letzte Nacht ist ruhig verlaufen. Der Betrieb in den Fabriken ist wieder in vollem Umfange aufgenommen. Die Insurgenten in Sabadell wurden am Dienstag durch General Bonet, der 800 Gefangene machte, entwaffnet.

Iglesias enthaftet?

London, 4. August. Die „Times“ melden aus Madrid: Die Freilassung des verhafteten sozialistischen Führers Iglesias und anderer bekannter Republikaner sowie die mildere Handhabung der Zensur weisen darauf hin, daß die Regierung von der Wiederherstellung der Ruhe im Innern überzeugt ist.

Ein erfolgreicher Angriff der Kabylen.

Wetika, 4. August. Die Kabylen unternahmen gestern einen überraschenden Angriff auf das Lager des Generals Imaz; es sind einige Offiziere und Soldaten gefallen, andere verwundet.

Der Standpunkt Rulay Hafids.

Paris, 4. August. „Echo de Paris“ meldet aus Madrid: Es wird berichtet, daß Rulay Hafid in seiner Antwort an Spanien darauf besteht, daß Spanien sich auf seine Position bei Melilla zurückzieht. Die spanische Regierung müsse sich mit einer Maßregelung der Rifbewohner begnügen, eine weitere Vergütung könne nicht gegeben werden. Der spanische Ministerrat wird sich demnächst mit dieser Frage beschäftigen. Es heißt, die spanische Regierung habe sich über diesen Punkt mit Frankreich und England bereits verständigt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. August 1909.

Wilhelm II. und der Männergefang.

In welchem Maße Wilhelm II. trotz seiner vielen Regierungssorgen und großen Reisen noch Zeit findet, sich nicht nur um Kunst, Wissenschaft, Theater, Ballett, Hoffeste, Sport, Uniformen, Automobilkonstruktion usw., sondern auch um die Pflege des Beitrommens und Wettens zu kümmern, beweist folgender feierlicher, vom Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, dem Herrn von Troitz zu Solz, gegengezeichneter Erlaß im „Reichsanzeiger“:

„Die erinnerungsreichen Tage des jüngst verlossenen dritten Wettstreits deutscher Männergesangsvereine um den von Mir gestifteten Wanderpreis haben in Mir den erquicklichen Eindruck hinterlassen, daß alle Beteiligten mit freudiger Begeisterung zur Erfüllung der in Meinem Erlaß vom 27. Januar 1896 festgestellten vaterländischen Ziele mitzuwirken bemüht gewesen sind. Insbesondere erkenne und würdige Ich gern und uneingeschränkt den Eifer und die Hingabe, mit der die einzelnen mitkämpfenden Vereine sich ihrer Aufgabe gewidmet haben und den hohen Durchsicht, den die Leistungen trotz der verschiedenartigen Zusammensetzung der Vereine und trotz der Mannigfaltigkeit der Bedingungen, unter denen die Vorbereitung erfolgt ist, aufzuweisen hatten.“

„Inwiefern hat sich hierbei eine Reihe von Gesichtspunkten ergeben, deren Berücksichtigung für die Folgezeit wichtig erscheint. Soweit die gefangliche Ausbildung in den Preussischen Schulen in Betracht kommt, behalte Ich Mir besondere Regelung vor. Die Anordnung des ganzen Festes hat sich durchaus bewährt. Ebenso wird an der Einrichtung der Preisgelder und der von den Vereinen selbst zu wählenden Chöre festzuhalten sein. Vor allem aber wird auf die volkstümlichere Ausgestaltung des Wettstreits ein größerer Nachdruck gelegt werden müssen. Namentlich darf der erste Preischor nicht zu schwer gewählt werden. Bei den selbstgewählten Chören erscheint eine abwechselungsreiche Auswahl erwünscht.“

„Um zur Erreichung dieses hohen Zieles das Gelnige beizutragen, gibt Wilhelm II. in seiner Eigenschaft als preussischer König eine detaillierte sachverständige Anweisung, wie die Preischöre einzurichten sind, damit der Gesang melodisch klingt und nicht „die Grenzen der Stimmen dauernd in Anspruch nimmt, wie die Auswahl der Vieder erfolgen muß, wie der Ueberführung der Sänger mit Proben abgeholfen werden kann usw.“

„Offentlich finden die Anweisungen zum Wohle des Vaterlandes wie zur Förderung des Gesangswettstreits die sorgfältigste Beachtung.“

„Ich traue mich nicht.“

Die „D. Z. am Mittag“ will von unterrichteter Seite das Folgende erfahren haben:

Nach dem Diner, das Prinz Heinrich während des Aufenthaltes des deutschen Uebungsregiments in Wilbau der dortigen deutschen Kolonie gegeben hat, wurde fest politisiert. Die Deutschen im Auslande hatten natürlich mit dem höchsten Interesse die Vorgänge im Reich während der letzten Finanzreform verfolgt. Die Nichtstimmung über den Ausgang der Kalamität wurde dem Prinzen gegenüber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, und der Prinz stimmte den Kritikern unumwunden zu. Er sagte u. a.:

„Es ist das erste Mal, daß Seine Majestät, das „Ich traue mich nicht“ gesagt hat. Es ist ihm die Auflösung nahegelegt worden. Und ich hätte auch aufgelöst.“

So ungefähr — d. h. eigentlich noch etwas schärfer, bräute sich Prinz Heinrich aus. Daß die Konservativen bei Hofe heute unter dem Diner, ging aus dem Prinzen weiteren Worten jedenfalls mit Deutlichkeit hervor: Kanalvorlage, Reichsfinanzkommission, noch so'n Ding, dann... Aller bösen Dinge sind drei. Bälou ist noch lange nicht kalt gestellt, man wird noch oft seine Hand erkennen. Ein zweites Mal heißt's biegen oder brechen... Mit dem Zentrum lebt man auch ferner auf dem Qui vivo-Standpunkt. Es wäre ja auch eine vertauselt waghalsige Geschichte geworden. „Aber trotz alledem, ich hätte aufgelöst,“ sonst glaubten die, man dürfe und alles bieten.“

Wilhelm II. traute sich also nicht, etwas gegen die Junker zu unternehmen! Oder traute er sich nicht, den so herrlich „niedergerittenen“ Sozialdemokraten Gelegenheit zu einer neuen Attacke zu geben?!

Arbeitspensum des Reichstages.

Wie die „Deutschen Nachrichten“ erfahren haben wollen, will der Bundestag im September zunächst die Förderung der Beratungen über die Reichsversicherungsordnung betreiben, damit sie dem Reichstage bei Sessionsbeginn — man rechnet mit dem zweiten Drittel des September — sofort vorgelegt werden kann. Der neue Reichstag soll im Anschluß hieran vorbereitet werden. Seine Ueberweisung an den Reichstag wird in den ersten Tagen des Dezember erfolgen. Soweit bisher feststeht, werden auch das Arbeitskammergesetz und das Pfälzengesetz, die mit der Reichsversicherungsordnung im Zusammenhang stehen, nach erfolgter Umarbeitung dem Reichstage erneut zugehen. Die bei diesem Gesetz vorzunehmenden Änderungen sollen sich an die bisherigen Kommissionsbeschlüsse anschließen. Von Handelsverträgen sind der deutsch-portugiesische und die Verlängerung des deutsch-englischen Protokolls zu nennen. Die unerledigt gebliebene Strafprozeßreform wird dem Reichstage unverändert zugehen.

Die Fernsprecherreform soll dem Reichstage ebenfalls erneut vorgelegt werden, allerdings in abgeänderter Form. Der Grundsatz, die Verwaltung in die Lage zu setzen, ihre Einnahmen so erträglich zu gestalten, daß sie keiner Zuschüsse bedarf, wird festgehalten. Infolgedessen muß eine Erhöhung der Gebühren eintreten. Es soll aber nochmals in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich sei, die Pauschalgebühren neben der Einzelgesprächsberechnung beizubehalten und die Pauschale zu erhöhen. Die Sätze, die hierbei zur Erhebung kommen würden, sollen um etwa 50 Proz. gegen die jetzigen Sätze erhöht werden. Für die größeren Ortsnetze würden etwa 275 M. zur Erhebung gelangen. Die Gebührenstaffel für den Fernverkehr soll nach der alten Vorlage beibehalten werden; der Kreis der Vororte um die Großstädte, die die Ortslage bezahlen, soll dagegen eine Erweiterung erfahren.

Eine Probe aufs Exempel

Ist es, vor die der Stadtrat von Lambrecht die bayerische Regierung gestellt hat. Gar zu gern hätte die letztere gesehen, wenn der Stadtrat in Anbetracht der im Herbst erfolgenden allgemeinen Stadtratswahlen auf eine Neuwahl des Bürgermeisters verzichtet hätte, wenigstens deutet eine Anfrage des Bezirksamtes Neustadt darauf hin. Diese Anfrage wurde jedoch verneint, und so fand am Sonntag die Wahl eines Bürgermeisters statt.

Genosse Peter Kölsch, Lagerhalter im Konsumverein, wurde, wie wir bereits gestern mitteilten, als Bürgermeister in Vorschlag gebracht und auch gegen eine Stimme gewählt; dafür stimmten auch die dem Zentrum angehörenden Stadträte.

Die bei dem Genossen Kölsch gemachten Einwände bezüglich des Abhängigkeitsverhältnisses von der Partei, unter dem — nach Meinung der Regierung — die Objektivität leiden soll, können bei Kölsch nicht gemacht werden. Kölsch ist als Lagerhalter völlig unabhängig von der Partei. Er fungiert auch als Schöffe am Amtsgericht Neustadt.

Es wird sich nunmehr zeigen, ob die Gründe bei der Nichtbestätigung des Genossen Kölsch wirklich mehr waren als ein leerer Vorwand, um sich von der prinzipiellen Entscheidung zu drücken, ob in Bayern ein Sozialdemokrat als Bürgermeister amtieren darf.

Aus Württemberg.

Eine konsequente Politik zugunsten der bestehenden Klassen verfolgen zurzeit die württembergische Regierung im Bunde mit sämtlichen bürgerlichen Parteien. Zunächst haben sie, wie bereits berichtet, in der Finanzkommission den Antrag durchgedrückt, den Eisenbahnfahrpreis für die 4. Klasse von 2 auf 2 1/2 Pf. pro Kilometer zu erhöhen. Die wichtigsten Gründe unserer drei Genossen in der Finanzkommission gegen diese Verkehrsverteuerung wurden schlanweg unter den Tisch geworfen. Die Regierung braucht Geld. So nimmt sie es von den Armen und Kermsen, die durch die „Reichsfinanzreform“ schon so aufs schärfste betroffen werden. Diese Wagnisse der Regierung und der bürgerlichen Parteien hilft mit, die notwendig gewordene Steuererhöhung der Einkommen- und Ertragssteuern von 12 auf 5 Proz. (der Einheitsätze) zu ermäßigen. Diese Ermäßigung kommt naturgemäß am stärksten den bestehenden Klassen zugute. Dafür wird die 4. Klasse reisende Menschheit um so schärfer belastet. Damit aber nicht genug, wurde auch noch beschlossen, daß die noch notwendige Steuererhöhung alle Steuergruppen gleichmäßig treffen soll. Der Antrag, die unteren Stufen der Einkommensteuer (sie wird von 500 M. Jahreseinkommen an erhoben) freizulassen und dafür die größeren Einkommen stärker zu belasten gemäß der Höhe des Einkommens, wurde abgelehnt. Auch da standen sämtliche bürgerliche Parteien mit der Regierung wieder zusammen. Es kann als ausgeschlossen gelten, daß das Plenum anders beschließt als die Mehrheit der Kommission. Selbstverständlich haben Regierungsvertreter und bürgerliche Parlamentarier, als sie diese Beschlüsse faßten, den gesellschaftlichen Anstand (siehe Aniges Umgang mit Menschen) durchaus gewahrt. Das wird aber nicht hindern, daß die große Masse der Wähler die Beschlüsse der herrschenden Klassen wie die Auspöterung der breiten Masse als höchst unanständig empfindet.

Wie die Regierung, so die Agrarier.

Der Stettiner Regierungspräsident hat bekanntlich die Gebühr für Erlaubnisbescheinigung zum Weizenammeln von 5 Pf. auf 3 M. und 10 Pf. erhöht. Diese Maßregel, die geradezu als eine Verteuerung der Armut zu bezeichnen ist, hat einzelne Agrarier nicht ruhen lassen. Was die Regierung kann, können die Steuerdrückbehalter natürlich auch. Deshalb haben einige Großgrundbesitzer in der Umgegend von Schwelbitz in Pommern den Preis der Weizenzettel, der früher 50 Pf. betrug, auf 6 Mark erhöht! Einer dieser Herren kündigt jedem Acker 2 M. ab, das den Weg durch die freiberliche Forst mählt, um in die Wälder zu gelangen, in denen das Weizenammeln noch freier ist! Die natürliche Folge solcher Junker-

lichen Anordnungen ist, daß die Weizenkörner in den Wäldern ungenutzt verkommen, während in anderen Jahren arme Leute eine kleine Einnahme aus dem Erlös der gesammelten Früchte hatten. Aber — und das ist auch das Motiv des Stettiner Regierungserlasses — die Kinder nebst anderen Weizenammeln sollen nicht in den Wald, sondern auf das Feld — des Agrariers natürlich — gehen. Die Großgrundbesitzer wollen billige Arbeitskräfte haben. Deshalb gibt ein anderer agrarischer Menschenfreund in der Umgegend von Schwelbitz den Schein für 6 M. nur dann, wenn sich die Leute verpflichten, ihm mehrere Tage in der Ernte zu helfen. Wenn sie das tun, dann erhalten sie den ortsüblichen (Hunger-) Lohn und die sechs Mark zurück. Ob diese Art, Arbeiter zu pressen, Erfolg hat, wird leider nicht gemeldet. Sehr feudal ist sie jedenfalls.

Veranstaltungsrecht im liberalen Bremen.

Die Bremer Polizeibehörde kann der Versuchung nicht widerstehen, dem Reichsvereinsgesetz ein Schnippchen zu schlagen. Der Bezirk Gramke des sozialdemokratischen Vereins Bremen wollte Dienstagabend eine Versammlung abhalten, in der ein Vortrag über „Krise und Proletariat“ gehalten werden sollte. Zu der für den Beginn der Versammlung angelegten Zeit erklärten zum größten Erstaunen der Mitglieder auch ein Polizeibeamter. Von dem Versammlungsleiter darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung keine öffentliche politische sei, sondern eine Mitgliederversammlung, und aufgefordert, das Lokal zu verlassen, antwortete der Beamte, daß er im Auftrage seiner vorgesetzten Behörde handle und nicht weiche. Darauf wurde beschlossen, die Versammlung zu vertagen und Beschwerde bei der Polizeibehörde einzulegen.

Ein neuartiger Feldwebel.

Schwere Soldatenmishandlungen wurden gestern vor dem Kriegsgericht der 19. Division in Hannover dem aus Binde gebürtigen Feldwebel Herrn Eberhard von der 12. Komp. des Hannob. Infanterie-Regiments Nr. 74 zur Last gelegt. Feldwebel E. vor seinem Dienstantritt Braugehilfe, dient bereits im ersten Jahre. Nach der Anklage soll er am 6. Juli d. J. in neun Fällen gegen das militärische Strafgesetz verstoßen haben. Wie er angab, ist er an dem Morgen dieses kritischen Tages mit knapper Not auf dem Wege nach dem Scheidenständen einem Zusammenstoß mit einem Motorwagen entgangen und dadurch in erregte Stimmung geraten. Diese Erregung ließ er mehrere schlecht schießende Musketiere böhnen. Den Musketier Schmidt II hat er mit beiden Händen an der Brust gepackt und gegen eine Bretterwand geworfen, denselben dann ferner mit dem Gewehr gegen den Bauch gestochen, weil er das Gewehr nicht genügend stramm angezogen hatte. Auch soll er ihn mit der Hand ins Gesicht geschlagen haben. Den Musketier Fischer hat er an der Nase gepackt und demselben geschüttelt, daß ihm der Helm vom Kopfe flog, und dem Musketier Haber rief er den Zeigefinger so kräftig zurück, daß der Mann vor Schmerz laut aufschrie. Trotzdem er von seinem Hauptmann den Befehl hatte, die Leute zu keinem anderen als dem angelegten Dienste heranzuziehen, mußte er seine Dienstgewalt im entgegengekehrten Sinne ausüben. Er befahl einem Unteroffizier, den Musketier Schmidt II ordentlich vorzunehmen und ihn Kniebeugen machen zu lassen, wenn er auch dabei verrede! Durch einen anderen Unteroffizier ließ er dem Schmidt andauernd die Nase zuhalten. Gleichzeitig sagte er unter Wegnahme auf diesen Mann zu den umstehenden Unteroffizieren: „Sehen Sie sich diesen Menschen an. Es ist am besten, wenn man diesem Schwein eine Kugel durch den Hals schießt und es in den Busch wirft.“ Endlich wird der Angeklagte bestraft, bei der Eintragung der Schüsse für einen Mann eine Änderung in der Reihenfolge der Schüsse angeordnet zu haben, um diesem Musketier die Erfüllung der Bedingungen zu ermöglichen. Letztere Verschuldigung bestritt der sonst im allgemeinen geständige Angeklagte. Vom Verteidiger, Rechtsanwalt Weizsäcker, wurde geltend gemacht, daß Feldwebel E. als einseitig neuartiger sei, daß ferner dessen Bruder epileptisch sei und eine erbliche Belastung des Angeklagten nicht ausgeschlossen sei. Der ärztliche Sachverständige, Spezialarzt für Nervenleiden Dr. med. Zimmermann, erklärte, daß bei dem Angeklagten die Merkmale vorhandener Neuartigkeit konstatiert seien und deshalb mit der Annahme gerechnet werden müsse, daß der Angeklagte bei den ihm zur Last gelegten Straftaten sich im Augenblick der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt war. Zu einem abschließenden Gutachten wäre indessen eine weitere Beobachtung erforderlich. Das Kriegsgericht ordnete hierauf die weitere Beobachtung des Angeklagten durch den Sachverständigen an, setzte zu diesem Zwecke die Verhandlung aus und ordnete zu dem neuen Termine noch das Erscheinen des langjährigen Kompagniechefs des Angeklagten, des Hauptmanns v. Nöhrdanz, an.

Italien.

Der römische Stadtrat gegen den Jaren.

Rom, 2. August. (Fig. Ver.) In der Abend Sitzung vom 31. Juli nahm Genosse Della Seta unter großer Aufmerksamkeit der überfüllten Tribünen das Wort. Der Redner hob hervor, daß es nicht anreichte, sich für festliche Begehung des Jahrestages der italienischen Befreiung vorzubereiten, wenn man nicht aus der Erinnerung der Vergangenheit das Verständnis schöpfe, für die Freiheitskämpfe der Gegenwart. Es müge nichts, sich an glorreiche Kämpfe zurück zu erinnern, wenn man heute durch schuldiges Stillschweigen es hinnehmen wolle, daß ein mit dem Fluch der Völker beladenes Schiff in italienischen Häfen Gastfreundschaft finde. „Sie wissen alle, welches Schiff ich meine, das des Jaren Nikolaus II., den diplomatische Heuchelei nicht vor dem Abscheu aller Kulturvölker schützen kann.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialisten und Republikanern und auf den Tribünen). Bürgermeister Nathan: „Ich kann nicht gestatten, daß Sie fortfahren.“ Della Seta: „Ich weiß wohl, daß Sie mich unterbrechen müssen, kann mir aber nicht denken, daß Sie in ihrem Innern anders empfinden als ich. Es ist unsere Pflicht, gegen den gekrönten Mörder zu protestieren, der fähig von Meer zu Meer fährt, verflucht von Kultur und Gerechtigkeit. Das Volk Europas hat ihm in keinem Staat erlaubt, an Land zu kommen. Die hohe Bedeutung dieser Tatsache kann niemandem entgehen.“ Nathan unterbricht wieder. Della Seta fortfahrend: „Ich spreche zu allen Parteien, auch die Konstitutionellen, die in der Verdrängung des Vaterlandes Gisse von anderen forderten, können heute diese Hilfe Rußland nicht verweigern. R...“ Der Bürgermeister Klingel wiederholt und hebt dann die Sitzung auf. Della Seta verliest den Aufruf, in dem die Russen von der Demokratie Europas eine Solidaritätskundgebung fordern, und schließt mit folgenden Worten: „Was in Rom sozialistisch oder demokratisch empfindet, kann dieser Stimme nicht Gehör versagen. Während das Schiff des Mörders angestrichelt durch die Meere Europas eilt, entsenden wir vom Kapitol Roms den Helden der Freiheit zu ihrem Kampfe gegen den Absolutismus Größe der Solidarität und Wünsche des Sieges.“ (Lebh. Beifall auf den Tribünen).

Drei sozialistische Wahlsiege.

Rom, 2. August. (Fig. Ver.) Die Ersatzwahlen vom 1. August sind wieder unserer Partei günstig gewesen. In Genua I, wo bei den Hauptwahlen Genosse Pietro Ghiesia mit 3281 Stimmen gewählt worden war, ist bei der gestrigen Ersatzwahl, die durch die Doppelwahl Ghiesias nötig wurde, Genosse Canepa mit 3900 Stimmen durchgekommen. Canepa ist Chefredakteur des Genueser Partei-

und Gewerkschaftsblattes „Il Lavoro“. Am gleichen Tage wurde im Wahlkreis Ostiglia Genosse Bonomi mit 300 Stimmen Mehrheit gewählt. Der Kreis Ostiglia war bei den letzten Hauptwahlen unserer Partei, der er seit zwei Legislaturen gehörte, verloren gegangen. Die Wahl wurde aber wegen Unregelmäßigkeiten aufgehoben. Bonomi ist erster politischer Redakteur des „Avanti“ und als reformistischer Schriftsteller bekannt. Schließlich fand am Sonntag eine Stichwahl in Kovara statt, wo Genosse Giulietti bei den Hauptwahlen vom 14. März hätte zur Stichwahl kommen müssen, was erst von der Wahlprüfungskommission festgestellt wurde. Das Resultat des Wahlkampfes war, daß der Sozialist 3493, der Ministerielle 2541 Stimmen erhielt. Seit den Hauptwahlen ist der Ministerielle um 700 Stimmen zurückgegangen. Durch die Wahl der Genossen Bonomi und Giulietti steigt die sozialistische Fraktion im italienischen Parlament auf 44.

Portugal.

Beilegung des Konflikts.

Lissabon, 4. August. Die Stadt ist ruhig. Das Parlamentsgebäude ist militärisch besetzt. Vor Schluß der Parlaments-Sitzung gaben die Führer der einzelnen Gruppen Erklärungen ab, so daß der parlamentarische Konflikt momentan beigelegt ist.

England.

Für die politischen Gefangenen in Rußland.

London, 2. August. (Fig. Ver.) Am Tage der Ankunft des Jaren in Comed veröffentlicht die Presse eine Denkschrift an den Staatssekretär des Äußern Sir Edward Grey, in der die englische Regierung ersucht wird, ihre Entente mit Rußland dazu zu benutzen, das Los der politischen Gefangenen in Rußland zu erleichtern. Eine humanere Behandlung politischer Propagandisten von Seiten der russischen Regierung würde die britisch-russischen Beziehungen erheblich verbessern. Die Denkschrift ist unter anderen von folgenden Personen unterschrieben:

- Wirkliche: Birmingham, Hereford;
- Defane: Worcester, Durham, Hereford;
- Kanoniker: Barnet (Westminster), Scott Holland (St. Pauls, London);
- Lords: Armitstead, Courmes, Russell.
- Parlamentsmitglieder: Burt, Sir W. Brampton, Gordon, Henderson, Sir G. Kebley, J. A. Murray Macdonald, J. R. Macdonald, Ponsonby, Chadleton, J. Wedgwood.
- Die gezeichneten Namen bezeichnen Arbeiterabgeordnete.
- Verfasser: Cunningham Graham, F. Harrison, J. A. Hobson, Sidney Webb, Jangwill.
- Redakteure: Bunting („Contemporary Review“), Ruffingham („Nation“), Gardiner („Daily News“).
- Universitätsprofessoren: Browne, Gillin Carpenter, Patrick Geddes, Sir Oliver Lodge, L. Z. Hobhouse, W. Osler.
- Schließlich eine große Zahl von Friedensrichtern und Politikern.

Rußland.

Massenverhaftungen.

Warschau, 4. August. Neuerdings werden in ganz russisch-Posen Massenverhaftungen vorgenommen, sowohl hier als auch in der Provinz. Unter den Verhafteten befinden sich eine große Anzahl Privatbeamter, Ingenieure und Schriftsteller, unter den letzteren auch Ratwicz Szegierwa und Dzikowski.

Türkei.

Die Aretasfrage.

Konstantinopel, 4. August. In politischen Kreisen verfolgt man mit Aufmerksamkeits den letzten Schritt der Pforte in der Aretasfrage. Es bestätigt sich, daß die Pforte durch ihren Gesandten in Athen die griechische Regierung ersuchen ließ, nicht nur die griechischen Offiziere aus Areta zurückzuberufen, sondern auch den Verzicht auf jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Insel auszusprechen. Der griechische Gesandte hatte gestern mit dem Minister des Äußeren eine Unterredung über diese Punkte, bei der er den Standpunkt verteilte haben soll, daß die Entsendung der griechischen Offiziere nach Areta auf Wunsch der Schuttmächte erfolgt sei und diese daher für die Lösung der Frage zuständig seien.

Afrika.

Die Südafrikanische Union und die Farbigen.

London, 2. August. (Fig. Ver.) Der Verfassungsentwurf der Südafrikanischen Union wird gegenwärtig vom Oberhause beraten und wird bald dem Unterhause zugehen. Die Verfassung ist an sich demokratisch, aber da sie die Staatsmacht den Weißen überlässt und da die Weißen kaum ein Fünftel der südafrikanischen Bevölkerung bilden, so wird die Verfassung oligarchisch.

London beherbergt gegenwärtig zwei südafrikanische Delegationen. Eine besteht aus den Vertretern der weißen Oligarchie: Botha, Steijn, Merriman, Herzog, Willers, die für eine möglichst glatte und unveränderte Annahme der Verfassung wirken. Die andere Delegation besteht aus Freunden und Vertretern der Eingeborenen und der asiatischen Einwanderer, wie Genosse Schreiner, Dr. Abdurrahman, die für eine Aenderung der Verfassung zugunsten der Eingeborenen wirken und auf den Weisheit der britischen Arbeiterpartei rechnen. Vor einigen Tagen waren wir alle bei Macdonald, dem Sekretär der Arbeiterpartei, zusammen, wo auch einige hochgebildete Julus an den Unterhaltungen teilnahmen. Schreiner ist der Leiter dieser Delegation. Er ist deutsch-englischer Abstammung. Sein Vater war deutscher Missionar, seine Mutter eine Engländerin.

In Bezug auf die Verfassung zerfällt die südafrikanische Eingeborenenfrage in zwei Teile. Die Verfassung der vier Kolonien: Transvaal, Orange-Freistaat, Natal und Kapkolonie, gewährt das Wahlrecht nur den Wägern „europäischer Abstammung“. Die Eingeborenen und die eingewanderten Hindus, die innerhalb der Union wohnen, sollen also vom Wahlrecht ausgeschlossen sein, obwohl sie in der Kapkolonie seit einem halben Jahrhundert das gleiche Wahlrecht mit den Weißen genießen. Die Delegation Schreiner-Abdurrahman bemüht sich vor allem, eine Entrechtung der Eingeborenen und Asiaten zu verhindern. Der andere Teil der Frage betrifft die Protektorate Basutoland und Betschuanaland, die früher oder später in die Union einverleibt werden sollen. Die Stämme der Basutos und Betschuanen prätendieren gegen eine Einverleibung, da sie unter direktem Schutz der britischen Regierung weiter leben wollen, mit der sie vollständig zufrieden sind. Schreiner wirkt für eine Aufrechterhaltung des status quo, wenigstens aber für eine abwartende Haltung, um zu sehen, wie die neue Verfassung funktionieren wird. In letzterem Punkte will die britische Regierung die Einverleibung von folgenden Bedingungen abhängig machen: Unberührbarkeit der Reservatländer, Gleichheit der Besteuerung, Verbot des Spirituosenhandels, Aufrechterhaltung der Stammesversammlungen.

Es ist möglich, daß das Unterhaus einige Konzessionen für die Eingeborenen erlangen wird, aber viel Hoffnung ist nicht vorhanden. Wie die Lage jetzt ist, wird die Union kein Segen für die Eingeborenen sein. Die südafrikanische Unionverfassung ist die einer brutalen und herrschaftlichen Oligarchie.

London, 4. August. Das Oberhaus hat heute den Gesetzentwurf über die Südafrikanische Union in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Gewerkchaftliches.

Die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden im 3. Quartal 1909.

Zum ersten Male lassen die allvierteljährlich vom reichsstatistischen Amt veröffentlichten Nachweisungen über die Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden wieder ein Nachlassen der furchtbaren Not der Arbeitslosigkeit erkennen. Die Nachweisungen erstrecken sich diesmal auf 57 Verbände mit 132110 Mitgliedern. Davon waren als arbeitslos am Ort oder auf der Reise gemeldet: am Schlusse der 13. Quartalswoche (26. Juni) 81325 und 4704 = 2,8 Proz., am Schlusse der 8. Quartalswoche (22. Mai) 82265 und 8806 = 2,8 und am Schlusse der 4. Quartalswoche 83614 und 8726 = 2,9 Proz. Während am Schlusse der ersten Quartalswoche die Prozentziffer der Arbeitslosen noch die des Vorjahres um 0,1 Proz. übertraf, hielt die des zweiten Stichtages sich auf gleicher Höhe und war die des dritten bereits um 0,1 Proz. niedriger. Noch stärker ist der Rückgang, gemessen am ersten Quartal 1909. Wir geben nachstehend eine Uebersicht über die Resultate der seitherigen Erhebungen seit dem Jahre 1904:

	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Januar	—	—	—	26. = 1,7	25. = 2,9	23. = 4,2
Februar	—	—	—	23. = 1,8	22. = 2,7	20. = 4,1
März	31. = 2,0	31. = 1,6	31. = 1,1	30. = 1,3	28. = 2,5	27. = 3,5
April	—	—	—	27. = 1,3	25. = 2,8	24. = 2,9
Mai	—	—	—	25. = 1,4	23. = 2,8	22. = 2,8
Juni	30. = 2,1	30. = 1,5	30. = 1,2	29. = 1,4	27. = 2,9	26. = 2,8
Juli	—	—	—	28. = 0,8	27. = 1,4	25. = 2,7
Aug.	—	—	—	25. = 0,7	24. = 1,4	22. = 2,7
Sept.	30. = 1,8	30. = 1,4	29. = 1,0	28. = 1,4	26. = 2,7	—
Okto.	—	—	—	28. = 1,1	26. = 1,6	24. = 2,9
Novbr.	—	—	—	24. = 1,1	23. = 1,7	21. = 3,2
Dezbr.	31. = 2,4	31. = 1,8	29. = 1,6	28. = 2,7	26. = 4,4	—

Ein Abflauen der Krise ist aus diesen Ziffern deutlich zu erkennen. Fassen wir die einzelnen Verbände ins Auge, so zeigt es sich, daß an allen drei Stichtagen mit sehr hohen Arbeitslosenziffern zu rechnen hatten die Bildhauer (13,4 Proz. am 26. Juni), die Friseurgehilfen (13,5 Proz.), Schuhmacher (12,8 Proz.), Tapezierer (10,5 Proz.) und Glaser (6,9 Proz.) Summe noch recht hoch ist die Arbeitslosenziffer im deutschen Metallarbeiterverband, wenn sie auch von 4,5 Proz. am letzten Stichtage des vorigen Quartals auf 4,8, 4,0 und 3,8 Proz. in diesem Quartal zurückgegangen ist. Günstiger haben sich die Verhältnisse beim Holzarbeiterverbande gestaltet, wo der Prozentsatz der Arbeitslosen von 4,5 am 27. März auf 3,8, 3,2 und 3,8 an den drei Stichtagen des letzten Quartals herabging. Sehr günstig ist diese Entwicklung im Fabrikarbeiterverband, der noch im vorletzten Vierteljahr sehr hohe Arbeitslosenziffern zu verzeichnen hatte, die bis zum 26. Juni auf 1,2 Proz. zurückgingen. Die niedrigste Arbeitslosenziffer mit 0,1 Proz. an allen drei Stichtagen hatte wieder der Bergarbeiterverband mit seinen 110 018 Mitgliedern.

Die Prozentziffer der Fälle von Arbeitslosigkeit, d. h. die durchschnittliche Häufigkeit der Arbeitslosigkeit pro Mitglied ist im letzten Vierteljahr gleichfalls herabgegangen von 12,7 auf 9,5. Und zwar beträgt sie bei den männlichen Mitgliedern 9,7, bei den weiblichen 6,7 Proz. Da die Gesamtzahl der Arbeitslosentage am Ort und auf der Reise 2117320 betrug, so kommt auf den einzelnen Fall von Arbeitslosigkeit eine durchschnittliche Dauer von 17,8 Tagen (gegen 22,7 im vorhergehenden Quartal). Im ersten Vierteljahr 1909 war die Zahl der Arbeitslosentage noch 3273948, also mehr als anderthalbmal so groß wie im zweiten Quartal. Stehen wir jedoch zweifellos vor einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, so wird dieser Vorteil für die Lebenshaltung der breiten Volksmassen schon wieder mehr als aufgehoben durch die neue ungeheure Steuerbelastung, die wir dem einträchtigen Zusammenwirken der schwarzblauen Volksfreunde verdanken.

Berlin und Umgegend.

Der Kampf im Schlossergewerbe

Ist jetzt auch in den Bau- und Kunstschlossereien offen ausgebrochen. Nach der Versammlung am Sonntag hatte die Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mit den Vertrauensmännern verschiedener Betriebe und mit den streikenden Bau- und Schlossern — in einigen Werkstätten hatten die Arbeiter auf eigene Verantwortung einen Streik begonnen — eine besondere Besprechung abgehalten. Die Leitung wollte den Wünschen der Bau- und Schlosser nach Möglichkeit gerecht werden; am Montag fanden 17 Betriebsbesprechungen mit geheimen Abstimmungen darüber statt, ob die Arbeiter des Betriebes sofort in den Streik eintreten sollten. In einigen Werkstätten wurde kein Streik beschlossen, in zehn Betrieben mit 590 Arbeitern begann am Dienstag der Streik. In der Versammlung der Streikenden, die am Mittwoch vormittag im Gewerkschaftshause stattfand, meldeten sich 13 Betriebe, wo gestreikt wird. Am Dienstagabend hatte sich eine Vertrauensmännerversammlung mit dem Stand der Dinge beschäftigt und die nötigen Maßnahmen beraten. Die Unternehmer haben ebenfalls Stellung genommen und drohen mit einer Aussperrung, die erst zu 50 Prozent und dann vollständig vorgenommen werden soll. Die Arbeiter fürchten den Konflikt nicht; sie haben sich lange genug um friedliche Beilegung der Tariffrage bemüht, aber die Unternehmer haben jedes Gegenkommen abgelehnt und tragen die Verantwortung für den Ausbruch des Kampfes, der in den nächsten Tagen vielleicht noch eine größere Ausdehnung erfahren wird.

H a n d l e legte der Versammlung den neuen Tarifvertrag vor, wie er jetzt zur Anerkennung gebracht werden soll. Die Vertrauensmänner haben sich damit einverstanden erklärt, und auch die Versammelten gaben ihre Zustimmung, daß der Vertrag heute, Donnerstagmorgen, den Reisern einzeln vorgelegt werde. Die Arbeitszeit soll demnach neun Stunden betragen. Der Mindestlohn beträgt 55 Pf. pro Stunde. Im ersten halben Jahre nach Beendigung der Lehrzeit erhalten Schlosser 50 Pf., im zweiten halben Jahre 52 1/2 Pf., dann 55 Pf. Selbstständig Arbeitende erhalten einen Mindestlohn von 65 Pf., Kolonnenführer einen solchen von 75 Pf. Diejenigen, welche durch diese Neuregelung nicht mindestens eine Erhöhung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde erhalten, werden soweit im Lohne aufgebessert, daß eine solche Lohnerrhöhung erreicht wird. Hilfsarbeiter erhalten 45 Pf. pro Stunde.

Für Arbeiten außerhalb der Werkstatt ist eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde zu zahlen. Bei Arbeiten außerhalb des Betriebes ist die Hin- und Rückfahrt sowie die darauf verwendete Zeit, gleichviel ob Lohn- oder Akkordarbeiter, ohne Rücksicht auf die Wohnung des Arbeitnehmers zu bezahlen. Fahrzeit nach Schluß der Arbeitszeit wird als Ueberstunde gerechnet.

Bei Arbeiten außerhalb Berlins und außerhalb der Vororte, die Uebernachten erfordern, wird für jeden Arbeits-, Sonn- und Festtag eine Zulage von mindestens 3,50 M. pro Tag gewährt. Es wird erwartet, daß eine Reihe von Firmen den Vertrag unterzeichnen wird.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil bezahlt.

Handle gab den Streikenden noch die nötigen Anweisungen und ermahnte sie, ihre Pflicht in dem Kampfe zu tun, der mit großer Umsicht und Energie geführt werden müsse.

Jeder Zug von Schlossern ist von Berlin fernzuhalten.

Der Streik der Müllkutscher und Schaffner bei der Wirtschaftsgenossenschaft, Depot Mühlenstraße, ist beendet. Infolge des Zugeständnisses, die drei gemahregelten Kutscher wieder einzustellen, nahmen alle am Streik beteiligten Schaffner und Kutscher am Mittwoch die Arbeit wieder auf. Bezüglich Abschaffung der von dem Fuhrherrn Freide verlangten Extrafahren soll zwischen dem Arbeiterausschuß und den beteiligten Firmen unter Hinzuziehung von Verbandvertretern noch verhandelt werden, wobei voraussichtlich eine Einigung erzielt werden wird.

Achtung, Fliesenleger! Durch Verhandlung der Schlichtungskommission vor dem Gewerbeamt wurde am 4. August ein Abkommen getroffen, welches unserer Forderung, die Subunternehmer bei der Firma Schachtel u. Meißner zu beseitigen, entspricht. Die Sperren über sämtliche Bauten, welche von den Subunternehmern Röhbach, Schuhmacher und Schaffner übernommen waren, sind somit aufgehoben.

Alle arbeitslosen Kollegen werden dringend aufgefordert, sich in der Geschäftsstelle des Verbandes zu melden, ohne Unterschied der Organisation, von welcher aus während der Bewegung die Arbeitsverteilung erfolgt. Fliesenleger und Hilfsarbeiter werden hier stets verlangt.

Alle von hier kommenden Kollegen sind mit gestempelten Zetteln versehen. Die Baudeputierten sind gehalten, darauf zu achten.

Geschäftsstelle der Fliesenleger. J. A. S. Waldheim, Kyffhäuserstraße 26. Amt 6, 1398.

Deutsches Reich.

Scharfmacher im Baugewerbe.

Folgendes Geheimgedicht hat der „Verband der Arbeitgeber des Baugewerbes für München und Umgegend“ an seine Mitglieder gerichtet:

Sehr dringlich und wichtig!

München, den 24. Juli 1909.

An sämtliche dem Verbands angehörenden, Bauarbeiter beschäftigenden Firmen!

Fortgesetzt geben uns brieflich, telegraphisch und persönlich Bescheid zu, daß in München auswärts streikende oder ausgesperrte Arbeiter Beschäftigung finden. Besonders hartnäckig lob der Kampf beinahe schon zwei Monate im Gebiete des Bierstädtebundes (Hamburg - Altona - Wandsbeck - Harburg), ferner in Pforzheim, Baden, Saarbrücken (Elsass-Lothringen [?]) (Geographie schwach! Anmerkung der Red.) und Würzburg (Unterfranken).

Der Ausgang dieser Lohnbewegung hat ungewisselhaft seine Rückwirkung auf unsere nächstjährige Lohnbewegung; deshalb ist es ernsthaft Pflicht unserer Mitglieder, Bauarbeiter, die aus diesen Orten zugereist, nicht zu beschäftigen. Eine Nichtbeachtung unserer Warnung würde sich bitter rächen und ungewisselhaft unsere Mitglieder selbst und auch unseren Verband schädigen. Die bestreikten Städte lämpfen auch für uns. Solange die Bauarbeiterorganisationen es als ihr gutes Recht und ihre Pflicht halten, ihre Leute von den beizureichten Ortschaften abzuschicken und in Versammlungen und öffentlichen Blättern vor Zug dorthin zu warnen, um den Kampf möglichst zu ihren Gunsten zu entscheiden, müssen wir alles daran setzen, die Unterbringung der Leute zu verhindern.

Deshalb heißt es, bei Einstellung Obacht geben auf die gelebten Invalidenmarken!

Unsere Arbeitsnachweisbeamten sehen fortgesetzt ihre Kontrolle fort!

Halten Sie Solidarität und sehen Sie in dieser Beziehung nicht hinter Ihren Arbeitern zurück.

Hochachtungsvoll

Der 1. Vorsitzender, gez. i. A.: Georg Bergmüller.

Dieses Geheimschreiben beweist zweifellos, daß die Scharfmacher im Münchener Baugewerbe es auf einen Kampf im nächsten Jahre abgesehen haben. Außerdem zeigt das Schriftstück aufs neue, daß entgegen allen scheinheiligen Beteuerungen der Unternehmer das Arbeitsnachweissbureau des Arbeitgeberverbandes zu einem ausgesprochenen Maßregelungs-bureau dienen soll.

Kündigungen von Tabakarbeitern infolge der neuen Tabaksteuer im 5. Gau des Tabakarbeiterverbandes (Westfalen, Lippe und Walde). In Lenzinghausen kündigte die Firma Otte von 60 Arbeitern 50, in Eilshausen die Firma André ihren sämtlichen 180 Arbeitern, die Firma Krüger u. Blumenau ihren sämtlichen 45 Arbeitern. In Wesenstrop kündigte die Firma Jülich u. Niehsche ihren 20 Arbeitern. Die Firmen Rehting u. Blank und Steinmeißer u. Wellensiefel werden ihre Fabriken zum 15. August schließen. In Lipstadt haben zwei Firmen 27 Arbeitern gekündigt. In Lage haben die Arbeiter die Kündigung erhalten, wovon einer getragen bezw. gefahren werden muß. In Holsen kündigte die Firma Busch ihren sämtlichen 27 Arbeitern. In Ostliver hat die Firma Jülich u. Niehsche sämtliche Arbeiter gekündigt. In Langendreer haben ebenfalls sämtliche Arbeiter der Firma Wiedemann ihre Kündigung erhalten. In drei Tagen sind also annähernd 400 Tabakarbeiter ihrer Erziehung beraubt worden.

Die staatsverhaltenden Unternehmer von Ahlen.

In der Stadt Ahlen bei Hamm in Westfalen streifen zurzeit die Maurer und Bauhilfsarbeiter. Obgleich die Forderungen der Arbeiter sehr bescheidene sind, können die organisierten Unternehmer sich nicht zu einem Entgegenkommen verstehen. Dagegen versucht man alle möglichen Mittel, um die Streikenden zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Da die persönlichen Anempfehlungen der Streikenden in dieser Hinsicht keinen Erfolg haben, wurden die italienischen Streikbrecher, von denen eine Anzahl im Orte ist, zu Gewalttätigkeiten animiert. — Von den am Orte wohnenden Unternehmern haben drei die Forderungen der Arbeiter bewilligt, davor natürlich großer Jörn ihrer anderen Kollegen, der schließlich darin seinen Ausdruck fand, daß man dem Unternehmer H. Rötering nächstlichereite sein Baumaterial zum Teil fortnahm, zum Teil durch Säuren unbrauchbar machte. Der Westholener veröffentlicht dazu im „Stad- und Landboten“ folgende Erklärung:

„Ahlen i. W., den 30. Juli 1909.

In der gestrigen Nummer des „Stad- und Landboten“ veröffentlichte Sie ein Notiz, wonach die nächtliche Abfuhr der Steine von der Baustelle der evangelischen Schule mit schriftlicher Erlaubnis des Polizeianten, also zu Recht erfolgt sei. — Demgegenüber erkläre ich, daß ich die Steine von dem Ziegelei-leiter Rötering rechtmäßig erworben hatte. Der Fuhrunternehmer Reuhaus hat die Steine auf meine Rechnung abgehoben. Rückständigere sind die Steine nach den Angaben des Polizeibeamten Wölkendrop von den Unternehmern Köppe, Quast, Th. Hübner, Joh. Wulle, Edel, Schulte und Karl Krämer abgehoben worden, während die auf dem Schulhofe abgeladenen Steine durch Uebergießen von Säure für die Außenfront unbrauchbar gemacht worden waren.“

Eine neue Niederlage der „Gelben“.

Unter großartiger Wahlbeteiligung fand am Sonntag die Wahl der Vertreter der kaufmännischen und technischen Angestellten zur Handelskammer für Augsburg statt. Der Ausfall bedeutet eine

berückende Niederlage der in der Maschinenfabrik Augsburg sitzenden gelben Protektoren. Zu wählen waren acht kaufmännische und vier technische Angestellte. Die Gelben erhalten trotz aller Anstrengungen nur drei Sitze; die organisierten Angestellten jedoch neun. — Die Wahlbeteiligung betrug 80 Proz.

Die Errichtung eines sogenannten Versöhnungsamtes beschlossen die sächsischen Unternehmervereinigungen der Textil- und Bekleidungsindustrie. Das Versöhnungsamt soll als Schiedsgericht bei Lohnunterschieden neben den gegenwärtig vorhandenen Vermittlungsämtern (Gewerbeamt) in Tätigkeit treten. Es wird zusammengesetzt sein aus einer gleichen Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen, die den verschiedenen Gewerkschaften angehören, und aus Unternehmern. Man hofft, daß durch die Einrichtung Streiks und Aussperrungen vermieden werden.

Die Sägehelfer bei der Firma J. D. Dominikus Söhne in Remscheid haben die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen haben ihren Ursprung in einem bedeutenden Lohnabzug, den sich die Arbeiter nicht gefallen lassen wollten.

Der Kampf im Hamburger Baugewerbe.

Am Mittwoch fanden vor dem Einigungsamt in Hamburg Verhandlungen statt. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

1. daß bis zum festgesetzten Termin keine Arbeitswilligen von den Unternehmern mehr angeworben werden dürfen;
2. die Arbeiterorganisationen dürfen bis zum 11. August keine neue Sperren verhängen.

Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie wurden auf Mittwoch, den 11. August dieses Jahres vertagt.

Uebersall haben die organisierten Arbeiter in den nächsten Tagen besonders darauf zu achten, daß die Unternehmer sich an obige Abmachung halten. Wenn gegenteilige Wahrnehmungen gemacht werden, ist der Streikleitung in Hamburg sofort Mitteilung zu machen.

Verfammlungen.

Der Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter, Zweigverein Berlin, hielt am Sonntag im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung ab. Auf einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Jubel mußte verzichtet werden, da Genosse Jubel infolge eines Unfalles zurzeit verkränkt war, wie der Vorsitzende der Versammlung mitteilte. Es wurde sodann die Abrechnung vom zweiten Quartal vorgelesen. Sie schließt mit der Bilanzsumme von 52 344,34 M. ab. Aus der Hauptkasse wurden unter anderem gezahlt: an Krankenunterstützung 277,55 M., Streikunterstützung 490 M., Sterbeunterstützung 500 M. Die Lokalfasse hatte den alten Bestand mitgerechnet, 37 817,94 M. Einnahmen, die Ausgaben, darunter 1163,95 M. an die Raiausgesperrten, beliefen sich auf 7318,65 M.; der Bestand war am Quartalschluß 30 499,29 M. Mitglieder hatte der Zweigverein am Quartalschluß 2507. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer Gräber auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge. Hierauf wurde über einige Anträge beraten. Ausschüsse wurden wegen Berges gegen die Grundzüge der Organisation auf Antrag des Bezirks Rosenthaler Vorstand Eduard Föhner, auf Antrag des Bezirks Weissensee Oskar Schuster. — Schließlich fand noch die Wahl eines Revisors der Zweigvereinsklasse statt; gewählt wurde Kunze.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Ortsverwaltung Groß-Berlin, hielt am 1. August die Quartalsversammlung ab. Der Kasienbericht ergab folgendes Bild: Einnahme vom 1. April bis 30. Juni 1909 9 900 M., Ausgabe 10 453,61 M.; Rehrausgabe 563,61 M. Saldo-vortrag vom 31. März 1909 13 591,25 M., Kassenbestand am 30. Juni 1909 13 037,64 M. Das Lokalvermögen besteht in Berliner Stadtblanckationen 10 200 M., Anteil am Gewerkschaftshaus 2000 M., an der 837,64 M. Aktives Vermögen 13 037,64 M., passives Vermögen 3000 M.

Vorsitzender Schwittau wies eingangs seines Berichtes auf den Schlosserstreik hin und ersuchte die Anwesenden, jede Streikarbeit strikte abzulehnen, sonst aber die Anordnungen der Verwaltungsleitung abzuwarten. In den Brauereien, besonders bei Pfefferberg, wird zurzeit bis 18 Stunden gearbeitet, während dort die achtstündige Arbeitszeit bestehen sollte und viele Kollegen arbeitslos sind. Die Organisation wird in allen diesen Fällen einschreiten.

Müller erstattete den Bericht aus der Gewerkschaftskommission. Schwittau gab noch einige Ergänzungen an und legte den Mitgliedern dringend ans Herz, ihre Kinder der freien Jugendorganisation und allen sonstigen von der modernen Arbeitergesellschaft für die Jugend bestimmten Institutionen zuzuführen.

Einem Antrag, die vierteljährlichen Generalversammlungen nicht mehr am Sonntag stattfinden zu lassen, sondern am Sonntagabend, stimmte die Versammlung zu. Berufsgenossen, welche dem Verein der Maschinisten Berlins und der Umgegend als Mitglieder beitreten, soll das weitere Verbleiben als Mitglieder der Zahlstelle Groß-Berlins des Zentralverbandes verjagt sein. Als zweiter Schriftführer wurde Ritter gewählt. In einer zur Annahme gelangten Resolution wird gefordert, daß bei Befehung offener Stellen nur der Verbandsnachweis benutzt werden soll.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom schwedischen Generalstreik.

Stockholm, 4. August. (B. L. B.) Die Totengräber auf dem Stockholmer nördlichen Kirchhof legten heute die Arbeit nieder. Auf dem südlichen Kirchhof wird die Arbeit noch fortgesetzt, doch ist der Streikanschluß wahrscheinlich.

Aus Land geschlichen.

Gowes, 4. August. (B. L. B.) König Eduard und Kaiser Nikolaus gingen an einer einsam gelegenen Stelle an Land und begaben sich nachmittags im Automobil nach Osborns.

Blitzschlag in einen Eisenbahnzug.

Krefeld, 4. August. (B. L. B.) Bei einem heftigen Gewitter schlug der Blitz in einen Zug der Kleinbahn Krefeld-Düsseldorf. Zwei Wagen sind verbrannt.

Am Grabe vom Tobe ereilt.

Heidelberg, 4. August. (B. L. B.) Bei der Beerdigung des Geheimrats Adolf Dausrat brach der Geheimrat Professor der Theologie Adalbert Metz, als er den Kranz der Patulität am Grabe niederlegen wollte, tot zusammen.

Ueberfallene Kolonialtruppen.

Saigon, 4. August. (B. L. B.) In der Nacht vom 2. zum 3. August griff ein Teil Bewaffneter aus dem Stamme der Quongs bei Soabien am Schwarzen Fluße eine französische Eingeborenen-truppe an, tötete den Inspektor Chaigneau und fünf Soldaten, außerdem wurden mehrere verwundet.

Paul Singer & Co., Berlin SW., 2. u. 3. Postfach 861.

Die Berliner Wahlkreise und der Parteitag.

Die Parteigenossen der Berliner Wahlkreise nahmen am Dienstag in gut besuchter Versammlung Stellung zum diesjährigen Parteitag und zu anderen aktuellen Parteitagen. Nachfolgend die Berichte der einzelnen Versammlungen:

Erster Wahlkreis. Wolderer eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Einleitung und dem Verlesen der verstorbenen Mitglieder, zu deren Ehren sich die Versammlung erhoben. Zur Provinzialkonferenz hat der erste Kreis keine Anträge zu stellen. Drei Delegierte wurden gewählt, die Genossen Ketti Guttmann und die Genossen Strehl und Bloch. Eine teilweise sehr erregte Diskussion setzte bei der Besprechung des kommenden Parteitages in Leipzig ein, die sich bis nach Mitternacht hinzog.

Wolderer, als Mitglied der in Nürnberg eingesetzten Kommission zur Änderung des Organisationsstatuts, berichtete über deren Beratungen und ging die vorgeschlagenen Änderungen des Statuts im einzelnen durch. Der Abzug im § 5, nach dem den Genossen die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern ist, wurde von der Versammlung abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, an Stelle des Absatzes 2 in § 7 zu setzen: „Eine Delegation der Reichstagsfraktion“. In § 23 soll es heißen: „Wer in bewußter Weise gegen die Parteitagbeschlüsse verstoßt, muß aus der Partei ausgeschlossen werden.“ Bezüglich der Reichstagsreform erklärte Wolderer, daß ein Unterstufungsfonds für die von der Ausperrung Betroffenen durchaus nötig sei. Meist würden die besten Genossen aus den Betrieben entlassen, sie zu schützen und zu stützen, sei unsere Pflicht. Die Verfestigung der Reichstagsreform wäre für uns eine Vorkosterklärung. Die Frage kann lebhaft lauten: wie können wir den in Anfangsstadium befindlichen Reichstagsausbau? Sodann griff Guttmann in die Diskussion ein. Kurz vor dem Parteitage hätten die Revisionisten wieder mal eine Streitfrage provoziert. Seien die früheren Fragen meist akademischer Natur gewesen, so handele es sich diesmal um Dinge, die die Interessen der Partei in brennendster Weise berührten. Die Zeiten, wo die Revisionisten sich nur theoretisch beschäftigten, seien vorbei, das zeige sich schon in dem Umstande, daß es bei der Finanzreform innerhalb der Fraktion zu scharfen Kämpfen gekommen sei. Der ganze Zug treibe nach rechts, das Streben ginge nach einem Bündnis mit dem Liberalismus. Unseren Abgeordneten insgesamt müsse gesagt werden, daß in ihren Reden nicht die Wut und Erbitterung der großen Masse gegen die Reichstagsreform zum Ausdruck gekommen sei, wie man es hätte erwarten dürfen. Statt rüchdelose Obstruktion zu betreiben, habe man immer Rücksicht auf den Liberalismus genommen, um es mit ihm nicht zu verderben. Gegenüber dem Revisionismus in der Partei müsse endlich einmal die blühende Frage gestellt werden: Will die Masse der Genossen seine Tendenzen gutheißen? Er glaube das nicht. Es werde voraussichtlich eines Tages zu einem gewaltigen Sturm kommen. Unseren Führern aber hätten wir zu sagen: Ihr habt zu tun, was wir wollen! Unsere Parteipolitik werde jetzt im „März“ und anderen bürgerlichen Organen gemacht. Redner polemisierte heftig gegen Heine, Bernstein, Frank, Laurenzschneider und andere. Wenn Heine für die Politik des Zentrums schwärme, so müsse es ihm klargemacht werden: Wir sind keine Schachfiguren, mit denen die Führer nach Belieben spielen können. Wenn man sich heute schon von Königen abblättern lasse und diese zum Danke an hohe, was solle man dazu sagen? Und so wies er sich noch sozialdemokratische Volksvertreter. Der Weg aber sei, daß der offizielle Wismarer der Partei auch dabei war. Redner verliest eine dementsprechende Resolution und bittet um einstimmige Annahme derselben. In demselben Gedankengange wie obige Ausführungen spricht Bloch. Es solle endlich Klarheit geschaffen werden, welche Taktik die große Masse wolle. Nicht nur staut sich die Reichstagsreform, sondern der Weg zur Reichstagsreform werde von den Revisionisten als Privatmeinung ausgegeben. Redner ist ebenfalls nicht zufrieden mit der Haltung der Partei bei der Reichstagsreform. Angesichts der Lage mußte der Generalkreis inoffiziell werden. Obstruktion hätte auch sehr leicht gemacht werden können, man wollte aber nicht, dem Liberalismus zuliebe. Für uns gebe es nur einen reaktionären Wold.

Ein weiterer Redner wendet sich gegen den Autoritätsdusei, der sich in der Partei breit mache. Dalki meint, er verstehe die

Empörung der Redner über die Reichstagsreform. Doch sei der Vorwurf gegen die Fraktion unberechtigt und durch nichts bewiesen. Eine Spaltung in der Partei herbeizuführen, könne er nicht beabsichtigen. Die Revisionisten wieder nach links zu ziehen, sei unsere Aufgabe. Redner spricht sich für die Beibehaltung der Reichstagsreform und Gründung einer Zentralstelle für den Reichstagsausbau. Publika erklärt, daß derjenige sich in einer Illusion befinde, der glaube, daß der Revisionismus nicht so groß ist. Debatten über diesen hätten schon immer in reichlichster Weise stattgefunden und in zahllosen Resolutionen sei er totgeschlagen worden, stets aber lebe er wieder. Geschmacklosigkeiten jedoch wie die in Württemberg, verstehe er nicht. Hier müsse endgültig gezeigt werden, welchen Weg die Partei gehen wolle. Das Interesse der Massen an den inneren Vorgängen der Partei müsse mehr geweckt werden. Der Beschluß über den Reichstagsausbau solle nicht nur bestehen, sondern weiter ausgebaut werden. — Wold: Fast sämtliche Redner hätten in derselben Richtung gesprochen, er müsse sich jedoch entschieden gegen einzelne Ausführungen und die verlesenen Resolutionen wenden. Diese enthielten ein beträchtliches Mißtrauensvotum gegen die Fraktion. Und was seien die Gründe hierfür? Der Vorwurf, die Fraktion habe mit dem Liberalismus paktiert, sei durch nichts bewiesen. Das Heine irgendwo schreibt, könne man nicht der Partei zuschieben. Unsere alten Parlamentarier, die schon so lange ehrlich und unbedorren für uns kämpften, nähmen es wohl noch an gesundem Instinkt mit Guttmann und Bloch auf. Es sei immer Brauch bei uns gewesen, zu warten, bis die Fraktion Rechenhaft ablegt. Kein Mißtrauensvotum in Vorlauf, sondern das Ergebnis des Parteitages abwarten und die Resolution ablehnen.

Damit war die Diskussion geschlossen. Die Anträge, auf die Tagesordnung dieses Parteitages noch den Punkt: Die Taktik der Partei zu setzen, weiter, den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten, wurden angenommen. Eine Resolution, die zum Ausdruck bringt, daß die sozialdemokratische Partei die einzige war, die das Volksausplünderungsgesetz im Ernst bekämpft hat, jedoch bedauert, daß weder der Parteivorstand noch die Fraktion zu schärferen Mitteln gegriffen, sich überhaupt zu wenig an die breite Masse des unterdrückten Volkes gewandt hat, wurde angenommen. Desgleichen eine Resolution Guttmann, die besagt, daß angesichts all dessen, was der Liberalismus schon verschuldet hat, die Zustimmung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit dieser Sorte Liberaler zusammenzugehen und gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken, wie eine blutige Verhöhnung der Partei anmuten müsse, und die Arbeiterschaft Mittel und Wege genug habe, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen. Annahme fand auch eine Resolution, die ihren Absichten gegen die spanischen Grausamkeiten und die Sympathie der Versammlung gegenüber dem kämpfenden Volke ausdrückt. Zum Parteitag wurden gewählt: Wolderer, Bloch, Witzner, Zur Verbands-Generalsammlung die Genossen: Königs, Baumgarten, Neumann, Boigsch, Träger, Hollendorf, Sanke, Hohendorf, Christian und Guttmann. Die nicht erledigten Punkte wurden für eine spätere Versammlung zurückgestellt.

Zweiter Wahlkreis. Die gut besuchte Generalsammlung tagte in der Vordrauer. Die Verbandsgeneralsammlung von Groß-Berlin betraf der erste Punkt der Tagesordnung. Dazu lag der von den Bezirksführern empfohlene Antrag eines Bezirks vor, eine umfassende Agitation für Partei und „Vorwärts“ nach dem Hamburger System zu entfalten. Das heißt, es sollen von den Gewerkschaften Abstrichen ihrer Mitgliederlisten erbeuten und dann unter den ermittelten Gewerkschaftlern die Agitation betrieben werden. Der Antrag wird angenommen. Ebenfalls von den Bezirksführern empfohlen wird ein Antrag Wendel, den Parteiführern aus Berlin einen Wählergeldzuschuß in Höhe von 50 M. zu gewähren. — Genosse Pfannkuch ist der Meinung, daß die Beschränkung eines solchen Zuschusses auf die Berliner unzulässig wäre. Ein Antrag, allen Parteiführern den Zuschuß zu gewähren, müßte beim Parteivorstand gestellt werden. Der Parteivorstand habe nun schon Erwägungen angestellt, den Parteiführern eine höhere monatliche Zubehöre zu geben. Die Höhe der Zulage sei noch nicht festgestellt. Für das ganze halbe Jahr werde der Betrag aber mehr ausmachen, als die beantragten 50 M. Deshalb könne der Antrag abgelehnt werden. — Nachdem Genosse Wendel noch einmal für seinen Antrag eingetreten war, wurde dieser angenommen. — Die für die Verbandsgeneralsammlung

bergeschlagnen Delegierten wurden bestätigt. Anträge für die Provinzialkonferenz lagen nicht vor.

Es folgte die Stellungnahme zum Parteitag in Leipzig. Genosse Pfannkuch referierte. Er hob die Bedeutung der Parteitage als Krisenstillungspunkte des Parteilebens hervor und ging dann auf die Parteitagsarbeit im letzten Jahre ein. Was die Arbeiten der Organisationskommission angehe, so siehe in Aussicht, daß ein abgerundetes Ganzes vor den Parteitag komme. Das Bestreben der Partei, die Kräfte immer mehr zusammen zu fassen, werde dadurch weiter gefördert. In der Finanzgebarung der Partei müßte seiner Meinung nach eine ähnliche Umwandlung eintreten, wie sie die Gewerkschaften durchgemacht hätten. Wer große Ziele erreichen wolle, müsse sich auch mit dem Gedanken vertraut machen, höhere finanzielle Opfer zu bringen. Um die Sozialdemokratie auf breiterer Grundlage mit immer festeren Wurzeln sich entfalten zu lassen, sei auf neuen Gebieten bergangen worden. Das Brechbureau sei seit einem Jahre in Tätigkeit und habe seit dem 1. April aus seinen gewerkschaftlichen Redakteuren, die Organisierung und Bildung der Jugend werde gepflegt und die Landarbeiterorganisation sei ins Leben gerufen. Bei allen drei Institutionen, die weiter zu entwickeln und auszubauen seien, habe sich die günstige Einwirkung des engeren Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaften gezeigt. Auch bei der Parteischule mache sie sich bemerkbar. — Die Partei habe in Deutschland alles daran zu setzen, um in geschlossener Stärke den Feinden gegenüberzutreten. Daher sei es notwendig, Streit und Zwist aus unseren Reihen zu verbannen zu suchen. Er glaube nicht, daß die Gegner mit ihren Erwartungen auf ihre Rechnung kommen. (Nal na! Württemberg!) Das sei mehr eine lokale Sache, zu der der deutsche Parteitag, wenn es notwendig wäre, seine Meinung sagen werde, die aber nicht solche Bedeutung habe, daß sie zu tagelangen Debatten führen könnte. — Gegenüber den Behauptungen von Gegnern, daß die Partei zum Stillstand gelangt sei, stellte Redner fest, daß die Partei trotz der Krise um 45 000 Mitglieder zugenommen und nicht nur ihre Schulden bezahlt, sondern einen anständigen Kampffonds von fast einer halben Million bereit habe. — Ein wunder Punkt sei die Reichstagsreform. (Zwischenruf.) Wie der Parteivorstand erkenne auch die Generalkommission die Fehler durch Arbeitstische als die würdigste an, aber über die Wege und Mittel gingen die Meinungen auseinander. Der Parteivorstand habe den Auftrag erhalten, mit der Generalkommission zu verhandeln, das heißt zu sehen, nach Möglichkeit die divergierenden Ansichten zu vereinigen. Wer einen solchen Auftrag gebe, der müsse sich selber sagen, daß ein Resultat nur bei Konzeptionen auf der einen und der anderen Seite möglich sei. Gemäß dem Auftrage des letzten Parteitages sei auf neue Verhandlungen zu gehen. Zu einem Reichstagsausbau für die Reichstagsreform habe der Parteivorstand die Zustimmung nicht erlangen können. Vorbehaltlich der Zustimmung der Konferenz der Parteivorstände sei jedoch die Schaffung von Bezirksfonds für bestimmte wirtschaftlich zusammenhängende Gebiete zugestanden worden. Mit diesem Vorschlag werde der Parteivorstand wohl kommen. Auf der Generalsammlung von Riederborn habe aus der Tatsache, daß als Reichstagsreferent an Stelle Richard Fischers Genosse Müller vom Parteivorstand getreten ist, ein Genosse den Schluß gezogen, die Frage solle noch unklarer gemacht werden. Diese Meinung, die in der Person den ganzen Parteivorstand treffe, wies Redner ganz entschieden zurück. Zum Schluß sprach Redner unter lebhaftem Beifall die Erwartung aus, daß der Parteitag daran festhalten werde, daß die Partei unbeirrt durch andere Parteibildungen ihren Weg weitergehen werde. Wer mit uns gehen will, muß in unsere Reihen kommen.

Genosse Clajus verlangt, daß der Parteitag ein ernstes Wort mit den württembergischen Abgeordneten rede, die sich mit dem König an die Frühstücksstafel setzen. — Genosse Peterabend ist derselben Meinung und läßt sich dann sehr skeptisch hinsichtlich der Durchführbarkeit der Reichstagsreform aus. Es sei eine schöne Idee darin verkörpert, sie koste aber Opfer wie keine andere Idee. Vorläufig sei die Reichstagsreform nicht durchführbar. — Genosse Behrend ist der Meinung, daß Parteivorstand und Generalkommission sich einig seien, daß die Reichstagsreform nicht durchzuführen wäre. Es hätte aber keiner den Mut, dies zu sagen. Für die Gewerkschaften sei die Reichstagsreform eine große Last. Aus seinen Erfahrungen als Angehöriger des Metallarbeiterverbandes könne er mitteilen, daß die mühsamen Erzeugnisse der Organisationsarbeit in großen Betrieben durch die Reichstagsreform auf lange Zeit immer wieder vernichtet worden seien. Mit Freuden habe er die bekannte Resolution des Metallarbeiterverbandes begrüßt. Man sollte endgültig den ganzen Kram aufheben. — Genosse Müller

Kleines feuilleton.

Die Vogelwiese. Die Dresdener Vogelwiese, die jetzt von einem so schweren Brandunglück heimgesucht worden ist, nimmt in der Geschichte unserer Volksbelustigungen eine besondere Stellung ein: sie ist sozusagen die Watter aller Vogelwiesen, von der zwar nicht die Sache selbst, wohl aber der Name ausgegangen ist. Die Sitte des Schießens nach dem Vogel ist im deutschen Volksbrauch weit; man hat sie sogar mit der Gestalt des Göttervaters Wotan und seinen beiden mythischen Potentatengöttern in Verbindung gebracht und als ein altheidnisches Opferfest in ihrem Ursprung erklärt. Dies Vogelwieschen nahm zunächst eine besondere Stelle in den alten Pfingstbräuchen ein. Mit der Stärkung und Entwidlung eines Bürgergeistes im Mittelalter, durch die Bildung wehrhafter Schützenzünfte wurde dann das Vogelwieschen von den Pfingstbräuchen losgelöst und zu einem selbstständigen sommerlichen Fest erhoben. Auch hier war das prächtig aufgerichtete Ziel zunächst noch ein Vogel auf der Stange. Je mehr Volk die Freischützen herbeizogen, je mehr sich diese Feste zu den großartigsten Vergnügungen des Mittelalters entfalteten, desto mehr Vogel mußten aufgestellt werden, drei oder sogar fünf; schließlich genügten sie den Schützen gar nicht mehr und die große Schießscheibe trat an ihre Stelle. Während sich so das eigentliche Freischützen in anderen, engeren und feierlicheren Formen vollzog, blieb das Vogelwieschen doch auch den großen Schützenfesten als eine harmlos gemütliche, vollstimmliche Belustigung erhalten, und um den freilich Vogel auf hoher Stange wuchs die so vielfältige Wundenstadt des Festes hervor, die ein notwendiger Bestandteil jedes Freischützen war. Von Anfang an war mit dem Vogelwieschen ein „Glückstopf“ verbunden gewesen. Fahrende Gaukler, Akrobaten, Quackpöbel sammelten sich hier aus allen Teilen Deutschlands und Schaustellungen jeder Art fanden hier ihren Platz. Besondere Aufmerksamkeit wurde im Mittelalter von den Festgebern auf die Regellöhnen gewandt, die damals noch eine Seltenheit waren; später boten das Puppentheater, das Wachsfigurenabineett oder eine Menagerie die größten Sehenswürdigkeiten. Allmählich überdug vielfach die Lustbarkeit den eigentlichen Zweck, das Freischützen. So erlangte denn bei manchen der jährlichen Schützenfeste gerade die auf einer bestimmten Wiese oder freiem Platz errichtete Wundenstadt besonderen Ruhm, und ganz besonders gut amüsierte man sich stets auf dem Dresdener Vogelwieschen. In der frühesten Zeit war das Schießen auf der Wundenstadt am Abend abgehalten worden; kurzfrist August verlegte es 1577 auf die Wiese vor dem Pleßtor, wo nun der Vogel aufgestellt wurde und Wunden und Feste errichtet waren. Davon erhielt nun der Wunden den Namen Vogelwiese, der sich allmählich auf alle Festplätze der Schützenzünfte und dann auf Vergnügungsparks jeder Art überhaupt ausdehnte.

Von der Erdbebenkatastrophe in Mexiko treffen jetzt ausführlichere Meldungen ein, die die furchtbare Ausdehnung des Unheils erkennen lassen. In der Hauptstadt selbst währten die Erdrerschütterungen in

kurzen Pausen nahezu 80 Stunden; erst am Sonnabend ließen die Stöße nach. Zeugen der Katastrophe berichten von Hunderten von Toten und zahllosen Verwundeten; der angerichtete Materialschaden kann einstweilen noch nicht abgeschätzt werden. Die prachtvolle alte Kathedrale der Stadt Mexiko ist nur noch ein trostloser Trümmerhaufen. Die Bevölkerung ist in höchster Aufregung; alle Häuser sind verlassen; in den Gärten, auf den großen Plätzen und in der Umgegend der Stadt lampiert die Menge unter offenem Himmel. Sie leiden furchtbar unter der Hitze, die ein plötzlich eintretender Regen mit sich gebracht hat. Um das Unglück vollzumachen, brach in einem Stadtteile am Sonnabend Feuer aus. Die Feuerwehre war völlig wehrlos, da die Erdstöße des Freitags die Wasserleitung zerstört hatten. Die Verwüstungen und das Unglück scheinen in den Provinzen noch schlimmer zu sein als in der Hauptstadt. Von Iguala und Chilpancingo fehlen bis jetzt alle Nachrichten. Man nimmt an, daß beide Städte völlig zerstört sind. Das letzte, was man vernahm, war die lakonische Meldung der Telegraphenbeamten, die diese aufgaben, ehe sie ihren Posten verließen. „Alles in Trümmern“ lauten übereinstimmend die beiden letzten Meldungen. In der Hafenstadt Acapulco sind sämtliche Häuser an der Hafenfront eingestürzt. Doch gelang es hier den Einwohnern, sich zeitweilen zu retten. Am Abend wiederholten sich die Stöße, die Kirchen stürzten ein, zum Schluß war in der ganzen Stadt kein Haus mehr, das nicht schwere Beschädigungen erlitten hat. Ebenso lauten die Nachrichten aus Puebla, Vera Cruz, Orizaba, Tlaxotalpan und Oaxaca. In Acapulco ist sogar das mächtige alte Gefängnis zerstört, das bisher den schwersten Erdbeben getrotzt hatte. Die abergläubische Bevölkerung sieht in der Katastrophe einen Will Gottes und weigert sich, in die Stadt zurückzugehen. Das südliche Mexiko, das von der Katastrophe am härtesten heimgesucht ist, hatte schon in den Jahren 1877, 1880, 1887, 1902 und 1907 durch Erdbeben schwere Prüfungen zu bestehen. Die Hauptstadt Mexiko hat bisher gewöhnlich nur leichtere Erdbeben zu überwinden gehabt. In Südamerika und Zentralamerika sind die Erdrerschütterungen gleich denen in Süditalien vulkanischen Ursprungs.

Musik.

„Nix Dubelsad“. Operette usw. Musik von M. Nelson. Erste — anscheinend wirklich erste — Aufführung Dienstag, den 3. August, im Neuen Schauspielhaus (Kollendörferplatz). Ein schottischer Schloßherr verläßt sein Schloß und übergibt sein uneheliches Töchterchen dem Verwalter zur Pflege. Das wächst sich zu einem recht naturwüchsigen Wildfang aus: „Ich bin das Fräulein Dubelsad, und paßt mir jemand nicht, Dann hab' ich Laft und viel Geschmad' und sag's ihm ins Gesicht.“ Die spät eröffnete Verfügung des Schloßherrn macht seinen Verwandten Hoffnungen auf das Gut und gibt den zwei Verfassern des Textes Gelegenheit, drei Akte mit einem Hin und Her zu füllen, das sich durch ein Zusammenfinden des Wildfanges mit einem Leutnant aus der Verwandtschaft löst. Werden wir zu einer Operettenkomposition dieses Textes gerufen, so dürfen wir erwarten, daß die musikalische Art des auch in

Schottland üblichen Dubelsades, der Sackpfeife, mit drolligstem III ausgeführt werde. Der eine oder die mehreren stets gleichen Melodien und die darüberliegenden etwa sechs Melodien könnten zur Charakterisierung der Titelfigur etwas beitragen, das in der Geschichte des musikalischen Humors einzig dastehen würde. Der Komponist hat nichts Decenteres versucht. Er gibt eine Puff, wie sie zu jedem Berliner oder Wiener oder brasilianischen oder neuseeländischen Operettentext ebenso gut passen könnte. Anfangs ist sie nicht mehr, als was man Sommertheater nennt; später nimmt sie nette Anläufe, die kurzatmig abreißen, allmählich nähert sie sich dem Opernhaften; das Orchester gellt; und schließlich triumphieren ein paar wirklich graziose Duette.

Das alles ergibt den bekannten Bombenerfolg. Ihn verringert weder, was die einen an Gesangskunst fehlen lassen, noch erhöht ihn, was beispielsweise Laura v. Karwinska durch vornehm Singen und Spielen leistet. Mirzi Freishardt in der Titelrolle und Fritz Berner als ihr Partner entscheiden das „Einschlagen“ des Stückes.

Notizen.

— Prof. Karl Sachs, der bekannte Lexikograph, ist über 80 Jahre alt, in Brandenburg a. H. gestorben. Er war lange Jahre Lehrer der neueren Sprachen am Realgymnasium in Brandenburg. Sein Name ist verknüpft mit dem besten existierenden Wörterbuch der deutschen und französischen Sprache, das er gemeinsam mit Prof. Wilkatte bearbeitete. Dieses Wörterbuch, das in einer großen und noch mehr in einer kleineren Ausgabe weite Verbreitung fand, ist mustergültig für die ganze neuere fremdsprachliche Lexikographie geworden.

— Neuerwerbungen des Kaiser-Friedrich-Museums. Von dem besten deutschen Porträtmaler des ausgehenden 18. Jahrhunderts, Anton Raff, wurden zwei Porträts neu erworben. Sie stellen in der schlichten, treuen und charakteristischen Art des modernen Malers ein aristokratisches Ehepaar dar.

— Theaterchronik. Das Lessing-Theater eröffnet am 10. August die neue Saison mit Wahrs Wunders „Die gelbe Nachtigall“. Am 17. beginnt ein neuer Zyklus „Phlius“.

— Musikchronik. Offenbachs „Orpheus in der Unterwelt“, der am nächsten Montag zum ersten Male an der Ura-Oper gegeben wird, erscheint in einer terzlichen Neubearbeitung und mit neuen Coupletstrophen versehen von Ludwig Reimer.

— Bühnenchronik. Alexander Birardi, der vollstimmigste deutsch-österreichische Schauspieler, der die letzten Jahre fast ein Berliner geworden war, kehrt in der nächsten Saison ans Wiener Kaimundtheater zurück. Wir werden ihn aber vorher noch bei uns sehen. Hoffentlich tritt er aber auch bei uns, wie er in Wien vor hat, in Engenbruder-Rolle auf.

— Die beiden Wochenchriften: „Der Morgen“ und „Die Neue Neuze“ sind an den Verlag von „Nord und Süd“ übergegangen und sollen als Wochen- und Halbmonats-Ausgabe dieser Monatschrift fortgeführt werden.

Der Parteivorstand stelle fest, daß ein sehr einfacher Grund ihm zu dem Referat über die Kaiserfeier bescholten habe. Genosse Fischer habe schon voriges Jahr erklärt, daß er nicht mehr das Referat übernehmen könne, weil er den größten Teil der Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission nicht mitgemacht habe. Der Redner sage nun, Parteivorstand und Generalkommission haben nicht den Mut zu sagen, was sie dächten. So ständen die Dinge nicht. Die beiden Körperschaften seien der Meinung, daß die Abschaffung der Arbeitsschube gar nicht zu den Fragen gehöre, über die sie zu diskutieren hätten. Die Feier durch Arbeitsschube beruhe auf internationalen Beschlüssen. Solange daran nichts geändert sei, komme die Abschaffung gar nicht in Betracht. Er sei durchaus kein Optimist in bezug auf die Ausdehnung der Kaiserfeier. Aber etwas anderes sei es doch, ob man dort, wo trotz der Krise annehmbare Resultate erzielt seien, dazu übergehen sollte, zum Gaudium der Unternehmer die Kaiserfeier durch Arbeitsschube abzuwickeln. Davon könne keine Rede sein. In Betracht käme auch, daß wir noch andere Demonstrationen, die Opfer kosten, zu vollziehen hätten. Schon die Rücksicht auf die preussischen und sächsischen Wahlkreislämpfe müßte uns abhalten, in der Frage der Kaiserfeier abzurufen. Parteivorstand und Generalkommission hätten sich lediglich mit der Frage zu befassen gehabt, wie die Unterstützung anderweitig zu regeln sei. Besonders sei es, daß gerade in der Zeit, wo die Verhandlungen schwebten, der Metallarbeiterverband den Zurückzieher gemacht habe. Es wäre taktisch richtiger gewesen, zu warten.

Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. Als Delegierte zum Parteitag) wurden gewählt die Genossen Hermann Fribe, Franz Staeger, Karl Schrader sowie Fritz Warfer als Ersatzmann.

Zur Provinzialkonferenz wurden delegiert die Genossen Gustav Häuser, Claus und Ewald jun. sowie Gerhardt als Ersatzmann.

Für die Wahl von Delegierten zum Parteitag, die diesmal noch in einer Frauenversammlung stattfindet, beschloß die Versammlung, die Genossen Emilie Waader vorzuschlagen.

Unter „Kreisangelegenheiten“ wurden mehrere Bezirksführer bestätigt. Ferner wurde beschloffen, für das Amt des Besitzers im Parteivorstand (an Stelle des kranken Genossen Eberhardt), den Genossen Hermann Berner vorzuschlagen.

Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Versammelten verurteilen aufs schärfste das Verhalten derjenigen Angehörten der „Vorwärts“-Druckerei, welche der sozialdemokratischen Partei angehören und verpflichtet waren, den Arbeitsverdienst des 1. Mai an den Maisons abzuführen, dies aber unterlassen haben. Ferner erwarten die Versammelten, daß die dort beschäftigten Genossen ihre Mitarbeiter durch geeignete Agitation dahin bringen, daß auch der letzte wie der gewerkschaftlichen so auch der politischen Organisation angehört. Gerade in einem Betriebe wie der „Vorwärts“-Druckerei, deren Witzeln nicht zuletzt dahin geht, ihren Lesern immer wieder den Wert der Organisation, in gewerkschaftlicher wie in politischer Beziehung, vor Augen zu führen, sollte man annehmen, daß die dort Beschäftigten in erster Linie danach handeln.“

Dritter Wahlkreis. Die Generalversammlung fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise gelehrt. Dem Vorschlage des Vorsitzenden, zuerst über den Parteitag in Leipzig zu sprechen, stimmte die Versammlung zu. Es entspann sich zunächst eine kurze Diskussion über die Veränderung des Organisationsstatuts der Partei. Zum § 2 beantragte Genosse Schermann, daß man „Ortsgruppe“ anstatt „Ortsverein“ (des Sozialdemokratischen Vereins) setzen sollte. Zur Begründung führte er an, daß sich Schwierigkeiten mit manchen Behörden ergeben hätten, die unter „Ortsvereinen“ selbständige Gebilde annehmen und allerlei Scherereien machten. Die Versammlung erklärte sich für die vorgeschlagene Änderung.

Den Änderungen, wie sie die Zentralvorstände von Groß-Berlin und Brandenburg empfohlen haben, wurde zugestimmt. Gegen den Passus im § 5, die freie Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder betreffend, erklärte sich auch eine Genossin. Der § 7 wurde dahin geändert, daß Absatz 2 heißen soll: „30 Prozent der Mitglieder der Reichstagsfraktion“. Im § 12 Absatz 3 dahin geändert werden, daß ein außerordentlicher Parteitag auf Antrag von mindestens 10 (nicht 15) Vorständen der Bezirks- bzw. Landesorganisationen einberufen werden muß. Im § 23, den Ausschluß betreffend, sollen die Worte „in bewusster Weise“ gestrichen werden, da die Schädigung der Parteinteressen in bewusster Weise sich kaum nachweisen läßt.

Der § 29 soll folgendermaßen lauten: „Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- resp. Landesorganisationen zu richten, in dem der Antragsteller wohnt, doch haben sich diese dann mit der Organisation in Verbindung zu setzen, bei der usw.“

Genosse Danziger wünscht, daß die zu wählenden Delegierten in der Kaiserfrage und in bezug auf die Hofgängererei der schwäbischen Genossen ihre Stellung präzisieren.

Der Vorsitzende Genosse Pohl erklärte, daß die Delegierten über die Wünsche des Wahlvereins in der Kaiserfrage wohl keinerlei Zweifel haben dürften und demgemäß auch als Delegierte zum Parteitag Stellung nehmen würden. Das Verhalten der schwäbischen Hofgänger wurde von allen Rednern mehr oder minder scharf verurteilt.

Genosse W. Maschus brachte die folgende Resolution ein, die gegen eine Stimme angenommen wurde:

„Die Generalversammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises erwartet vom Parteitag in Leipzig einen dahingehenden Beschluß, daß derartige Vorgänge, wie sie sich unter württembergischen Landtagsabgeordneten abgespielt haben, für die Zukunft vermieden werden.“

Ein Genosse wünscht, daß die Delegierten dafür eintreten, daß der „Vorwärts“ künftig nicht mehr so viel Raum zum Streit mit den „sozialistischen Monatsheften“ verschwende. Andere Genossen traten diesem Wunsche entgegen und hielten die Auseinandersetzungen für notwendig.

Als Delegierte zum Parteitag wurden gewählt die Genossen Alexander Fröhlich, Paul Jakob, Justin Braun und als Ersatzmann Gustav Müller. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz, deren Tagesordnung Genosse Wehrmann kurz beleuchtet hatte, wurden gewählt die Genossen Gottfried Schulz, Karl Richardi, Gustav Müller und als Ersatzmann Zörgler.

Die vorgeschlagenen 10 Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden bestätigt.

Genosse Pohl erstattete dann den Geschäftsbericht des Vorstandes vom Wahlverein. Er betonte die Notwendigkeit einer regen Agitation. Die Genossen sollten die Versammlungen fleißiger besuchen und sich eifriger als bisher an allen Veranstaltungen beteiligen. Neun Versammlungen fanden in dem verstorbenen halben Jahr statt; 2 Kreisversammlungen, 12 Bezirksversammlungen, 72 000 Flugblätter gelangten zur Verteilung, 1100 Märzzeitungen und 2700 Märzzeitungen wurden umgelegt. Am 30. Juni war der Mitgliederbestand 2000 (darunter 188 weibliche) Genossen. Abkommen für den „Vorwärts“ wurden 8100, für die „Gleichheit“ 115 gezahlt, 6 Genossen und 2 Genossinnen gingen dem Verein durch den Tod verloren.

Die Frage des Kaiserfestes für den 3. Kreis wurde noch besonders lebhaft besprochen. Die Verbandsgeneralversammlung hatte beschloffen, daß der 3. Kreis im nächsten Jahre den Metzwerker Genossen die „Neue Welt“ zu überlassen habe. Die Funktionäre haben sich dann wiederum mit der Frage beschäftigt und waren in der Mehrzahl nicht mit dieser Entscheidung zufrieden; sie machten den Vorschlag, der 3. Kreis soll auch fernerhin in der „Neuen Welt“ die Kaiserfeier abhalten, bis der abgeschlossene Kontrakt abgelaufen ist (1913). Genosse Kauter legte der Generalversammlung eine Protestresolution vor, die nach kurzer Diskussion zur Annahme gelangte; sie wurde mit 129 gegen 44 Stimmen angenommen und lautet:

„Die am 3. August im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises erhebt Protest gegen den in der am 23. März 1909 tagenden Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin gefaßten Beschluß, laut welchem dem 3. Kreis das Recht abgeprochen wurde, in der „Neuen Welt“ seine Kaiserfeier abzuhalten.“

Die heutige Generalversammlung erklärt, sich diesem Beschluß nicht fügen zu können und erwartet, daß derselbe aufgehoben werde.

Ferner erklärt die Generalversammlung, daß der erwähnte Beschluß in die Parteigeschäfte der einzelnen Kreise eingreift, dies aber nach § 14 des Verbandstatuts nicht zulässig ist; § 14, Absatz 1 spricht aus, daß jeder Kreis seine Parteigeschäfte selbständig regelt.“

Genosse Schermann, der vor der Annahme dieser Resolution dringend gewarnt hatte, legte nach der Abstimmung sofort sein Amt als Mitglied des Zentralvorstandes nieder.

Den Klassenbericht erstattete Genosse Albert Harndt. Die Einnahmen in dem ersten Halbjahr 1909 betragen 9487,97 M., die Ausgaben 7979,89 M., bleibt somit ein Bestand von 1608,17 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Zuletzt wurde noch ein Antrag angenommen, laut welchem den Genossen bei ihrem Ableben, wenn sie ein halbes Jahr Mitglied des Vereins waren, eine Angelei, und wenn sie zwei Jahre Mitglieder waren, auch ein Kranz gewidmet werden soll.

Sechster Wahlkreis. Die nach Freyers Festfällen, Kopenstr. 20, einberufene Generalversammlung war außerordentlich gut besucht. Der geräumige Saal und die Galerien waren dicht besetzt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung unterbreitet der Vorsitzende Genosse Paul Hoffmann der Versammlung einen Antrag der Kreisversammlung, die Einführung von Urwahlen auf die Tagesordnung zu setzen. Welle begründet den Antrag, Gabelschuch und Varenthin, letzterer namens des Aktionsausschusses, belämpften ihn vergebens. Die Versammlung stimmte dem Antrage der Kreisversammlung zu. Varenthin referierte sodann über den Parteitag in Leipzig. Auf die letzten politischen Ereignisse, die die Arbeiterklasse schwer schädigende Wirtschaftskrise, die äußerst geringen Fortschritte auf dem Gebiete der sozialen Befreiung hinweisend, legte Redner dar, wie außerordentlich wichtig die Aufgaben des diesmaligen Parteitages seien. Die Gabelschuchaffäre beim König von Württemberg und die Kaiserfeier würden jedenfalls den Parteitag beschäftigen. Hinsichtlich der letzteren sei zu hoffen, daß der Parteitag keiner Ab schwächung der Kaiserfeier zustimmen werde. Für die Berliner Parteiorganisation von besonderer Bedeutung sei die Aenderung des Organisationsstatuts. Besonders wünschenswert sei die Beseitigung der Ungerechtigkeit, die darin besteht, daß jeder Kreis, ob er 2000 oder 18 000 Mitglieder zählt, drei Delegierte zum Parteitag entsenden darf.

An die beifällig aufgenommenen Ausführungen des Referenten schloß sich eine kurze Diskussion. Darauf gelangen folgende Anträge zur Annahme:

1. Der Beschluß des internationalen Kongresses von Paris im Jahre 1889 ist unter allen Umständen hochzuhalten. Zu diesem Zwecke sind mindestens vier Wochen vor dem 1. Mai öffentliche Volksversammlungen abzuhalten, um die Propaganda für die Arbeitsschube intensiv zu betreiben.

2. Entgegen den öffentlichen Bestrebungen in Gewerkschaftskreisen, die Kaiserfeier zu bescheiden resp. auf einen Sonntag zu verlegen, erklärt der Parteitag, daß nach wie vor die Arbeitsschube die würdigste Form der Feier darstellt. Um nun dieser Feier die größtmögliche Ausdehnung zu geben, wird der Parteitag beauftragt, noch einmal mit der Generalkommission in Verhandlungen zu treten zwecks Aufbringung der Gelder für die Opfer der Kaiserfeier.“

Ein weiterer Antrag an den Parteitag fordert, daß er die Gewerkschaftsfrage behandeln soll.

Der Entwurf des Organisationsstatuts fand mit einigen Änderungen die Zustimmung der Versammlung. Im § 5 soll die vorgeschlagene unentgeltliche Lieferung der „Gleichheit“ an die weiblichen Mitglieder gestrichen werden. Desgleichen in § 8 die Worte „der Anwesenden“, die durch die Worte „der gewählten Delegierten“ ersetzt werden sollen.

Nach langer, lebhafter Diskussion wurde sodann im Prinzip die Einführung des Systems der Urwahlen beschloffen. Die beiden der Versammlung unterbreiteten Entwürfe eines Reglements hierfür wurden den Bezirken zur Beratung überwiesen. Infolge eines Beschlusses der Kreisversammlung, die Vorschläge zu Parteitagswahlen aus den Bezirken entgegenzunehmen, anstatt wie bisher aus der Generalversammlung selbst, waren diesbezügliche Vorschläge zu den Delegationsmitgliedern aufgestellt, zur Provinzialkonferenz 25 Kandidaten. Die Feststellung des Wahlergebnisses war deshalb in der Versammlung nicht mehr möglich. Der nicht erledigte Rest der Tagesordnung wurde einer späteren Versammlung überwiesen.

Fünfter Wahlkreis. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende Friedländer der in letzter Zeit verstorbenen Mitglieder, besonders des Genossen Julius Bohr, der in schwerer Zeit Vertrauensmann des fünften Wahlkreises war.

Zur Tagesordnung übergehend gab Friedländer einen kurzen Überblick über die von der Provinzialkonferenz zu erledigenden Aufgaben. Als Delegierte zur Konferenz wurden Hauschke, Wegner und Schönburg gewählt.

Die Stellungnahme zum Parteitag wurde durch ein Referat des Genossen Jucht eingeleitet. Er sagte unter anderem, der Parteitag werde voraussichtlich die energische Haltung der Reichstagsfraktion bei den Steuerdebatten billigen; denn die Fraktion habe ja getan, was sie nach Lage der Sache tun konnte. Vielleicht wäre es besser gewesen, unsere Genossen hätten in dritter Lesung für den Antrag Wiesberts, betreffend Entschädigung der Tabakarbeiter, gestimmt, weil ja die Gegner, namentlich das Zentrum, unsere allerdings begründete Ablehnung des Antrages agitatorisch gegen uns ausnützen. — Der Redner besprach den Entwurf des neuen Organisationsstatuts. Er billigte ihn in der Hauptsache, empfahl aber einige Änderungen in einzelnen Punkten. — Hinsichtlich der Kaiserfeier gab der Redner der Erwartung Ausdruck, daß der Parteitag dieselbe nicht abschweben werde. Ohne Arbeitsschube würde die Kaiserfeier nicht abgehen. Es müsse mehr für die Arbeitsschube agitiert werden, dann würde sie auch eine größere Ausdehnung annehmen. — Während es bis vor kurzem schien, daß der Parteitag ruhig verlaufen werde, habe sich doch in letzter Zeit Material zu Meinungen ergeben. Das sei die Teilnahme von sieben württembergischen Parteigenossen an dem Ausflug nach Friedrichshafen und dem Besuch des Königs von Württemberg. Bei der Besichtigung der Zeppelinischen Luftschiffbauanstalt hätten die Abgeordneten ja manches lernen können (Wischenruf des Genossen Friedländer: Besonders das Fliegen!), aber an dem Besuch des Königs hätten sie nicht teilnehmen sollen. Doch die württembergischen Genossen könnten sich ja auf das Beispiel der Berliner Genossen berufen, die als Stabsoffiziere mitgingen nach London und auch zu dem König von England im Schloß Windsor. Die württembergischen Genossen hätten keine durchschlagenden Gründe für ihr Verhalten anführen können.

Robert Schmidt, der als erster Diskussionsredner sprach, begründete die Haltung der Fraktion zum Antrage Wiesberts, denn dieser Antrag sei doch eine wesentliche Verschärfung gewesen nicht nur unseres Antrages, der volle Entschädigung der trostlos werdenden Tabakarbeiter und Angehörten forderte, sondern auch des ursprünglichen Zentrumsantrages. Uebrigens habe ja das Zentrum mit den anderen Parteien auch gegen die von uns beantragte Entschädigung der Arbeiter anderer Berufe gestimmt, die gleichfalls unter der Steuererhöhung zu leiden haben. Wenn die Fraktion einstimmig beschloffen habe, in zweiter Lesung für die Entschädigung zu stimmen, so sei das deshalb geschehen, weil wir keine Ver-

anlassung haben, eine Steuer abzulehnen, welche den Besitzenden auferlegt wird. Dazu komme, daß ja die Erbschaftsteuer zu unseren Programmforderungen gehöre. Schärfere Mittel habe die Fraktion bei den Steuerdebatten nicht anwenden können, denn die 1902 verschlechterte Geschäftsordnung mache die wirksame Anwendung einer Obstruktion unmöglich. In der Agitation müsse immer darauf hingewiesen werden, daß unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts in letzter Linie die Wähler selber daran schuld seien, daß dem Volke so ungeheure Lasten aufgebürdet werden. — Hinsichtlich der Kaiserfeier jagte der Redner, er hoffe, daß die Vereinbarungen, welche neuerdings zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission getroffen wurden, vom Parteitag angenommen werden. Diese Vereinbarungen, welche demnächst veröffentlicht werden würden, beruhten auf der Erkenntnis, daß die Opfer der Kaiserfeier von der Partei und den Gewerkschaften gemeinsam und in gleichem Verhältnis getragen werden müssen. — Zu bebauern wäre es, wenn die letzten Vorgänge in Württemberg Anlaß zu erregten Debatten geben würden. Wir sollten uns daran gewöhnen, über Dummheiten, die der eine oder der andere von uns macht, hinwegzusehen. Es wäre besser, wenn wir solche Angelegenheiten unter vier Augen erledigen, als daß wir durch heftige Debatten unseren Gegnern Agitationsstoff liefern.

Die weitere Debatte erstreckte sich hauptsächlich auf die Kaiserfeier, den Königsbesuch in Württemberg und die Frage, ob eine Obstruktion bei den Steuerdebatten am Platze gewesen wäre. Engelmann meinte, die Kaiserfeier könnte und müsse ohne Unterstützung durchgeführt werden. — Karra bedauerte das Verhalten der sieben württembergischen Genossen und wünschte, daß so etwas nicht wieder vorkomme. — Kaufschke vertrat die Ansicht, die Fraktion hätte doch versuchen müssen, im Reichstagsgebäude eine Obstruktion zu machen, auch hätte ein Massenstreik von mehreren Tagen ins Werk gesetzt werden können. Wenn wir nicht alle Mittel versuchen, würden wir nicht vorwärts kommen. — Thiele begründete einen Antrag, welcher fordert, daß der „Vorwärts“ täglich zweimal erscheinen soll. — Substanz hat eine Regelung der Unterstützung für die Opfer der Kaiserfeier für notwendig, er begründet es, daß der Parteivorstand mit der Generalkommission in dieser Hinsicht Vereinbarungen getroffen haben. Den Besuch von Parteigenossen beim König von Württemberg mißbilligt der Redner. — Zippel billigte die Haltung der Fraktion bei den Steuerdebatten. Er hält die Arbeitsschube am 1. Mai auch ohne Unterstützung für durchführbar und trat schließlich dafür ein, daß gegenüber solchen Handlungen wie die der sieben württembergischen Genossen sowie überhaupt hinsichtlich der Meinungsdivergenzen innerhalb der Partei Duldsamkeit geübt werde. Man sehe doch, daß mit Resolutionen gegen die revisionistische Richtung nichts zu machen sei, man solle sie deshalb nicht provozieren.

Wels bemerkte zu diesen Ausführungen: Die Revisionisten seien es ja, welche durch ihre Handlungen die rabulischen Genossen provozieren. So handle es sich auch bei dem neuesten württembergischen Fall nicht, wie Robert Schmidt meine, um eine unüberlegte Dummheit, sondern, wie Hilbrandt gesagt habe, seien ja die sieben Genossen zum König gegangen in dem Bewußtsein, daß ihr Verhalten Unwillen in der Partei hervorrufen würde, und trotzdem seien sie hingegangen. Die Revisionisten sollten doch der Stimmung der Genossen Rechnung tragen und nicht fortgesetzt die Partei vor vollendete Tatsachen stellen, von denen sie wissen, daß unheilbare Debatten in der Partei die unausheilbare Folge sind. — Daß die Reichstagsfraktion für die Erbschaftsteuer stimme, sei zu billigen. Auch in der dritten Lesung hätten wir dafür stimmen müssen, denn eine entwicklungsfähige Steuer des Reiches müßten wir bewilligen. Bei den Steuerdebatten aber hätte die Fraktion versuchen müssen, Obstruktion zu machen. Wenn der Versuch auch nicht gelungen wäre, so hätte doch das Auftreten unserer Genossen im Reichstagsgebäude Eindruck im Lande gemacht. Dadurch würde schon während der Parlamentarverhandlungen die Erbitterung über die neue Steuerbelastung in den Massen einfach worden sein, die jetzt erst langsam die Massen sowohl in Arbeitstagen als in bürgerlichen Kreisen zu erschaffen scheint.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen und zum Statut folgende Anträge angenommen: Im § 2 soll statt „Ortsverein“ gesagt werden „Ortsgruppe“. — Im § 5 soll der Satz „Ortsvereine“ werden, welcher sagt, daß den weiblichen Mitgliedern die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern ist. — Im § 12 soll gesagt werden, daß nicht 16, sondern 8 Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages beantragen können. — Im § 23 soll es heißen: „Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es die Parteinteressen schädigt.“ (Die Worte „wiederholt“ und „bewußt“ sollen aus der Vorlage gestrichen werden). — Der Antrag auf Ausschluß aus der Partei soll nur von Wahlkreis-, Bezirks- oder Landes-, nicht aber (wie in der Vorlage) von Ortsorganisationen gestellt werden können. — § 28 soll dahin geändert werden, daß ein Antrag auf Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen an die Bezirks- oder Landesorganisation zu richten ist, in der der Betreffende wohnt, und daß sich diese Organisation dann in Verbindung zu setzen hat mit der Organisation, welche den Ausschluß beantragt hatte. — Der Antrag, das täglich zweimalige Erscheinen des „Vorwärts“ zu veranlassen, wurde ebenfalls angenommen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Gansich, Gregor Wolf und Timm gewählt.

Sechster Wahlkreis. Die Generalversammlung, die in den Germania-Sälen abgehalten wurde, füllte den großen Saal bis auf den letzten Platz. Auch die Genossinnen waren zahlreich erschienen. Der erste Punkt der Tagesordnung, die Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung, war schnell erledigt, da die gedruckt vorliegende Vorschlagsliste der 13 Abteilungen mit ihren 189 Kandidaten ohne Debatte einstimmig gutgeheißen wurde. Zur Provinzialkonferenz lagen Anträge nicht vor, so daß sich auch über diesen Punkt keine Diskussion entspann. Als Delegierte zur Konferenz wurden entsprechend den Vorschlägen der Kreisversammlung die Genossen Rosenow, Döhl und Wersch gewählt. — Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Der Parteitag in Leipzig, beschäftigte die Versammlung sich ausführlich mit dem Entwurf zur Aenderung des Organisationsstatuts der Partei. Der Referent zu dieser Angelegenheit, Genosse Ernst, wies einleitend darauf hin, daß nicht das Statut, der Wunsch es ist, was die Kraft der Partei ausmacht, sondern der Geist und die Tätigkeit der Parteigenossen, daß es aber doch von großer Bedeutung und notwendig ist, daß die Partei feste Formen gibt. Der Redner begründete sodann den vorliegenden Entwurf mit den dazu von den Vorständen Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg gestellten Änderungsanträgen. — Es folgte eine rege Diskussion. Zu der von den Vorständen beantragten Streichung des Satzes im § 5: „Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern“, begründete Genosse Liebzig einen Gegenantrag des 600. Bezirgs, den Satz stehen zu lassen und den § 5 unverändert anzunehmen. Dagegen wandte sich unter anderem auch die Genossin Kaufschke. Wenn man bei dem niedrigen Beitrag den Frauen noch die „Gleichheit“ gratis liefern wollte, bleibe kaum etwas für die Agitation übrig. Die Genossinnen wollten aber auch selbst ihr Teil zu den Lasten der Agitation unter den Frauen beitragen. — Vom 715. Bezirk lagen zwei Anträge vor: der eine zu § 7 Absatz 2 wünscht, daß die Reichstagsfraktion auf den Parteitag durch eine Delegation vertreten werden sollte, und zwar so, daß auf je zehn Abgeordnete ein Vertreter käme; der andere Antrag hatte zum Zweck, den Absatz 3 des § 12 so zu fassen: „auf Antrag von fünfzehn Wahlkreisvorständen usw.“ Genosse Strunz vertret diese Anträge, die dann ebenfalls in die Diskussion einbezogen wurden. Im übrigen sprachen sich im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Entwurfs über das Ausschlußverfahren besonders die Genossen Liebzig, Gutmann und Ernst aufs schärfste gegen die Hofgängererei in Württemberg und andere revisionistische Seitenstränge aus. — Bei der Abstimmung wurde dann ein Antrag zu § 23 angenommen, wonach der zweite Passus des ersten Absatzes

Laufen soll: „Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es wiederholt die Parteinteressen schädigt.“ So daß also die Worte „in bewußter Weise“ fortzufallen sollen. Zum Absatz 8 deselben Paragraphen wurde die Forderung gutgeheißen, daß bei den Klammern stehenden Worten „Orts-, Wahlkreis-, Bezirks- oder Landesorganisation“ das Wort „Orts-“ gestrichen wird, wie es die Vorstände von Groß-Berlin und der Provinz beantragt hatten, damit nicht einer zu kleinen Gruppe von Mitgliedern das Antragsrecht auf Ausschluß eines Mitgliedes zugefallen wird. Ebenfalls gutgeheißen wurde der Abänderungsantrag der Vorstände zu § 28 des Entwurfs, wonach dieser lauten soll: „Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirks- resp. Landesorganisationen zu richten, in dem der Antragsteller wohnt, doch haben sich diese dann mit der Organisation in Verbindung zu setzen, bei der usw.“ Außerdem fand auch der Antrag auf Streichung des Satzes in § 5 über die unentgeltliche Lieferung der „Gleichheit“, sowie ein Antrag zu § 12, wonach auf Antrag von mindestens 10 — statt 15 — Bezirks- bezw. Landesorganisationen ein außerordentlicher Parteitag einzuberufen ist, die Zustimmung der Versammlung. Der zum selben Passus gestellte Abänderungsantrag des 715. Bezirks wurde zurückgewiesen. Der andere Antrag dieses Bezirks, über die Delegation der Reichstagsfraktion wurde abgelehnt. — Die Versammlung erklärte sich schließlich nach den gutgeheißenen Abänderungen gegen eine Stimme mit dem Entwurf einverstanden. Auf eine weitere Diskussion über die Tagesordnung des Parteitages wurde verzichtet.

Zur Wahl der Delegierten zum Parteitag machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Genossinnen diesmal noch nach dem alten Modus ihre Delegierten für sich wählen. Als weibliche Delegierte des Kreises ist die Genossin Jungwitz im Vorschlag gebracht, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Ferner wurden, entsprechend den Vorschlägen der Kreis-Konferenz, als Delegierte die Genossen Henschel, Perich und Joseph gewählt und zwar einstimmig.

Darauf gab Genosse Henschel den Kreisbericht über das verfloßene Halbjahr. Er gab zunächst eine Uebersicht über die Agitationsstätigkeit, die verschiedenen Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen des Wahlvereins und seiner Organe. Es hat im allgemeinen ein recht reges Leben geherrscht. Auch die Angliederung der Frauen an die Organisation wurde im letzten Halbjahre zum Abschluß gebracht, und für jede Abteilung ist ein Lesesaal eingerichtet, dem eine Genossin vorsteht. — Der Agitation für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist bekanntlich schon durch Verbreitung des Flugblattes zur Einleitungsrede in die Wahlkreise vorgearbeiten worden. Für den 6. Kreis kommen in der 3. Abteilung die Bezirke 47, 48, 89, 87 und 81 sowie der Bezirk 42, der von einem Freiwillem vertreten wird, in Betracht. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins betrug am Jahresabschluss 24 791, nämlich 21 950 männliche und 2811 weibliche Mitglieder. Am Jahresabschluss 1908 hatte der Verein 25 641 Mitglieder. Der Redner fordert zu eifriger Tätigkeit für die Organisation auf, um den Niedergang wieder weitzumachen und die Organisation weiter zu stärken. Zum Ausschluß empfohlen wurden der Generalversammlung 10 Mitglieder, von denen nur eines, der Auktionator Paul Fiedler, gegen die Einleitung des Verfahrens protestiert hat.

Die Abrechnung, die der Kassierer H. Müller vorlegte, schließt in den Einnahmen mit der Summe von 55 167,29 M. ab. Die Ausgaben, darunter an die Verbandskasse 34 501,83 M., beliefen sich auf 58 409,80 M., so daß als Bestand 1697,49 M. übrig blieben. — Genosse Deuthen beantragt im Namen der Revisoren Decharge-erteilung für den Kassierer.

In den Kreisberichten schloß sich eine rege Debatte, die sich namentlich über die Haltung der Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über die Reichsreform bezog. Unter anderem äußern die Genossen Frey Müller und Rosenfeldt, daß die Fraktion in dieser Angelegenheit etwas mehr und schärfere Opposition hätte treiben müssen. Genosse Ledebour hob demgegenüber hervor, daß in der sozialdemokratischen Fraktion von Anfang an die Meinung zum Durchbruch gekommen ist, dieser Finanzreform die schärfste Opposition entgegen zu stellen, und legte dann ausführlich dar, wie seinerzeit — was jetzt bekannt geworden ist: auf Anstiften des Fürsten Bülow — im Jahre 1902 durch die konservativ-liberalen Mehrheitsparteien die Revision der Geschäftsordnung des Reichstages durchgepeitscht wurde, die es nun auch wieder einer kleinen Minderheit wie der sozialdemokratischen Fraktion gänzlich unmöglich machte, eine irgendwie wirksame Opposition zu betreiben. Ferner trat der Redner der Meinung entgegen, daß die Fraktion gemeint gewesen wäre, bei einer dritten Beratung für die Erbschaftsteuervorlage zu stimmen, sowie der Ansicht, daß der Revisionismus in der Fraktion vorherrschend sei. Wohl sei der Revisionismus in der Fraktion stärker vertreten als in der Masse der Parteigenossen, aber die Mehrheit habe er doch keineswegs. Es müsse aber fortwährend von den Parteigenossen im ganzen Reich dafür gefordert werden, daß nur Genossen in den Reichstag geschickt werden, die ganz zuverlässig sind. — Nach Abschluß dieser Debatte wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Mit einem Beschluß der Kreis-Konferenz, als Feindlicher für den Parteivorstand den Genossen Farrow in Vorschlag zu bringen, erklärte sich die Versammlung einverstanden.

Obwohl die Uhr bereits 1/2 Uhr, wurde ein Antrag auf Vertagung der Versammlung abgelehnt, um noch über den Ausschlußantrag gegen den Genossen Paul Fiedler zu beraten. Genosse Richter führte hierzu aus, daß, nachdem die vorliegende außerordentliche Generalversammlung das Ausschlußverfahren gegen Fiedler abgelehnt hatte, von neuem beim Vorstand Ausschlußanträge wegen ehelicher Handlung und Schädigung von Parteinteressen gegen ihn einlefen. Fiedler ist dann geladen worden, brachte aber als seine Zeugen politisch unorganisierte Personen mit, die der Vorstand, einem geltenden Beschluß gemäß, nicht bei den Verhandlungen zulassen konnte. Der Vorstand war bereit, sie einzeln hereinzulassen und zu vernehmen, aber damit war Fiedler nicht einverstanden und verließ das Lokal. Nun war der Vorstand genötigt, sich mit der Vernehmung der antragstellenden Genossen zu begnügen, und kam nach dem vorliegenden Gemeinmaterial zu der Ueberzeugung, daß der Antrag auf ein Schiedsgerichtsverfahren zum Ausschluß berechtigt sei.

Fiedler suchte sich der Generalversammlung zu rechtfertigen, erging sich aber meist in Angriffen gegen die Zeitung der Freireligiösen Gemeinde und gegen den Genossen Adolf Hoffmann. — Der Ausschlußantrag wurde gegen eine Stimme von der Versammlung gutgeheißen.

Sodann wurde auf Vorschlag der 4. Abteilung folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem unsozialistischen Verhalten einer Reihe im „Vorwärts“ beschäftigter Parteigenossen, spricht ihre schärfste Mißbilligung über deren Handlungsweise aus und erwartet, daß sie sich, wie jeder andere Parteigenosse, den Beschlüssen des Parteitages fügen werden. Ferner erhebt die Generalversammlung energischen Protest dagegen, daß in der Parteipresse sich eine Reihe nicht politisch organisierter Arbeiter befinden. Sie erwartet, daß diese sich ihrer Pflicht bewußt und der sozialdemokratischen Partei angeschlossen werden. Außerdem erwartet die Versammlung, daß der Arbeiterausschuß seine Anschauungen über Arbeiterinstitutionen revidiert und für die Zukunft nicht mehr Elemente in Schutz nimmt, die der Auffassung sind, daß die Parteigeschäfte nur für die selber geschaffen seien, um Vorteile aus denselben zu ziehen. Die Versammlung erhebt deshalb alle Parteigenossen, die in ihren Bezirken wohnhaften, im „Vorwärts“ beschäftigten Parteigenossen aufzufordern, sich den Parteitagsbeschlüssen zu fügen.

Poletarische Einwanderer — Heloten der amerikanischen Gesellschaft.

Unser Reichlicher Mitarbeiter schreibt und: Die Nachrichten vom sozialen Kriegsschauplatz in Pittsburg sind geeignet, das Entsetzen vor den Methoden der Arbeiterkämpfe

beulung in der amerikanischen Stahlindustrie noch zu vertiefen. Zweifellos werden die 8400 in Mc. Kees Rod beschäftigten Stahlarbeiter unermesslich bedauert und förmlich ausgeplündert. Außerdem wird mit ihrem Leben in unverantwortlicher Weise gespielt. Alle ihre Beschwerden sind vollkommen gerechtfertigt. So erklärt sogar der österreichische Konsul in Pittsburg, der drei seiner Leute zur Untersuchung der Arbeiterbeschwerden ins Streiklager entsandt hat und das Ergebnis der Untersuchung auch dem Staatssekretär Anzog und dem Präsidenten Laft offiziell unterbreiten wird. Das kapitalistische Spiel mit dem Arbeiterleben, das in den Vereinigten Staaten viel mehr Opfer verschlingt als selbst in Deutschland — zwei Millionen Getötete und Verkrüppelte im Jahre! — scheint in Mc. Kees Rod mit einer Freivolität getrieben worden zu sein, die selbst für amerikanische Zustände ungewöhnlich ist. Nach dem Bericht des dieser Tage aus dem Antie gekehrten holländischen Leichenbeschauer zu Pittsburg haben die Brechstahl-Waggonwerke Mc. Kees Rod noch vor wenigen Jahren im Durchschnitt täglich einem Mann das Leben gekostet. Einmal mußte der Leichenbeschauer sechs bis sieben Beamte der Fabrik in Arrest stecken, um die Schuldfrage auflösen zu können. Seitdem ist die Sterblichkeitsrate der Stahlarbeiter, in diesem Betriebe um 35 Prozent heruntergedrückt worden. Daß diese Verhältnisse aber noch immer „Menschenopfer unerhört“ heißen, lehrt der Ausdruck, mit dem — nach einem Pittsburger Abendblatt — der Volkswund die Fabrik belegt, „Slaughter house“ (Schlachthaus)! Dieses Kassenregister der Stahlarbeiter — vor den Fabrikstoren warteten die Arbeitssuchenden nur darauf, daß wieder ein Mann tot oder verkrüppelt hinausgetragen wurde und dadurch ein Platz frei wurde! — ist ebensowohl eine natürliche Folge der kapitalistischen Verachtung des Arbeiterlebens, wie andererseits der babylonischen Sprachverwirrung in diesen Betrieben. Eine andere vollständige Bezeichnung der Waggonwerke war: „the last chance“ (die letzte Rettung)! Die raffinierte Lohnpolitik der Brechstahlkapitalisten ließ ihre Opfer nämlich nicht mehr los, es sei denn, daß der Tod sie aus dem Arbeits- und Schuldverhältnis zu der Firma befreite. Nach den von den Streikenden veröffentlichten Lohnlisten erhielt keiner mehr als 17 Cent Lohn die Stunde. Um existieren zu können, mußten die Arbeiter ihren Bedarf im Laden der „Compagnie“ auf Kredit entnehmen. In diesem Laden mußten die Arbeiter und Arbeiterfrauen teurer bezahlen als auf irgendbeim anderen Platte Amerikas, so daß am Lohnstage für die Arbeiterfamilie nur einige Cent übrig blieben oder die Gesellschaft schließlich sogar noch eine Forderung an den Arbeiter hatte! Dabei kam ein besonders mörderisches Affordsystem zur Anwendung. Die Arbeiter waren nach dem Grade ihrer „Tüchtigkeit“ in drei Gruppen geteilt, deren jede ein Drittel der gesamten erarbeiteten Lohnsumme unter sich verteilte. Natürlich wurde der Afford immer nach Maßgabe der Arbeitsmenge, die von der Gruppe der paar „Tüchtigsten“, das heißt, am tollsten schuftenden Arbeitern geliefert wurde, festgesetzt. Bei diesem spießbüchischen raffinierten System mußten die Arbeiter selbst bei der schändlichsten Abdrückerung nicht einmal, was am Ende für sie herausgingen würde. Und dann hatte die Geschichte noch den Zweck, die Arbeiter untereinander zu verhasen. Dazu kamen noch die „Einlagen“ der neuereinstellenden Arbeiter, wozu die seine Firma die Vorarbeiter und Meister bezahlte, und die wieder dazu führten, die Opfer möglichst häufig zu wechseln, damit wieder neue „Einlagen“ erprecht werden konnten! In der Brutalität und Tücke des geschilderten Affordsystems, zu der Bewucherung der Arbeiter im Stahlbrennen, die nur eine andere Form des Trudsystems war, gefellte sich der schmerzhafteste Wohnungswucher. Die Gesellschaft berechnete den Arbeitern für „Wohnungen“, die nach bürgerlichen Schilderungen unbeschreibliche Elendshölen sind, 12 Dollar den Monat! Die Verruchtheit dieser kapitalistischen Arbeiterwohlfahrtspflege zeigte sich gleich bei Beginn des Streiks in voller Größe. Den Streikenden wurde der Warenkredit entzogen, und die gleichzeitige Exmittierung tausender Arbeiterfamilien wurde nur dadurch verhindert, daß die Streikenden drohten, bei dem ersten Versuch dieser Art den Ort an allen vier Ecken in Brand zu stecken. Man muß hierbei bedenken, daß diese kapitalistische Herrschaft über Nahrung und Wohnung der Arbeiterklasse unbeschränkt ist: in einem Umkreise von vielen Meilen hat die Firma alle Wohngelegenheit monopolisiert, alles Bauland aufgekauft; keiner, der dem Wohnungswucher der Stahlkompagnie Abbruch tun könnte oder dem „Kompagnie“-Laden Konkurrenz machen wollte, darf hoffen, Bauland zu bekommen. Trotz alledem machte die empörte menschliche Natur sich schließlich doch Luft!

Der Direktor der Werke heißt Hoffstadt, er entsamnt also, seinem Namen nach, dem Vaterlande der Treue. Folglich verläßt er sich auf seine Konstabler, eine von den Kapitalisten im Namen der von ihnen gekauften Staatsmacht gebildete bewaffnete Bande. Auf die sanftmütigen Entschuldigungen über die verbrecherische Wirtschaft seiner „Kompagnie“ will er sich nicht äußern, wohl aber bestimmte er den Tag, an dem die Streikenden zur Arbeit zurückgekehren hätten. Damit hat er sich zwar in die langen Fingergeschmittien; es kamen nur ein paar hundert Handwerker, die nur gezwungenerweise gefriert hatten. Dagegen war sein Herrchenwort dem Staatsgouverneur Grund genug, am Opioufer eine die Waggonwerke beherrschende Stellung für die Artillerie abzugeben zu lassen und gegenüber für Lagerplätze auch einiger Infanterie- und Kavallerieregimenter zu sorgen. Sie rufen den Geist von Home-Head!

Es sind niedergetretene europäische Einwanderer, aus deren Blut und Tränen die amerikanischen Kapitalbanditen ihre Riesengewinne schinden und in alle Ewigkeit weiter schinden möchten. Der europäische Kapitalist ist in der Industrie schließlich nur auf die Aneignung des Reichtums beschränkt, sein amerikanischer Vetter kann sich aber noch die Hilfslosigkeit der land- und sprachfremden Arbeiter zunutze machen, und das Pittsburger Beispiel zeigt, mit welcher vollendeten Bestialität das besorgt wird. In ihrem Verzweiflungsausbruch haben die armen Opfer fast alles gegen sich, teilweise sogar die englischsprechenden organisierten Arbeiter, deren zünftige Borniertheit die Fremden nur als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt verwünscht. Traten doch in Sandora (Pennsylvanien), wo 3000 Arbeiter der Standard Steel Car Comp. in diesen Tagen ebenfalls streikten, die „achtamerikanischen“ Arbeiter sogar als Streikbrecher auf, ohne feillich den Sieg der Streikenden verhindern zu können. Die sozialistische Presse beider Zungen steht aber einmütig dem geschundenen und kämpfenden fremden Arbeitervolk zur Seite, diesen Heloten der amerikanischen Gesellschaft, wie der „New York Call“ die proletarischen Einwanderer nennt. Es wird ein Ruhmesblatt in der Geschichte des amerikanischen Sozialismus sein, daß diese untere Lastträger degradierten Menschen, als sich die Menschennatur in ihnen gegen weitere Degradation zu Wehr setzte, Hilfe suchten bei der sozialistischen Parteiorganisation in Pittsburg!

Von der Entschlichkeit der Zustände gibt ein ergreifendes Bild die Schilderung eines katholischen Geistlichen. Es heißt darin: Die Fabrik ist ein Schlachthaus. Die Männer werden geköpft, beraubt und hingemordet und deren weibliche Angehörige mißbraucht in einer Weise schlimmer als der Tod. Und das alles liehen sie über sich ergehen, um ihre Arbeitsplätze zu behalten die Löhnen, welche kaum den Hunger von der Türe halten. Es ist ein Platz der Infamie, wo Männer unter den Sklaven degradiert und gezwungen werden, ihre Weiber und Töchter den niederträchtigen Vorleuten und anderen Angestellten preiszugeben. Vor einigen Jahren hatte ich die Erlaubnis, die Werke nach Belieben zu besuchen; ich sah Untaten, die eine Schande sind für ein zivilisiertes Land. Einem Menschen wird weniger Rücksicht geschenkt als einem Hund; umgekommenen Arbeiter werden einfach aus dem Weg geschoben. Die Vererbung durch die Vorleuten, welche von den Arbeitern „geschmiedet“ werden müssen, damit diese ihre Plätze behalten, hat meines Wissens nirgends ihresgleichen. Täglich fast wurden Arbeiter getötet. Deren Leichen verschwanden, und als ich darüber Information verlangte, wurde mir der Zutritt zu den Werken unterzogen. Ich stellte Untersuchungen an und fand, daß über die tödlichen Unglücksfälle niemals legitime Meldung an die Behörde

gemacht wurde, und ich erhielt die Ueberzeugung, daß viele Getöteten nicht außerhalb der Anlagen befristet worden sind. Ich weiß von mehreren Fällen, in denen Kameraden der getöteten Arbeiter diese nach Hause bringen wollten, doch schob der betreffende Vorwand die Leiche einfach aus dem Weg und befahl den Arbeitern, bei der Arbeit zu bleiben.

Diese Schilderungen geben ein ganz anderes Bild von den Arbeitsverhältnissen in Amerika, als die Darstellungen des Compers in der Versammlung am Sonnabend im Gewerkschaftshaus.

Aus der Partei.

Fortschritte der Parteiorganisation.

Trotz der Krise hat die sozialdemokratische Parteiorganisation Deutschlands im abgelautenen Geschäftsjahre einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. In dem Bericht, den der Parteivorstand dem Leipziger Parteitag vorlegen wird und der nächste Woche erscheint, kann erfreulicherweise festgestellt werden, daß die Zahl der politisch organisierten Genossen sich vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1909 von 557 878 auf 571 050 und die der Genossinnen von 29 458 auf 62 259 vermehrt hat!

Die Gesamtmitgliederzahl beträgt 633 309. Das ist eine Zunahme von 45 973 Mitgliedern = 7,8 Proz.

Eine umfassende Flugblattaktion der sozialdemokratischen Partei klärt zurzeit die Massen über die Wirkung der Reichsfinanzreform und die Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Beratung der neuen 500 Millionen-Steuergeetze auf.

Die Flugblätter sind zum Teil in den Agitationsbezirken geschrieben und den besonderen lokalen Verhältnissen angepaßt, zum Teil vom Parteivorstand herausgegeben. Sofort nach Erledigung der Reichsfinanzreform wurde vom Parteivorstand das Flugblatt: „Michel, wach' auf!“ herausgegeben, dem die Flugblätter: „An das werktätige Volk in Stadt und Land“ und „Worte und Taten des Zentrums“ sowie das Flugblatt: „Reichsfinanzreform, Soldatenlöhne und Weatmenbefolgung“ folgten. Die Flugblätter finden überall gute Aufnahme.

Zum Parteitag.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg nahm mit Weill von den Ausführungen des Parteisekretärs Ries Kenntnis: Der Leipziger Parteitag möge sich mit der Finanzreform befassen und die zu erwartenden zweifachen Diszussionen über die „sozialistischen Monatshefte“ und über die Königsaffäre der württembergischen Landtagsabgeordneten unter allen Umständen vermeiden. Der diesjährige Parteitag müsse angesichts der gegenwärtigen politischen Situation in welche dazu angeht, die Agitation und Aufführungsarbeit unter den Massen kräftig zu fördern. Jedes Geßal einzelner Personen könne gerade sehr der Gesamtpartei ungenem schaden.

Neben einem Antrag, die Finanzreform auf die Tagesordnung zu setzen, wurde noch ein zweiter Antrag angenommen, der den Wunsch ausdrückt, der Parteitag möge die Arbeit des Arbeiter-Abstinenzbundes unterstützen.

In Frankfurt a. M. beschäftigten sich die Parteigenossen in sechs Versammlungen mit dem Parteitag in Leipzig. In einer Resolution wurde angeregt, in Anbetracht der politischen Lage den Kampf ums Wahlrecht in Preußen auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.

Aus den Organisationen.

In einer Parteiverammlung des sächsischen Kreises Dresden wurde der Antrag der Vorstände der drei Dresdener Wahlkreise angenommen, wonach den Parteigenossen, die dem Beschluß des Nürnbergener Parteitages bezüglich der Wiedereingabe des Wahlrechtes vom 1. Mai nicht nachgekommen sind, Ehrenämter bis auf weiteres aberkannt werden. Den Parteigenossen, die das Geld entgegen den sächsischen Beschlüssen an die Gewerkschaftskasse abgeliefert hatten, wurde ein Tadelvotum erteilt.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den 12. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Stadt) fand am 27. Juli statt. Der Verein hat sich trotz der Krise weiter entwickelt. Die Mitgliederzahl ist von 3875 im Vorjahr auf 3461 in diesem Jahre gestiegen. Die Bibliothek hatte nicht die Unterhaltung und Beachtung gefunden, die sie verdiente. Entliehen wurden von 694 Lesern insgesamt 5591 Bände. Kosten hat die Bibliothek dem Verein im vergangenen Jahre 2744 M. verursacht. Außerdem sind noch 681 M. vom Bildungsinstitut dafür verwendet worden. Der besonders für Kinder eingerichtete Bibliothekstag am Mittwoch und die Benutzung der Jugendliteratur entspricht noch nicht den Erwartungen des Vorstandes. Die Entwicklung des Bibliothekswesens des 12. und 13. Reichstagswahlkreises steht im Vergleich zu anderen Bibliotheken trotzdem einzig da. Die Zahl der ausgegebenen Bücher hat im ersten Quartal 1907: 17 411, 1908: 40 333 und 1909: 49 858 betragen. Die Unterrichtsliste wurden von einem Teil der Teilnehmer nicht so regelmäßig besucht, wie es sein sollte. Der Zweck dieser mit großen Geldlofen verknüpften Einrichtung wurde somit nicht voll erreicht. Eine strengere Prüfung der zur Teilnahme an den Unterrichtskursen vorgeschlagene Genossen soll vorgenommen werden. Zur Verbesserung der Presse ist vom Bildungsinstitut ein Spielleiterkursus eingerichtet worden. Trotz der wirtschaftlichen Krise ist auch der Abonnentenstand der Parteipresse der gleiche geblieben wie im Vorjahre. Zum Fonds des Volkshausanbaues ist vom Vorstand eine Summe von 1000 M. bewilligt worden. Bei der Stadtverordnetenwahl im November ist unsere Stimmengahl wohl gestiegen, doch sind 4 Mandate in 2 Kreisen verloren worden.

Genosse Kurze gab hierauf den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 18 164,75 M., darunter Mitgliederbeiträge 12 927,70 M., die Ausgaben 13 238,74 M., darunter an den Parteivorstand 2000 M., an das Agitationskomitee 1000 M., für Zeitungen, „Gleichheit“, „Neue Zeit“ 1488,94 M., Bibliothek 787,63 M.

In der Diskussion bemerkte Genosse Raquard: Er wünscht, daß ein Raum geschaffen werde ohne Zwingzwang, wo man mehr Geselligkeit finde, mehr mit Leidensgenossen zusammenkommen, sich aussprechen und lernen könne. Das Refektorium genüge nicht. Es müsse ein wirkliches Arbeiterheim geschaffen werden. Das Renommee des Vereins würde dadurch bedeutend gefördert werden. Genosse Thahleim wünschte Auskunft über die eingegangenen Monatsgebühren. Genosse Lipinski bemerkte, die Kassenfrage sei noch nicht abgeschlossen, über die Gelder des Fonds werde in der nächsten Parteiverammlung Bericht erstattet.

Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Wuhl mit 198, Klemann mit 198 und Lipinski mit 208 Stimmen gewählt.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Wilsch-Biedendruck hielt am Sonntag in Wilsch sein Generalversammlung ab. Aus 13 Orten waren 200 Delegierte und Funktionäre anwesend. Der Verein zählte am 30. Juni

Nächstes Jahres 4655 Mitglieder, darunter 238 weibliche, gegen 4109 männliche Mitglieder am 30. Juni 1908, 3831 am 30. Juni 1907 und 2817 am 30. Juni 1906. Also trotz der Krise, die auch hier im Vorjahre schief einschlug, ein guter Fortschritt. Der Verein hatte an Einnahmen zu vergleichen vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909: 11 867,60 M., im Jahre 1907/08: 12 584,24 M., und im Jahre 1906/07: 14 856,24 M. Die Ausgaben beliefen sich im Jahre 1908/09 auf 13 805,32 M., im Jahre 1907/08 auf 12 338,65 M., und 1906/07 auf 9 170,24 M. Der Kassenbestand betrug am 30. Juni dieses Jahres 6001,17 M. An den Parteivorstand wurden an Pflichtbeiträgen abgeführt 1906/07: 1500,88 M., 1907/08: 1368,18 M., und 1908/09: 1874,80 M.

Das Vereinsleben war ein reges. An schriftlicher Agitation gelangte im Januar in 41 000 Exemplaren im ganzen Kreise ein Flugblatt „Vor der Entscheidung“ zur Verbreitung, außerdem wurden über 3000 Exemplare der „Volkswacht“ im Interesse der Agitation an bestimmte Adressen versandt. Die „Gleichheit“ zählt 310, die „Arbeiterjugend“ 250 Abonnenten. Für die Proletarierjugend wurden öfter Ausflüge und Spiele veranstaltet, die sich guter Beteiligung erfreuten. Ein Vortragsschluß des Genossen Hoffmann in Bielefeld über Kulturentwicklung zählte im Durchschnitt 158 Teilnehmer, wovon allerdings nur 83 (gleich 20 Prozent) familiären 13 Vortrügen beiwohnten. Der Abonnementstand der „Volkswacht“ hat sich trotz der Krise auf der alten Höhe gehalten, nur die Inseraten- und Druckadvennennahmen sind etwas gefallen. An die Parteitag wurden verschiedene Anträge zum Organisationsstatut beschlossen. Zur Raiffeisler wurde der Antrag: „Die Forderung der Arbeiterrunde am 1. Mai fallen zu lassen“, in namentlicher Abstimmung mit 118 gegen 70 Stimmen angenommen. Zum Parteitag werden zwei Delegierte entsandt. Die Wahl erfolgt durch Urabstimmung.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Der Parteitag wolle beschließen, von den Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung zu fordern, sich jedes Genusses von Schnaps zu enthalten, um durch diese Steuerverweigerung energischen Protest gegen die ausbeuterische Steuerpolitik der Regierung einzulegen.“

Eine Kreisversammlung des Reichstagswahlkreises Remscheid-Lennep-Wettmann fand letzten Sonntag in Ronsdorf statt. Anwesend waren 60 Delegierte, außerdem der Reichstagskandidat Genosse Dittmann. Aus dem Geschäftsbericht des Kreis Komitees, den der Parteisekretär Faure gab, ist erwähnenswert, daß im Gegensatz zu dem Abschluß des vorletzten Jahres trotz der Krise ein erfreulicher Aufschwung in den Organisationsverhältnissen zu verzeichnen ist. Während zum Beispiel am 1. Juli 1908 ein Mitgliederbestand von 2708 zu verzeichnen war, betrug die Zahl der organisierten Genossen am Schlusse dieses Jahres 3305. Davon entfallen auf die weiblichen Mitglieder 397. Dazu kommt, daß die Beiträge in bedeutend höherem Maße eingegangen sind, die Zahl der regelmäßig zahlenden Mitglieder also zugenommen hat. In der Agitation wurde im letzten Jahre eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet. Es fanden 233 Vereins- und 64 öffentliche Versammlungen statt. Flugblätter und Flugchriften wurden insgesamt 152 000 verbreitet, außerdem kam der Vollständer in 21 000 Exemplaren zur Verteilung. Im Kreise sind gegenwärtig 28 Gemeindevertreter vorhanden. Zur Weiterbildung der Genossen fand ein Unterrichtsluxus statt, für den Genosse Wunder als Lehrer gewonnen war; es nahmen 61 Genossen und Genossinnen teil. Die Jugendbewegung macht im Kreise ebenfalls gute Fortschritte.

Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 10 941,20 Mark, der eine Ausgabe von 9223,83 M. gegenübersteht. Die Konferenz erklärte sich mit der Tätigkeit des Kreis Komitees einverstanden. Zum Schluß hielt der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Dittmann, einen Vortrag über „Die Aufgaben des deutschen Parteitages unter besonderer Berücksichtigung des Organisationsstatuts“.

Es wurde noch ein Antrag angenommen, wonach der Sitz des Kreis Komitees nach Remscheid verlegt werden soll.

Die Mannheimer Wahlkreisversammlung (11. badischer Reichstagswahlkreis) nahm Stellung zur Tagesordnung des Leipziger Parteitages. Der Referent hielt einen ruhigen Verlauf der Verhandlungen voraus; er empfahl, zur Frage der Raiffeisler eine abwartende Haltung einzunehmen und dem Organisationsstatut im allgemeinen zuzustimmen. Es wurde beschlossen, für den Wahlkreis zwei Delegierte zu entsenden. Deren Wahl findet am 23. August statt. Die Konferenz beschäftigte sich auf Anregung der Badener Genossen mit dem Problem, durch einen besonderen Wahlmodus einen Delegierten aus der Stadt Mannheim und einen aus der Parteigenossenschaft der Landorte zu entsenden. Der Vorschlag, eine gesonderte Wahl nach den beiden abzugrenzenden Gebieten vorzunehmen, fand keine Zustimmung; dagegen fand folgender Antrag der Billigung der Konferenz: „Als Gewähr gelten von den vorgeschlagenen Kandidaten nach der Wahl ein Delegierter der Stadt und einer vom Lande, und zwar jeweils derjenige, der die höchste Stimmzahl in der für ihn maßgebenden Delegiertengruppe erreicht hat.“

Dolizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Beleidigung des Reichsverbandsgenerals Liebert wurde Genosse Quard als verantwortlicher Redakteur der Frankfurter „Volkstimme“ zu 100 M. Strafe verurteilt.

Soziales.

Lehrverträge mit Minderjährigen.

Neben die Hinzuziehung der Eltern des Lehrlings beim Abschluß des Lehrvertrages sprach sich die 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts in ihrer letzten Sitzung aus. Der beklagte Expedient Hugo F. hatte mit der minderjährigen Klägerin Frieda B. vereinbart, daß sie bei ihm gegen eine Monatsvergütung von 20 M. im Anfang und 25 M. im zweiten Halbjahre ein Jahr lernen sollte. Nach einiger Zeit blieb die Klägerin wegen eines Streites dem Geschäft fern und erhob Anspruch auf 6 M. Verdiensten Gehalt. Der Prinzipal dagegen erhob Widerklage auf 90 M. Schadenersatz. Er will den Schaden durch das Fortbleiben der Klägerin erlitten haben, indem er deren Arbeit von besser bezahlten Angestellten habe ausführen lassen müssen. Der Vater des Lehrlings wendet ein, daß gar kein rechtsgültiger Lehrvertrag geschlossen worden sei und er auch nie die Erlaubnis zum Abschluß eines solchen Vertrages mit dem Beklagten gegeben hätte. Demgegenüber will der Prinzipal den Lehrvertrag als perfekt abgeschlossen wissen, denn die Klägerin sei damit einverstanden gewesen. Es sei im übrigen nicht seine Schuld, wenn die Einwilligung der Eltern fehlte; er habe dem Lehrling mehrmals gesagt, der Vater möchte ihn besuchen, aber dieser sei nicht gekommen. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten, die geforderten 6 M. der Klägerin zu zahlen und wies ihn mit der Widerklage ab. Der Lehrvertrag hätte in rechtsgültiger Form abgeschlossen werden müssen, nur dann konnte sich der Beklagte auf ihn berufen. Der Beklagte hätte sich schriftlich mit den Eltern der Klägerin in Verbindung setzen müssen, wenn eine Verständigung anders nicht zu erreichen war.

Die Entscheidung des Kaufmannsgerichts ist zweifellos zutreffend: Minderjährige können mit rechtlicher Wirksamkeit einen Lehrvertrag auch dann nicht schließen, wenn sie zum Abschluß eines Arbeitsvertrages von ihrem Vater oder Vormund ermächtigt waren. Der Vater oder der Vormund selbst muß den Lehrvertrag schließen oder nachträglich ausdrücklich genehmigen.

Aus dem Gastwirtsgerwerbe.

Der Kellner A. war bei den Exzessor-Betrieben, G. m. b. H., als Oberkellner beschäftigt. Am 29. Mai wurde er unter Aufschaltung der vereinbarten dreitägigen Kündigungsfrist ent-

lassen. Er klagte deshalb beim Gewerbegericht auf Ersatz des ihm erwachsenen Schadens von 30,50 M. Der Vertreter der Beklagten hält die sofortige Entlassung für berechtigt, da der Kläger die Gesellschaft um ein Diner im Werte von 1,25 M. habe betragen sollen. Die Gesellschaft hat, wie die Beweisaufnahme erkennen ließ, nicht die rechte Ordnung in ihrem Betriebe. Der Kläger bestritt, daß er die Gesellschaft habe betragen wollen, es könne sich lediglich um einen Irrtum handeln. Auf Anraten des Vorsitzenden, Magistratsassessors Dr. Lehmann, ermächtigt der Kläger seine Klageforderung um den Preis des strittigen Dinners; der Beklagten empfahl das Gewerbegericht, da der von ihr behauptete Betrag keineswegs erwiesen sei, die Klageforderung von 29,25 M. anzuerkennen, da sie mit der Entlassung des Klägers übereins vereilt gehandelt habe. Die Beklagte befolgte diesen Rat.

Religionsunterricht durch Gefängnisstrafe.

Der katholische Pfarrer in Sulzfeld (Unterfranken) wollte einem Sonntagsschüler das Wort Gottes mit dem Stod einbläuen. Weil der junge Mann aber sich als verstockter Sünder weigerte, die Hände zum Draufhauen hinzuhalten, zeigte ihn der Diener Gottes an und der Junge wurde nun wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Befriedigt verließ der Diener Christi mit einem frommen Augenaufschlag den Gerichtssaal.

Auch Koffhandarbeiten.

In Würth hat der Magistrat beschlossen, wegen der großen Arbeitslosigkeit 6000 M. für Koffhandarbeiten auszuwerfen. Da schrieb ein Fingeleibhaber aus der Umgebung, man solle ihm 20 bis 30 Koffhandarbeiter schicken, um seinem Koffhand abzuwehren, denn bei ihm streiten sämtliche Arbeiter. Der Magistrat hatte für einen solchen Koffhand selbstverständlich kein Verständnis und lehnte das Gesuch ab.

Unfallversicherung und Haftpflicht.

Die Unfallversicherten erhalten bekanntlich im besten Fall zwei Drittel des Schadens ersetzt, während das Eisenbahnhaftpflichtgesetz vollen Schadenersatz vorsieht. Wird im Eisenbahnbetriebe ein der Verletzung unterstellter Arbeiter und ein Reisender in gleicher Weise verletzt, so erhält der Arbeiter stets mindestens ein Drittel weniger als Unfallrente wie der Reisende als Schadenersatz. Es beruht dies auf der Vorschrift des § 135 Absatz 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Danach können die nach Maßgabe des Gesetzes versicherten Personen Anspruch auf Ersatz des infolge eines Unfalles erlittenen Schadens gegen den Betriebsunternehmer nur dann erheben, wenn durch strafrechtliches Urteil festgestellt worden ist, daß der in Anspruch Genommene den Unfall vorsätzlich herbeigeführt hat. Durch Absatz 3 dieses Paragraphen wird vorgeschrieben, daß für das Über einen solchen Anspruch erkennende ordentliche Gericht die Entscheidung bindend ist, die in dem durch dieses Gesetz geordneten Verfahren über die Frage ergeht, ob ein Unfall vorliegt, für den aus der Unfallversicherung Entschädigung zu leisten ist und in welchem Umfang Entschädigung zu gewähren ist. Hierüber entscheidet dem Gesetz entsprechend zumeist die Berufsgenossenschaft.

Für einen jetzt vom Reichsgericht entschiedenen Rechtsstreit kommt in Betracht, daß nach § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes an Stelle der Berufsgenossenschaft der Staat resp. beauftragt die Eisenbahndirektion zu Berlin trat, weil es sich um einen Eisenbahnbetriebsunfall handelte.

Der Kläger war als Bauassistent durch einen Privatdienstvertrag von der Eisenbahndirektion angestellt worden. Am 23. Februar 1906 ist er auf dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg bei der im aufgetragenen Uebernahme des Baues einer Bahnsteighalle dadurch verunglückt, daß eine hölzerne Steife, die zur Stütze des Tragarmes einer Hallensäule diente, umfiel und ihn am Kopfe traf. Infolge der hierbei erlittenen Gehirnerschütterung mit nachfolgendem Hirnenleiden wurde dem Kläger durch Feststellungsbefehl der Eisenbahndirektion Berlin die Vollrente im Betrage von 1319,11 M. nach Maßgabe des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes gewährt. Der Kläger behauptet nun, daß er im Betriebe der Eisenbahn verletzt worden sei, da die Steife infolge der Erschütterung durch einen vorbeifahrenden Zug umgefallen sei. Er beruft sich darauf, daß er als Bureaubeamter mit einem 3000 M. übersteigenden Jahresverdienst angestellt gewesen sei und deshalb nicht unter die nach § 1 Absatz 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes versicherungspflichtigen Personen falle. Infolge dessen hätte er gegen den Eisenbahnfiskus Klage auf Grund des § 1 des Haftpflichtgesetzes erhoben, durch die er Zahlung einer Jahresrente von 1616,89 M. als Ersatz seines Mindereinkommens begehrt.

Das Landgericht Berlin erkannte nach dem Klageantrage, indem es den beklagten Fiskus zu Zahlung der geforderten Rente bis zum vollendeten 65. Lebensjahre des Klägers verurteilte. Auf die Berufung des beklagten Eisenbahnfiskus kam das Kammergericht in Berlin zur Abweisung der Klage auf Grund des § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Das Kammergericht nimmt Wegung darauf, daß der Kläger nach § 135 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes nur dann von dem Betriebsunternehmer zu entschädigen sei, wenn der in Anspruch Genommene gemäß strafrechtlichem Urteil den Unfall vorsätzlich herbeigeführt habe. Im übrigen erklärt das Kammergericht, daß es nach Absatz 3 an die Entscheidung der Eisenbahndirektion im Feststellungsverfahren gebunden sei. Eine Beschwerde gegen diese Entscheidung hatte der Kläger damals nicht eingelegt.

Das Urteil des Kammergerichts sucht der Kläger durch Revisionseinlegung beim Reichsgericht an. Die Revision des Klägers wurde vom 6. Zivilsenat zurückgewiesen. Der erkennende Senat führt aus, daß sich das Berufungsgericht mit Recht durch die in dem Feststellungsverfahren ergangene Entscheidung für gebunden erachtet und danach die Klage abgewiesen habe, weil es an der Voraussetzung des § 135 Absatz 1 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes fehle, daß der Betriebsunternehmer den Unfall vorsätzlich herbeigeführt habe.

Aus Industrie und Handel.

Den Staat als Handknecht

Ihrer Profitmachereigenschaften in Anspruch nehmen wollen die Kalkulationsindustriellen. Zwecks Sicherung der Preispolitik des Kalkulationsindustriellen soll eine sogenannte Produktionssteuer eingeführt werden. Die Gefahr — für die ungerechtfertigt hohen Preise — liege darin, daß jedes Werk technisch in der Lage sei, das mehrfache seines bisherigen Anteils im Syndikat zu fördern. Bei eintretendem freien Wettbewerb würden die Preise derart gesunken, daß für die Anteilhaber die zu hohen Kurven gekauft haben, kein Nutzen verbleibe. Das Syndikat fordere 14,50 M. pro Tonne, die freien Verkäufe seien jedoch auf der Grundlage von 7,50 M. abgeschlossen worden. Dadurch würden dem Auslande jährlich 40 Millionen oder die Verzinsung von einer Milliarde geschenkt.

Um den Preisrückgang zu unterbinden und Schranken aufzurichten, an denen sich das „Ausland und die rücksichtslosen Leute“ die Köpfe einstoßen, soll eine gestaffelte Produktionssteuer für Kali auf folgender Basis eingeführt werden:

Die Förderung in Höhe der letzten fünf Jahre mit einem 10- oder 20prozentigen Zuschlag bleibt steuerfrei und wird auf die einzelnen Werke im Verhältnis der von ihnen bereits abgetriebenen Quote verteilt. Das steuerfreie Kontingent steigt jährlich um 10 bis 20 Prozent und wird auf die neuen fertigen Werke in Höhe der ihnen durch das neue Syndikat zugestandenem Minimalquote verteilt; der etwa verbleibende Rest kommt wieder sämtlichen Produzenten gleichmäßig zu gute. Alles, was mehr produziert wird, unterliegt einer Produktionssteuer, die so hoch gehalten sein muß, daß die Förderung über das Kontingent hinaus unlohnend ist. Für Werke, welche nach dem 1. Juli 1909 mit dem Bau begonnen haben, muß für die ersten 5 Förderjahre eine gestaffelte Steuer der

Gesamtproduktion eintreten, so daß dieselben erst nach 5 Förderjahren in den Genuß ihres steuerfreien Kontingents gelangen.

Die Industriellen verlangen also Sicherung des Gewinnes durch den Staat, von demselben Staat, der auf Arbeitslose schieben läßt, wenn sie Beschäftigung verlangen. Und bei der Liebesgabenpolitik, die im Junkerland im Schwange ist, haben die Kalkulationsindustriellen Aussicht, daß der Staat, der für Arbeitslose nur blaue Wogen hat, ihren Wünschen große Geneigtheit entgegen bringt.

Avanciert. Kürzlich zählten wir eine Reihe Staatsbeamte a. D. auf, die es für besser gehalten hatten, ihre Tage in Privatstellungen zu beschließen. Jetzt wird bekannt, daß der Wirkliche Legationsrat und Geheimrat Dr. Bohe vom Auswärtigen Amt zum 1. September den Staatsdienst verläßt, um Syndikus der Berliner Handelsgesellschaft zu werden. Die fürstliche Kruggesellschaft hält sehr viel auf tüchtige Beamte mit guten Verbindungen.

Was ein kaiserlicher Gouverneur leistet.

Die Geschichte der deutschen Kolonialpapiere wird immer interessanter. Vor einigen Tagen kam die Meldung vom Londoner Bureau der „South African Territories Co.“ an die großen Handelszeitungen, daß auf dem Gebiet dieser Gesellschaft reichliche Diamantfunde gemacht worden seien. Die Wirkung stellte sich aber erst ein, als offiziell ein Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Südwestafrika verbreitet wurde, welches besagte, daß im Bergwerksgebiete der „South African Territories Co.“ nach zuverlässigen Meldungen reichliche Diamanten gefunden worden seien. Ueber 1200 Felder seien schon belegt. Durch diese offiziöse Mitteilung wurde naturgemäß den Kurstreibereien in Kolonialanteilen Vorschub geleistet. Allerdings beurteilt er sich nachher, seine hoffnungsfelige Meldung abzuschwächen, wiederum offiziös wurde erklärt, daß die Angaben über die neuesten Funde mit größter Vorsicht aufzunehmen seien; aber, da hatten die Spekulantanten ihr Geschäft schon gemacht. Der Kurs der Territories Shares, die vor einigen Jahren noch mit 7 Schilling erworben werden konnten, und die in den letzten Tagen zu 42 Schilling umgekehrt worden waren, ging wieder zurück und stellte sich am Dienstag auf etwa 33 Schilling. Die ganze Kurzbewegung in den Territories Shares sowie anderen Kolonialanteilen wird etwas klarer, wenn man bedenkt, daß bei einigen Gesellschaften Verwaltungsmittel ihre besseren Informationen dazu benutzten, Spekulationsgewinne an der Börse zu machen. Daneben geht das Bestreben der englischen Gruppen, die Kolonialanteile mit möglichst großem Profit nach Deutschland abzustufen.

Scheitern des russischen Platinmonopols. Die Förderung des Platins ist fast ausschließlich, und zwar mit 95 Prozent, auf Russland beschränkt. Den Preis diktiert aber das Ausland. Bestrebungen, die bereits im Jahre 1898 ihren Anfang genommen haben, liegen auf die Monopolisierung des Platins mit Hilfe des Staates hinaus. Die russische Staatsbank sollte zu einem vorher festgesetzten Preise, der auch die Verarbeitung der ärmeren Lager gestatten würde, sämtliches Platin ankaufen, es verarbeiten lassen und dann zu einem höheren Preise an das Ausland zu verkaufen. Die Hälfte des Ertrages zwischen der Ankauf- und Verkaufsumme sollte den Platinproduzenten zufallen. Das Projekt ist jetzt als gescheitert zu betrachten. Die russische Regierung hat selbst an dem Nihilismus des Planes mitgewirkt. Durch ihre Vermittlung ist zwischen der Verwaltung der Nishni-Tagilster Werke, den bedeutendsten Platinproduzenten des Urals, und der Compagnie Industrielle du Platine, einer mit einem Kapital von 20 Millionen Franks arbeitenden französischen Gesellschaft, ein Vertrag abgeschlossen worden, demzufolge die letztere das Förderungsrecht der Tagilster Werke auf 20 Jahre pachtet. Dieser Vertrag schließt das Zustandekommen eines russischen Staatsmonopols für Platin aus. Sein Zustandekommen hätte die Staatsbank zu einem Spekulantanten par excellence gemacht, und Kolonien hat stets das Bestreben gezeigt, der russischen Staatsbank ihren Emissionscharakter rein zu erhalten resp. sie von allen Sünden zu reinigen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Kämpferin tot.

Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine der wenigen und rührigsten Agitatorinnen verloren. Auguste Kadeit ist einer der tüchtigsten Berufsfranzen, einer chronischen Weibergiftung und Nierenentzündung, zum Opfer gefallen.

In Königsberg i. Preußen geboren, verlor sie früh den Vater, die Not zwang nun die Mutter, der Mutter beim Vortriebe zu helfen. Sie wandte sich nach der Schulzeit der Zigarrenfabrikation zu. Später arbeitete sie in Korkfabriken und ging dann in Berlin zur Metallindustrie über. Bei dieser Arbeit holte sie sich den Todeskeim, sie erkrankte seit Jahren. Aber die Wochen des Krankseins hat sie benutzt, um zu lesen und unter Führung von kundigen Genossinnen sich herauszubilden zur Agitatorin zunächst für die Arbeiterinnen ihres Berufes. Ihr Vornehmer brachte sie bald weiter, daß sie fähig wurde, für Partei und Gewerkschaft hinauszugehen. Immer fanden wir sie bereit zur Uebernahme jeder Arbeit.

Bereits im Anfang dieses Jahres erkrankte sie unterwegs sehr schwer nach einer Versammlung in Hühne. Eine Gehirnerschütterung festelte sie sechs Wochen lang an das dortige Krankenhaus.

Im Juni war sie als Delegierte in Hamburg auf der Generalversammlung der Metallarbeiter; von dort kam sie krank zurück, und nach sechs Wochen erlöste der Tod die 33jährige von ihrem Leiden. Wir und alle, denen sie mit ihrer Agitationsarbeit diente, werden unserer Mitarbeiterin ein ehrendes Gedenken bewahren.

Kampf um das Frauenstimmrecht in Amerika.

Die Agitation für das Frauenstimmrecht gewinnt auch in den Vereinigten Staaten Boden. Zu den proletarischen Stimmrechtskämpferinnen und so überzeugten Vorkämpferinnen der Frauenrechte, wie Emma Goldman, gesellen sich jetzt Damen der „guten Gesellschaft“, von denen man, wenn sie die Methoden des Londoner Suffragettenums in New York vorführen, nicht weiß, ob sie wirklich aus politischer Begeisterung oder nicht bloß zum Sport mitmachen. Mit Tambourins und Leierkasten bewaffnet, lassen da z. B. am Park Row, unmittelbar vor City Hall (dem New Yorker Rathaus) Millionärstöchter der Stadt Boston, um dort ihren Schlachtruf „Gebt uns Frauen das Stimmrecht“ erschallen zu lassen und mit dem Leierkastenorgel Bennies, Riddels und auch Dollars auf ihr Tambourin zu sammeln. Die Suffragetten versammeln auf diese Weise eine riesige Menschenmenge um sich, was sie bei dem ritterlichen Sinn des amerikanischen Volkes, sogar des amerikanischen Nobels ohne persönliche Gefahr tun dürfen. Der Straßenmob hält sich dafür an dem Polizisten schadlos, den er nötig, die streitbaren Damen unbehelligt zu lassen. Auch in Long Island, der Jahrmärktinsel der New Yorker, tauchen die Suffragetten mit ihrem Leierkasten auf. Sie tragen plakatgroße Abzeichen mit der Aufschrift: „Votes for Women“ (Stimmrecht für die Frauen)! Offenbar machen sie Stimmung für ihre Sache und noch mehr Geld für die Kaffe. Rächterherbeeren sammeln sie aber in diesem Lande nicht. Die Frau des Millionärs Rodan hat sich in Chicago einen Extrazug zusammengestellt, von dem aus sie dem ganzen Lande die politische Emanzipation der Frauen — ihrer Klasse predigen will. Denn meist beschränken sich die bürgerlichen Suffragetten auf die Forderung des Stimmrechts für die Grund- und Kapitalbesitzerinnen. — Ersterer ist schon die Bewegung, die sich im Juli in der internationalen Frauenstimmrechtskonvention in Seattle ein glänzendes Stellbild ein gab. Die Federation amerikanischer Frauenvereine umfaßt jetzt 800 000 Frauen und steht seit einigen Jahren unter der Leitung einer radikalsten Frauenrechtlerin, Frau Sarah Platt.

Partei-Angelegenheiten.

Johannisthal, Freitag, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Senfleben, Friedrichstr. 48, eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: „Die politische Lage“.

Rüdersdorf, Kallberge. Am Sonntag, den 8. August, veranstalten die Parteigenossen von Rüdersdorf im „Gasthaus zur Linde“ (Inh. Grewe, Heininiger Straße 19) ein Sommerfest.

Zegel. Am Sonntag, den 8. August, findet das Sommerfest des Bezirks Zegel im Lokale W. Krapp (Inh. Gamm), Bahnhofstr. 1, statt.

Berliner Nachrichten.

Immer wieder dieselbe Summe! Wieder mal ist es in einem der Krankenhäuser unserer Stadt passiert, daß der Familie eines Patienten eine Todesnachricht zugeht, obwohl der Patient glücklicherweise am Leben war.

St. Bureaukratius im Omnibus.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht das „Berliner Tageblatt“ eine Zuschrift eines hier weilenden Engländers, der das Recht hatte, eine kleine Handtasche im Omnibus stehen zu lassen.

Ich fuhr kürzlich mit einem Pferdeomnibus vom Potsdamer Platz bis zur Ede Friedrich- und Leipziger Straße. Unglücklicherweise ließ ich meine kleine Handtasche stehen. Auf die Ehrlichkeit des Publikums sowie auf die Aufmerksamkeit des Schaffners vertrauend, tat ich am selben Tage keine besonderen Schritte.

„Ich fuhr kürzlich mit einem Pferdeomnibus vom Potsdamer Platz bis zur Ede Friedrich- und Leipziger Straße. Unglücklicherweise ließ ich meine kleine Handtasche stehen. Auf die Ehrlichkeit des Publikums sowie auf die Aufmerksamkeit des Schaffners vertrauend, tat ich am selben Tage keine besonderen Schritte.“

Jagen: das ist nicht amtlich. Es trägt den englischen Staatsstempel, ist von einem Notar beglaubigt und vom deutschen Konsul ebenfalls. Ich fordere ihn auf, unergänztlich mit dem Schriftstück zu einem der Herren Direktoren zu gehen und mir alsbald meine Tasche auszuhandigen.

Die postalischen Verhältnisse in der nördlichen Schönehauser Vorstadt lassen seit langen Monaten sehr zu wünschen übrig. Schon immer war das Postamt 58 in der Danziger Straße 8 für den starken Verkehr dieser in den letzten Jahren überraschend schnell ausgeblühten Gegend überlastet.

Die endgültige Einigung zwischen Schöneberg und Charlottenburg in der Streiffrage des Untergrundbahnbaues steht, wie eine Korrespondenz gestern abend zu melden wußte, unmittelbar bevor. Die Magistrats beider Kommunen haben sich darüber geeinigt, daß bezüglich der Weiterführung der Bahn durch die Rosenthaler Straße ein gütliches Abkommen provisorisch abgeschlossen ist.

Mit dem Bau des Fußgängerunterwegs, der die Wiener mit der Götlicher Straße verbinden soll, ist jetzt begonnen worden. Bereits im Oktober 1907 hat die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung dieses Tunnels zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Götlicher Bahnhof beschlossen und dafür 165 000 M. bewilligt.

Eine große Empörung unter den Passanten rief vor einigen Tagen ein Vorgang hervor, der sich am Helmholzplatz abspielte. Ein in angelegentlichem Zustande von der verlängerten Kaunertstraße kommender alter Straßenhändler war eben im Begriff den Helmholzplatz zu überschreiten, als sich ihm ein Wächter in den Weg stellte.

Über die unhaltbaren Zustände im Stadt- und Vorortverkehr, die wir des öfteren und am 28. Juli in einer Kotitz auf Grund eines Vorkommnisses auf dem Bahnhof Friedrichshagen beleuchteten, äußert sich die Eisenbahndirektion in einem uns übersandten Schreiben wie folgt:

Die Untersuchungen haben ergeben, daß sich der Vorfall in Friedrichshagen am Sonntag, den 25. Juli, nicht in der geschilderten Weise abgespielt hat. Bei dem Zuge 2024 um 9.54 Uhr herrschte in Friedrichshagen allerdings ein starker Andrang. Nachdem durch die Türschließer alle Abteiltüren geschlossen worden waren, rief der in der Nähe des Zugschlusses sich befindende Türschließer laut „Beruhig“ und „Juridiktoren“.

Selbstmord auf den Eisenbahnhöfen. Vorgestern nachmittag verübte der Rentenempfänger Sch. dadurch Selbstmord, daß er sich auf der Stettiner Bahn in der Nähe der Wärdendube 46 unmittelbar vor einem Schnellzuge Berlin-Stettin auf die Schienen warf.

Die Regenerungsarbeiten für den wichtigen Durchbruch der Magazinstrasse von der Alexander- bis zur Dirschkestrasse sind nunmehr beendet, so daß jetzt mit den Pflasterungsarbeiten begonnen werden kann.

Im Berliner Asylverein für Obdachlose nächstigten im Monat Juli: im Männerasyl 15 338 Personen, wovon 8367 badeten; im Frauenasyl 4353 Personen, wovon 1927 badeten.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 2. August, vormittags gegen 7 Uhr, wurde die Leiche eines unbekanntem etwa 30 bis 35 Jahre alten, dem Arbeiterstande angehörenden Mannes im Nordhafen, unweit der Aeler Brücke, gefunden.

Am 7. Juli d. J. wurde die Leiche des Hausdieners Max Jwanziger, 20. März 1892 zu Berlin geboren, nachdem sie drei Tage im Wasser gelegen hatte, vor Korduser 1 aus dem Spandauer Schiffshaus gelandet.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania gelangt der mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattete Vortrag „Kairo und die Pyramiden“, der das Leben und Treiben im modernen Kairo mit seinen Moscheen und Minaretts, mit den Denkmälern modernster Kultur und seinen Gärten von fabelhafter tropischer Ueppigkeit schildert und in die altägyptische Totenstadt von Oise und Sakkara führt, heute (Donnerstag) noch einmal zur Darstellung.

Beim Sängerkreis des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes am 1. August im Moabiter Schützenhause und im Inselestr. 1 sind folgende Gesänge vorgeführt worden: 1 Kinderlied, 2 Schläffel, 1 Damenhandschuh, 1 Hutnadel, 1 Damenschirm, 1 Kinderfahrrad.

Von einem empfindlichen Verlust wurde am Montag ein Arbeiter betroffen, der auf dem Wege von der Hochbahnstation Kottbusser Tor über Barischauer Brücke nach der Subener Straße ein braunes Portemonnaie mit etwas über 51 M. Inhalt verlor.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Friesenstr. 14 Feuer aus. Vorhänge und Gardinen brannten dort. Möbel wurden in einer Wohnung in der Kruppstr. 5 ein Raub der Flammen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Das Statistische Amt teilt in seinem Vierteljahrsbericht mit, daß die Bevölkerung von 163 491 auf 162 693 gesunken ist. Daß die Bevölkerung diesmal zurückgegangen ist, auf den geringen Geburtenüberschuss zurückzuführen, ebenfalls ist die Zahl der Zugewanderten geringer als in den Vorjahren.

Die Bautätigkeit ist im Steigen begriffen. Am meisten wurden in dem westlichen Teil am Daberischen Platz gebaut. Der Besitzwechsel in bebauten Grundstücken umfaßt 57 Grundstücke. Der Umsatz betrug 16 Millionen Mark.

Bei dem städtischen Arbeitsnachweis standen 8198 Arbeitsangeboten 4087 Nachfragen gegenüber.

Die Gesamtzahl der Mitglieder der Ortskrankenkasse betrug 20 500; davon waren 12 088 männliche und 8412 weibliche Mitglieder. Die Zahl der erwerbsunfähig krank Gemeldeten betrug 1123.

Die Ferienausflüge der Kinder nach dem Grunetwald haben mit Ablauf dieser Woche ihren Abschluß erreicht. Um den Schluß würdig zu begehnen, kommen die Ausflügler am Sonnabendnachmittag in der Schloßbrauerei, Hauptstraße 122, zum Kaffee und Kuchenmehns zusammen.

Ein außerordentlich verwegener Diebstahl per Automobil ist in der gejagten Nacht in der Hahndstraße 77 verübt worden. Dort befindet sich die Automobilabteilung der Vergammischen Elektrizitätswerke, in welcher nachmittags ein Popen Gummiwagen eingeklinkert worden war.

beiden Gummimäntel aus den Geschäftsräumen holten und auf das Auto luden. So gelang es den Dieben, 8000 Mäntel zu rauben.

Leipzig.

Weil er sich unschuldig verurteilt glaubte, hat sich der 58 Jahre alte Landwirt Friedrich G. das Leben genommen. G. war vor einiger Zeit beschuldigt worden, ein Portemonnaie gestohlen zu haben. Er wurde auch vom Gericht für überführt erachtet und zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Er nahm sich dies dermaßen zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, Selbstmord zu verüben. Bekannt gegenüber äußerte er, er wolle lieber in den Tod gehen, als unschuldig im Gefängnis sitzen. Der Lebensmüde hat seinen Plan jetzt auch zur Ausführung gebracht; gestern wurde seine Leiche aus dem Teufelskanal gelandet.

Wohndorf.

Die letzte Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst den Vorstands-, Kassen- und Expeditionsbericht debattelos entgegen. Beim Bericht der Lokalkommission entspann sich eine rege Diskussion, in welcher das pflichtwidrige Verhalten einiger Genossen, namentlich das des Genossen Klemm, entschieden gerügt wurde. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Ritter und Frau Weihensee delegiert. Außerdem wählte die Versammlung eine Agitationskommission, bestehend aus den Genossen Lypsenborn, Paul und Weihensee. Der Bäderboykott wurde aufgehoben.

Alt-Stienitz.

In der letzten Gemeindevorversammlung kam die Umbildung der Kirche recht früh zum Ausdruck. Da die Gemeinde selbst keinen Friedhof ihr eigen nennt, sondern auf den Begräbnisplatz der Kirche angewiesen ist, so verlangt jetzt der Gemeindevorstand, wohl infolge der zahlreichen Ausritte aus der Landeskirche, daß die Gemeinde sich einen kommunalen Friedhof anlegen solle. Es sei nicht angängig, daß die Mitglieder der Gemeinde, welche aus der Kirche ausgetreten sind, inmitten gläubigen Christen zur letzten Ruhe bestattet würden. Die Vertretung war einsehend und ging über diesen Punkt zur Tagesordnung über. Vorher fand die Einführung des Genossen Restaurateur Herrmann Rige statt, welcher an Stelle des verzogenen Genossen Gerlach bei der letzten Ertragswahl in der dritten Abteilung mit 222 gegen 9 Stimmen gewählt war.

Friedrichshagen.

Der am Dienstag verstorbene Amts- und Gemeindevorsteher Bürgermeister Wilhelm Klut wurde, wie uns in Ergänzung unserer kurzen Meldung von gestern noch mitgeteilt wird, Ende der achtziger Jahre zum Gemeindevorsteher und bald darauf auch zum Gemeindevorsteher gewählt. Im Jahre 1893 erfolgte seine Wahl zum Gemeindevorsteher und gleichzeitig seine Ernennung zum Amtsvorsteher für den Amtsbezirk Friedrichshagen. Als Gemeindevorsteher ist Klut stets bestrebt gewesen, die Entwicklung der Gemeinde zu fördern und das Interesse der Gemeinde nach jeder Richtung hin wahrzunehmen. Unter seiner Amtsführung wurde das achtzehnklassige Knaben-, das 24klassige Mädchen- und das Realgymnasium erbaut. Mit Eifer betrieb er die Pflasterung der Straßen und die Errichtung der Wasserleitung und Kanalisation. Bureaukratische Kläranlagen waren dem Verstorbenen fremd. Von streng konservativer Gesinnung, widerstand er doch seinem Charakter, als Polizeibeamteter der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung durch feindselige Schlägerei Hindernisse zu bereiten. Nach Ablauf seiner zwölfjährigen Amtsdauer wurde Klut im Jahre 1905 von der Gemeindevorstellung einstimmig auf fernere zwölf Jahre zum Gemeindevorsteher gewählt.

Ziegel.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich vorgestern auf der Oranienburger Chaussee ereignet. In der Berliner Straße in Ziegel fuhr eine Droschke beinahe gegen einen Straßenbahnwagen. Beim Ausweichen rannte das Automobil mit solcher Gewalt gegen einen Baum, daß der Kraftwagen vollständig zertrümmert und der Insasse, ein Kaufmann K. aus Berlin, schwer verletzt wurde. Der Verunglückte fand im Paul Gerhardt-Stift Aufnahme. Der Chauffeur war ohne Verletzungen davongekommen.

Frankfurt a. M.

Ein begehrteter Posten. Um die hiesige, durch den Abgang des bisherigen Inhabers zum 1. Oktober d. J. frei werdende Gemeindevorsteherstelle sind nicht weniger als 131 Bewerbungen eingegangen. Unter den Bewerbern befinden sich 40 Bürgermeister, 11 Stadt- und Magistratssekretäre, 9 Amts-, Gemeinde- und Polizeisekretäre, 8 Gemeindevorsteher, 8 Kreisaußerschulinspektoren, 4 Magistratsassistenten, 4 Referendare, 3 besoldete Stadikanten, 3 Amts- und Gemeindevorsteher, 3 Beamten a. D., 3 Studenten, 2 Amtsvorsteher, 2 Rechtsanwältinnen, 2 Bureauvorsteher, 2 Magistratshilfsarbeiter, 2 Kandidaten und 27 sonstige Bewerber, wovon sich auch ein Oberlieutenant und ein Major a. D. befinden.

Potsdam.

Selbstmord eines Militärs. Der freiwillig beim ersten Garde-Regiment dienende Musiker Harry Wenzel hatte sich vor einigen Tagen vormittags nach Berlin zu seinen Eltern begeben. Da W. abends noch nicht zurückgekehrt war, wurde ein Unteroffizier beauftragt, nach Berlin zu seinen Eltern zu fahren und Ermittlungen einzuleiten. Bei dem Eintreffen des Unteroffiziers begab sich W. in ein Nebenzimmer und erschoss sich. Vor wenigen Tagen hatte sich W. erst verlobt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Ritter vom Kummelblättern, welcher einen biederen Provinzialen völlig ausgeplündert hatte, mußte sich in der Person des Kellners Ernst Leutke unter der Anklage des Betruges vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Der Landarbeiter Paul Jordan hatte auf einem Gute in der Nähe von Berlin längere Zeit gearbeitet und wollte nun am 4. November v. J. mit seinen Ersparnissen wieder seine Heimat, ein kleines Dörfchen in Schlesien, aufsuchen. Als er von seiner Arbeitsstelle auf dem Lehreter Bahnhof anlangte, wurde er von einem Mann, der sich später als der jetzige Angeklagte entpuppte, angesprochen und um irgendeine Auskunft gebeten. Als der Angeklagte hierbei bemerkte, daß Jordan Schlesiener sei, erzählte er sofort, daß er nach Schlesien fahren wolle. Jordan war hocherfreut, daß er einen „Landmann“ gefunden hatte, und folgte gern der Einladung zu einem Glase Bier. In einem Lokal in der Reichstraße gesellte sich dann wie zufällig noch ein zweiter „Landmann“ hinzu, und bald sahen alle drei bei dem beliebigen Schachspiel. Als die beiden Rumpanz verloren, schlugen sie ein anderes Spielchen vor. Es war dies das sogenannte Kummelblättern, bei dem Jordan im Handumdrehen über 70 M. verlor. Als er schließlich merkte, daß er Gaunern in die Hände gefallen war, entfernten sich diese unter einem Vorwande, vergaßen aber das Wiederkommen. Als Jordan einige Tage später den Angeklagten zufällig auf der Straße traf, ließ er ihn verhaften. Der Amtsanwalt beantragte 1 Monat Gefängnis, das Gericht erkannte jedoch mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Wauernfänger auf 2 Monate Gefängnis.

Ein interessanter Fall von Schulverschulden. Vereidigt beim Eintritt des Arbeitersohnes S. in die Volksschule machte der Vater den Lehrer darauf aufmerksam, daß der Knabe an Krämpfen leide, die ihn wohl manchmal am Schulbesuch verhindern würden. In den Tagen vom 14. bis 17. November v. J. war S., ohne daß eine schriftliche Entschuldigung beigebracht war, dem Schulbesuch fern geblieben. Wegen dieser Schulverschulden wurde der Vater des Schülers strafrechtlich verfolgt und in der Tat auch von der achten Strafkammer des Landgerichts Berlin I zu einer Geldstrafe

verurteilt. Das Verschulden des Angeklagten, der das Ausbleiben des Sohnes auf eingetretene Krampfanfälle zurückführte, begründete der Gerichtshof auf die nicht rechtzeitige Anbringung einer Entschuldigung. Dieses Urteil löst der Angeklagte mittels der Revision an, in der Verkenntung des Rechtsbegriffs des Verschuldens an der Schulverschulden gerügt wurde. Der Ferienhofsenat des Kammergerichts hat die Revision für begründet erachtet, das Verurteilende aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. In der Begründung dieses Urteils wurde die Nichtanbringung einer Entschuldigung nicht für einen Verschuldungsgrund für die Verschulden erachtet. Nur diese sei gegen die Eltern des Kindes strafbar, wenn sie infolge von Nachlässigkeit ihre Kinder dem Schulbesuch abhalten. In der erneuten Verhandlung sei die Richtigkeit der von dem Angeklagten gemachten Angabe zu prüfen. Ist sie richtig, dann könne von einem Verschulden des Vaters nicht die Rede sein.

Polizeibeide.

Freizeittrunk von Polizeibeamten spielte in einer am Montag vor der Ferienstrafkammer des Dortmund Landgerichts stattgehabten Verhandlung eine erhebliche Rolle. Angeklagt war der Wirt Schulte aus Unna wegen Schmutzmannsbeleidigung. Dem angeklagten Wirt war die Freundschaft verschiedener Polizisten doch zu lästig gefallen, und er hatte schließlich Anzeige erpartet, daß die Schulleute Stoff, Alkohol und Meinede lange Zeit nachts bei ihm verkehrten, stets viel getrunken, aber nie bezahlt hätten. Es wäre nicht richtig zur Anzeige gekommen, aber der Wirt fühlte sich schikaniert; ihm war die Sache zu teuer erschienen und er hatte darum Punkt 11 Uhr sein Lokal abgeschlossen. Diese Maßregel scheint man ihm übel genommen zu haben.

Der Wirt hatte sich in dem großen Irrtum befunden, daß auf Grund seiner Anzeige gegen die beschuldigten Polizisten vorgegangen werden müsse. Seine Unkenntnis mit den Verhältnissen der Behörden im Polizeistadt Preußen hatte zur Folge, daß nicht die Beschuldigten, sondern er selbst, der Wirt, auf die Anklagebank kam, und zwar wegen Beleidigung der Schulleute. Die Sache gelangte zuerst vor dem Schöffengericht in Unna zur Urteilsverkündung, das auf Freisprechung erkannte, weil mehrere Personen aus dem Wirtschaftsbetriebe beschworen, daß die Schulleute in der Tat viel getrunken und nie bezahlt hätten.

Gegen dies freisprechende Urteil legte der Amtsanwalt vom Schöffengericht in Unna Berufung ein. Dabei zu bemerken ist, daß der Amtsanwalt im Hauptamt Bürgermeister von Unna, Chef der dortigen Polizei und Vorgesetzter der angeblich beleidigten Schulleute ist.

Zum Berufungstermin in Dortmund hatte der angeklagte Wirt umfangreiches Beweismaterial für seine Beschuldigungen beigebracht. Alle drei Polizisten beschworen wiederum, immer alles bezahlt zu haben, was sie getrunken. Im schroffen Gegensatz zu diesen Aussagen stehen die Befundungen anderer einwohnerfreier Zeugen. Als der Schmutzmann Stoff sich gegen die gegen ihn erhobene Beschuldigung zu wehren suchte mit dem Einwand, er sei Temperenzler, sagte ihm das Polizeikommissar des Wirts ins Gesicht, daß er stets getrunken, ohne zu bezahlen, und gerade er habe am tiefsten in die Zigarrenkiste gegriffen.

Ein früher in Unna ansässig gewesener Wirt, der als Zeuge geladen war, bekundete, in Unna sei es nicht üblich, daß die Polizisten bezahlten, was sie tranken. Das sei in Unna auch so bekannt, daß die Spazierer es von den Dählern wüßten.

Trotz der bestimmten Aussagen der Entlastungszeugen hielt der Staatsanwalt seinen Strafantrag aufrecht und beantragte 50 M. Geldstrafe. Das Gericht schenkte jedoch den Befundungen der Entlastungszeugen Glauben und erkannte, wie die Vorinstanz, auf Freisprechung.

Nun darf man allerdings gespannt sein, was weiter erfolgen wird, denn mit der Freisprechung des Wirts kann die Affäre doch nicht erledigt sein. Es ist doch eigentlich ein Unling, daß nach diesem Urteilspruch die drei beschuldigten Polizisten noch im Amte bleiben. Und wie wird ein Strafverfahren gegen die Polizeibeamten eingeleitet werden?

In der Verhandlung vor der Dortmund Ferienstrafkammer ereignete sich übrigens noch ein recht bemerkenswerter Zwischenfall. Bei der Vernehmung der Schulleute machte der Vorsitzende die Entdeckung, daß zwei der Polizisten mit Revolvern bewaffnet zum Termin erschienen waren. Der Vorsitzende fand das sehr befremdlich und ließ ihnen an Ort und Stelle durch den Polizeikommissar Retberg die Revolver fortnehmen. Zur Vernehmung der Entlastungszeugen erklärte er: erstens befanden sich die Schulleute im Außenbezirk, und zweitens seien sie nicht im Dienst, sondern als Zeugen erschienen. Sie hätten darum kein Recht, mit Revolvern bewaffnet nach Dortmund zu kommen, obendrein den Gerichtssaal mit Revolvern zu betreten.

Schadenersatz bei Verwendung mangelhaften Baumaterials.

Eine interessante Frage lag kürzlich dem Reichsgericht anlässlich eines Rechtsstreits der Witwe W. in Oberhausen gegen den Bauunternehmer B. dazwischen vor. Letzterer hat in den Jahren 1897 und 1898 auf Bestellung der Klägerin am Neubau ihres Wohnhauses die Maurer- und Verputzarbeiten ausgeführt. Infolge schlechter Beschaffenheit der von ihm verwendeten Schwebreiter brach der Schwamm in dem Hause aus, und es mußten die hölzernen Balkenlagen, Spalier- und Schwellen sowie die Holzfußböden herausgenommen werden. Bei der Art der Schwammbildung und der wegen der Unmöglichkeit der Beseitigung aller vorhandenen Schwammsporen aus Rigen, Löchern und Ragen drohenden Gefahr einer weiteren Ausbreitung war es erforderlich, nunmehr Eisen- und Betonkonstruktion zu verwenden. Auch die hierdurch und durch Verwendung von Linoleumbelag entstandenen Kosten hat die Klägerin bei Geltendmachung ihres Schadenersatzanspruches vom Beklagten ersetzt verlangt und vom Berufungsgericht zugesprochen erhalten. Dabei hat dieses den Einwand des Beklagten, die Klägerin müsse sich den Abzug des Betrages, um den ihr Haus infolge der Ersetzung der früheren durch die neue Deckenkonstruktion objektiver Wertvoller sei, gefallen lassen, als ungerechtfertigt zurückgewiesen.

Gegen dieses Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der 6. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes erkannte jedoch unter folgenden Erwägungen auf Zurückweisung der Revision: „Der Beklagte war vertragsmäßig verpflichtet, gutes, schwammfreies Holz zu verwenden; das hat er nicht getan; infolgedessen ist der Schwamm ausgebrochen, und das hat weiter dazu geführt, daß zur ordnungsmäßigen Wiederherstellung des Hauses an Stelle der Holzkonstruktion nunmehr Eisenkonstruktion sowie Betondecken und Linoleumbelag treten mußten. Die Wiederherstellung auf diese Weise hatte die Klägerin vom Beklagten zu fordern, weil er die Wiederherstellung unter Verwendung von Holzkonstruktion durch sein eigenes Verschulden unmöglich gemacht hatte. Wirtschaftlich ist dadurch für die Klägerin derselbe Zustand hergestellt worden, wie sie ihn auf Grund des mit dem Beklagten abgeschlossenen Werkvertrages zu fordern gehabt hätte. Falls durch die Verwendung der Eisenkonstruktion um. der Verkaufswert des Hauses in der Tat erhöht worden sein sollte — eine Annahme, die dem Berufungsgericht nach Lage der Sache mit Recht nicht unbedingt erscheint —, so würde doch die Klägerin einen der Berechnung ihres Schadens zu kürzenden Vorteil dadurch nicht erlangt haben, weil sie das Haus nicht aus Spekulation, nicht zum Weiterverkauf, sondern um es zu bewohnen hat bauen lassen. Die Herstellung von Betonfußböden machte, da es sich um ein Wohnhaus handelte, die Verwendung von Linoleumbelag erforderlich.“

Verfassungen.

Zu dem Bericht über die Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Niedersachsen schreibt uns Genosse Ritschke, er müsse berichtigten, daß er nicht gesagt habe, gegenüber den großen Kämpfen, die uns von den Unternehmern drohen, treten die Kräfte

der Arbeiter in den Hintergrund. Er habe in Wirklichkeit gesagt, die Parteien beziehungsweise die Arbeiterkräfte werde gegenüber solchen Kämpfen in den Hintergrund gedrängt.

Mit dieser Berichtigung wurde die Sache für uns erledigt sein, wenn nicht Genosse Ritschke in seinem Schreiben der Meinung Ausdruck gegeben hätte, daß es sich hier nicht um ein Mißverständnis unseres Berichterstatters, sondern um eine durch redaktionelle Kürzungen hervorgerufene Änderung des Sinnes seiner Ausführungen handelte. Der Verdacht, den Genosse Ritschke ohne Grund gegen die Redaktion des „Vorwärts“ ausspricht, erledigt sich durch den Hinweis, daß der betreffende Satz, wie er im Bericht steht, von unserem Berichterstatter geschrieben ist, und daß dieser noch heute der Meinung ist, er habe den Genossen Ritschke nicht falsch verstanden, um so mehr, da der vom Genossen Ritschke berichtete Satz sich seinen weiteren Ausführungen, welche die Arbeiter geradezu als ohnmächtig gegen das Unternehmertum hinstellen, vollkommen logisch angliedern würde. Trotzdem ist unser Berichterstatter loyal genug, um die Möglichkeit eines Mißverständnisses auf seiner Seite zuzugeben und zu glauben, daß Genosse Ritschke das, was er in seiner Berichtigung angibt, gemeint hat, wenn er sich, wie das einem Redner wohl passieren kann, auch anders ausgedrückt haben mag.

Deutscher Arbeiter-Abkennungs-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitagabend 8 1/2 Uhr im Gesellschaftshaus, Engelstr. 15: Vortrag des Genossen Walter Zimmermann: „Die geistigen Strömungen der Renaissance“.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Johann Jacobi“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Bugge, Kastanien-Allee 95/96: Sitzung. Gäste willkommen.

Les- und Diskussionsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute Donnerstag abend 9 Uhr, bei R. Eichhorn, Danziger Straße 9: Sitzung. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Ermordung eines Oberregierungsrats.

In Prödel bei Gackwitz ist, wie uns Leipzig berichtet wird, gestern morgen der Oberregierungsrat an der Königl. Kreis-Hauptmannschaft Leipzig, Freiherr v. Wöhrmann, mit zertrümmerter Schädeldecke ermordet in seiner in einem einsamen Hinterhause gelegenen Wohnung angefunden worden. Als mutmaßlicher Mörder kam zunächst der Portier des Hauses, Georgi, in Betracht, der sofort verhaftet wurde. Er beteuerte aber seine Unschuld und konnte schließlich sein Alibi nachweisen. Wöhrlich aber fand das Verbrechen seine Aufklärung. Bei dem Gemeindevorstand im benachbarten Hartmannsdorf meldete sich ein junger Mann, der sich selbst beschuldigte, morgens um 1/2 Uhr den Oberregierungsrat v. Wöhrmann ermordet zu haben. Er gab an, der Sohn Robert des Portiers Georgi zu sein. Der Gemeindevorstand, der von dem Mord noch keine Kenntnis hatte, hielt ihn zunächst für irrsinnig, telephonierte aber sofort nach Prödel, worauf sich der dortige Gemeindevorstand um 1/2 Uhr in die Wohnung des Oberregierungsrats begab. Der Ermordete scheint bei dem Eintritt des Täters, der nur einen Einbruch geplant hatte, erwacht zu sein. Es folgte dann ein heftiger Kampf, bei dem der Oberregierungsrat mit einem etwa einen halben Meter langen dicken Knüttel erschlagen wurde.

Oberregierungsrat v. Wöhrmann war Zivilvorsitzender der Königl. Ertragskommission I im Bezirk der dritten Infanteriebrigade und Vorsitzender der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige. Obwohl er sehr reich war, bewohnte er ein paar bescheidene Zimmerchen in dem Hinterhaus einer Villa. In dem unteren Teile des Hinterhauses befinden sich Wohnungen für Stalljungen und andere Geselle. Der Schlüssel zu der Wohnung des Ermordeten lag immer an einem kleinen Partierfenster und konnte also von außen jederzeit erreicht werden. Die Aufsicht besorgte die Frau des Portiers Georgi. Ihr Sohn, der jetzt den Mord beging, befand sich seit langer Zeit ohne Arbeit und trieb sich im Voigtlande herum. Von einem Gemeindevorstand im Voigtlande ließ sich der junge Georgi das Geld zu seiner Heimreise nach Prödel geben. Am Sonnabend kehrte er nach Prödel zurück. Der voigtländische Gemeindevorsteher verlangte nun das verauslagte Geld in Höhe von 88 M. von der Gemeinde Prödel zurück, die sich aber die Kosten von Georgi selbst ersehen lassen wollte. Der junge Georgi wußte nun nicht, wo er das Geld aufstreifen sollte. Er schlich sich deshalb in der vergangenen Nacht in die Wohnung des Regierungsrats, um Geld zu stehlen. Dabei erwachte der Regierungsrat und wurde von Georgi niedergeschlagen. Der Mörder wurde in das Untersuchungsgefängnis in Leipzig eingeliefert.

Die Reparaturarbeiten des „Zeppelin II“ sind, wie eine Meldung aus Frankfurt a. M. besagt, soweit vorgeschritten, daß mit dem Wiederaufstieg desselben am heutigen Morgen gerechnet wird.

Bermischer Dampfer. Einem Telegramm aus Hay zufolge ist das Vermessungsschiff „Planet“ dort eingelaufen, nachdem es in der Zeit vom 15. bis 23. Juli bei den Louisiaden vergeblich nach dem vermißten Regierungsdampfer „Seestern“ Nachforschungen angestellt hat. Der Kreuzer „Condor“, der am 1. August von Auckland in Tribane eintraf, soll gleichfalls nach dem „Seestern“ suchen.

Eingegangene Druckschriften.

Protokoll der 11. ordentl. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands. 50 Pf. — Selbstverlag, Leipzig.

Mutterbriefe. Leitfaden zur Pflege und Ernährung des Säuglings. Von Alice Oberwirth. Geh. 1 M. 20 Pf. Leipzig, Lf. Siebens Verlag (L. Fernau).

Kassenbericht für das Jahr 1908 des Verbandes der Vorzeitan- und Reim-Arbeiter und Arbeiterinnen. Verlag: D. Goette, Charlottenburg, Querstraße 21.

Wissenschaft und Bildung. Bd. 46: Der Kampf um die Herrschaft im Mittelmeer. Die geschichtliche Entwicklung des Mittelmeerraumes. Von Dr. R. Herr. — Volkstum, Kultur und Volksbildung. Von Dr. H. Gombel. — Bd. 54: Das Christentum im Weltanschauungskampfe der Gegenwart. Von Prof. Dr. Gunginger. 60 Pf. — Quelle u. Neuber, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Besprechung findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, bester Eingang, vier Treppen, ~~Postfach~~ wachsende abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Besprechung um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankschreiben aus dem Briefkasten beizulegen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen tragen man in der Besprechung vor.

Dr. B. 54. Die Anerkennung einer Forderung kennnt die Verjährungsfrist. Diese hängt von der Anerkennung von neuem zu laufen an. — **Dr. B. 99.** An beiden Fällen würde das Maßgebend ein Recht haben, weil im Streit nicht zum Ausdruck gebracht ist, daß das ausschließende aber mit den Beiträgen im Maßgebend befindliche Mitglied an einen etwaigen Gewinn keinen Anspruch hat. — **Dr. B. 27.** In der geschiedenen Handlung liegt Handfriedensbruch. Es könnte aber Freisprechung erfolgen, wenn der Richter annimmt, der Beklagte habe gelauscht, im Recht zu sein. — **Schlösser 15.** Der Fortzug würde vom Kleinstvertrag nicht entstehen. Der Wirt könnte seine Rechte an den Räubern geltend machen. — **Dr. B. 66.** 1. und 2. In 3. Reim. — **Dr. B. 42.** 1. bis 3. Reim. 4. Jedermann kann intervenieren werden. Intervention kann der Eigentümer einer Sache, die wegen der Schuld eines anderen bei diesem gepfändet ist. Sie würden zweckmäßig tun, hat der allgemeinen Anlagen Ihren Fall zu schildern und an diese Ihre Frage zu stellen. — **Dr. B. 1907.** Sie könnten es auf eine abermalige Kundgebung ankommen lassen. Diefelbe ist allerdings wahrscheinlich. — **Dr. B. 13.** Der zweite Ehemann hafter nicht für die Schulden des ersten. — **Dr. B. 14.** In — **Romanes.** 1. Reim. Resonieren Sie bei der Kirchenscheide. 2. Trotz der Reklamation könnte leider Kländung vorgenommen werden. —

N. 20. 19. Sticht der Mieter, so ist sowohl der Erbe, als der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den die Kündigungsfrist ist. Ist der Tod in diesem Quartal eingetreten, so können demnach beide Teile einen längeren dauernden Vertrag bis am 3. Oktober zum 31. Dezember kündigen. — **N. 27.** Der Vertrag würde nicht nützen. Er wäre ungültig. Der Wert geht vor und würde, auch wenn die Sachen auf einen Gläubiger überschrieben werden, sein Recht an diesen nicht verlieren. — **N. 32.** Eine Reklamation hätte leider keinen Erfolg. Sie hätten gegen die erste Veranlagung reklamieren müssen. — **Recht 250.** An beiden Fällen würde das Geld nicht dem Komitee, sondern den Angehörigen der Verstorbenen gehören. — **N. 700.** 1. Ja. Sie müßten aber angeben, daß Sie die Möbel auf Leihzahlung besitzen. 2 und 3. Nein. 4. Im Offenbarungsfeld ist angegeben, was man best. Die Leistung des Eides hat auf das Wahlrecht keinen Einfluß. 5. Nein. 6. Haben Sie nicht schriftlich Bürgschaft geleistet, so können Sie nicht mit Erfolg verklagt werden. — **N. 500.** Die Klage wegen Schadenerfolg hätte Aussicht auf Erfolg. Die Gerichtskosten können eingefordert werden. — **N. 5. 30.** Auch ohne Kündigung würde der Vertrag am 1. Oktober sein Ende erreichen. — **N. 20. 1. Ja. 2. Nein.** — **N. 100.** Innerhalb eines Jahres nach Aufhebung des Verhältnisses kann auf Rückgabe des Verlobungsringes geklagt werden. — **N. 100.** 1. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. 2. Nein. Reichen Sie zunächst die Klage beim Gemeindericht ein und erst, wenn dies durch Urteil für unzulänglich erklärt, klagen Sie beim Amtsgericht. — **N. 30.** Reineswegs. — **N. 19.** Die Klage werden Sie, falls Ihre Behauptungen erwiesen werden, voraussichtlich gewinnen. — **N. 40.** Nein. — **N. 6. 100.** 1. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. 2. 50 M. — **N. 36.** Nein. Sie würden aber mit Aussicht auf Erfolg auf Innehaltung des Vertrages und auf Schadenersatz klagen können. — **N. 2. 1.** Die Erfüllung des Testaments findet auf Antrag statt. Werden Sie sich an das Amtsgericht mit der Klage, ob ein Testament vorliegt. — **N. 40.** Nur im Falle der Befähigung und falls Sie feiner zur Zahlung der Kosten ohne Beeinträchtigung Ihres eigenen und der Familie landesgemäßer Unterhalts instande sind, sind Sie zur Zahlung der Kosten verpflichtet. — **N. 20.** Leider wäre eine weitere Beschwerde aus-

schlußlos. — **Para 8. 1.** Den Antrag um Dispens von dem Eheverbot wegen Ehebruchs reichen Sie bei dem Landgericht ein, das die Scheidung ausgesprochen hat. Zweckmäßig ist es, die Zustimmung des früheren Ehegatten beizufügen. 2. Ja. — **Kalkbrenner.** 1. und 2. Ja. 3. Nein. — **N. 7. Spandau.** Ein Schadenersatzprozess wäre leider erfolglos, weil kein schriftlicher Vertrag vorliegt. Die Kündigung ist rechtzeitig erfolgt. — **N. 31.** Eine Klage der Arbeiter auf Zahlung für die in die letzten zwei Jahre fallenden Sonntage hätte Aussicht auf Erfolg. — **Streitfrage.** Der außerordentliche Erzeuger hat auch dann Elemente zu zahlen, wenn die Mutter es ablehnt, ihn zu heiraten. — **N. 53. 1.** Das Polizeipräsidium. 2. Die Eingabe ist zu detaillieren. 3. Heinrich. Der Antrag hätte kaum einen Zweck und löst im Falle der Verjährung 50 M. Sie müßten Klage gegen das Kind erheben (§§ 1506, 1507 B. G. B.). um Ihren Zweck zu erreichen. — **N. 3. Adershof.** Sie würden nach Rückgabe der schriftlichen Verpflichtung, deren Wortlaut Sie leider nicht mitgeteilt haben, Schadenersatz verlangen können. — **N. 2. 1867.** Ja, an den Gemeindevorstand. — **N. 3. W.** Haben Sie den Arzt nicht rufen lassen und steht die betreffende nicht im Gesundheitsverhältnis oder dergleichen zu Ihnen, so sind Sie zur Zahlung nicht verpflichtet. — **N. 2. 19.** Nur nach Rückgabe der und nicht bekannten Police und Statuten.

Witterungsübersicht vom 4. August 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometere- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Stettin	763 RD		3 bedekt	15		Saparanda	763 R		2 halb Eb.	13	
Danzig	766 RRB		2 bedekt	14		Peterburg	761 R		1 Nebel	14	
Berlin	763 RRB		3 bedekt	13		St. Petersburg	765 RRB		1 wolkg	15	
Frankfurt	766 RB		1 Regen	13		Wien	760 RRB		3 bedekt	14	
München	766 RB		3 bedekt	11		Paris	770 RRD		1 bedekt	11	

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 3. 8.	(eil. cm)	am 2. 8.	(eil. cm)
Remel, Mühl	220	+5		
Bregel, Jüterburg	15	-5		
Beichel, Thorn	90	-2		
Oder, Kallberg	133	-4		
• Krossen	153	-1		
• Frankfurt	163	+2		
• Barthe, Schimm	42	0		
• Landsberg	14	-2		
• Rehe, Gordanum	-15	+2		
• Elbe, Reitmerz	34	+19		
• Dresden	-90	+10		
• Parz	142	+4		
• Ragdeburg	128	+3		

Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttage: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. **Fisch:** Zufuhr nicht genügend, Geschäft reger, Preise fest. **Geflügel:** Zufuhr in Gänzen genügend, sonst knapp, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise befriedigend. **Pfische:** Zufuhr knapp, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise hoch. **Butter und Käse:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse, Obst und Süßfrüchte:** Zufuhr meist über Bedarf, Geschäft anfangs leblos, später reger, jedoch wenig befriedigend. Preise gedrückt.

Wetterprognose für Donnerstag, den 5. August 1909.
Vorübergehende Kälte, später wieder neue Erwärmung und Regen, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 5. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Königl. Operntheater.
Carmen.
Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Kisten.
Kamerdiener, Geißler, Leffing, Die Dollarpinzessin, Der Schneider, Ein Herbstmännchen, Neues Sündenregister, Neues Schauspielhaus, Die Duelle, Komische Oper, Demimonde, Kleines, Moral, Neues Operetten-Theater, Schiller O. (Wallner-Theater), Madame Bonnard, Schiller Charlottenburg, Der Biberpelz, Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus, Der Postillon von Conjeveau, Lustspielhaus, Familie Schimek, DERNARD ROSE THEATER, Der Mann mit der eisernen Maske, Apollo Theater, Die neuen Attraktionen, Eine Haremsnacht, Marya Delvard, Triumph der Schönheit, Ethel Whitesides, Walhalla-Variete-Theater, W. Noacks Theater, Berliner Theater, Neues Theater, Sein Sündenregister, Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll), Gura-Oper, Charles Dalmorès, Marion Ivell, Arm. Grabbé, Carmen, Königsstadt-Kasino, Großer Elitetag, Gala-Spezialitäten-Vorstellung, Großes Doppel- und Militär-Konzert, Monster-Brilliant-Feuwerk.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Täglich:
Madame Bonnard.
Schwan in 3 Akten von Alexander D'Alay und Antony Mars.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Theater des Westens.
Abend 8 Uhr:
Der fidele Bauer
Operette von Leo Fall.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Anfang 8 Uhr:
Die Sprudelfee.
Operette in 3 Akten v. F. Kleinhardt.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 5. August, abends 8 Uhr:
Der Postillon von Conjeveau
Kom. Oper in 3 Akten v. Adam Reu einst. (Kleine Preise.)
Freitag: Die Afrikaner.
Sonnabend: Der Freischütz.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
8 Uhr! 8 Uhr!
„Kümmere Dich um Amelie.“
Schwan in 3 Akten von Leo Fall.
Korpen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Familie Schimek.

DERNARD ROSE THEATER
Nr. Frankfurter Str. 182.
Bei ausgedehntem Abonnement.
Benefiz für d. Oberregisseur
Herrn Richter.
Der Mann mit der eisernen Maske.
Schausp. in 5 Akten v. Armand u. Journer.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartendüne Anfang 4 1/2 Uhr.
U. a.: Der geheimnisvolle Mr. Taft.
Erfolgreiche Spezialitäten.

Apollo Theater
Abends 8 Uhr:
Die neuen Attraktionen.
U. a.:
Eine Haremsnacht.
Marya Delvard.
Triumph der Schönheit.
Ethel Whitesides
U. a. M.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 10-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
D. neuen August-Spezialitäten
Frei! Im Garten Konzert.
Sobst u. Treiben im Traumland.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Brunnstr. 14.
Abends 7 Uhr: D. neuen August-Spezialität.
Hanneken Georgette X Karl Glau
Max Alexander u. s. w.
9 1/2 Uhr: Onkel Schlammer.
9 1/2, 10 1/2, 11 1/2, 12 1/2 Uhr: Entree 30 Pf.
Sonnabend: Wie man eine Frau sucht.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 5. August 1909:
Großer Elitetag.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Doppel- und Militär-Konzert.
Monster-Brilliant-Feuwerk.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Täglich:
Der Biberpelz.
Eine Diebestomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Aga!
die schwed. Jungfrau.
Ganz Berlin verzichtet sich wieder d. Kopf über
Der Mann m. d. eisernen Schlund!
Experimente d. IV. Dimension!
Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater.
Ein durchschlagender Erfolg!
Alois Pöschl
Edmondo Lucini
The Lingtons
und das großartige August-Programm!
12 orklass. Varietè-Attraktionen.

Metropol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Saene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.
ZOOLOGISCHER ZARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M.,
von abends 8 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder u. 10 Jahren die Hälfte.

Herrnfeld Theater
Frau Elkam's Friseur.
Meine - Deine Tochter.
Belbe Komödien mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Ab 7 Uhr: Promenaden-Konzert im
schattigen Sommergarten und Pergola.

Berliner Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lobt ja nur einmal!
Havemanns größte Raubthorschule
d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/114
Heute Donnerstag, den 5. August 1909:
Großer Elitetag.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung.
Großes Doppel- und Militär-Konzert.
Monster-Brilliant-Feuwerk.
Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pf.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.



Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Brunnen-Theater
Babstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute (sowie täglich)
Der Amerika-Seppl.
Bauernposse in 3 Akten von Hans
Koffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bisont.
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Elysium
Landdörger Allee 40/41. Ecke
Petersburger Straße.
Heute (sowie täglich)
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechselnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.
Duhmann's Theater
Schlesischer Allee 149
Kastanienallee 17/19
Jungfrau von Berlin.
12 erstklassige Spezialitäten.
Willi Schönburg.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

Schweizer - Garten
Am Königsdör. Am Friedrichsdam
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialität: D. neue Augustprog.
Kinematograph, Volkshelotzung.
Jed. Ab. 10 Uhr: Lebens-
Jed. Mittwoch: Kinderfreudenfest.

Mücken meiden Menschen
die in ihrem Waschwasser einige Tropfen Automors zusetzen. 1921L

Nur durch ganz hervorragende feine Qualität hat der
Kapitän-Kautabak
seinen guten Ruf erhalten.
Der echte Kapitän-Kautabak (ganz geschüttelt) wird nur noch in Etiketten verpackt zum 10 Pfennig-Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).
Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine Priemosen gratis erhältlich sind.
Vertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112 (Amt 7, 8861).

Arbeiter-Wanderbund Die Naturfreunde
Wanderfahrten
am Sonntag, den 8. August 1909:
1. Gr.-Wellen-Försthaus Duderow - Al. - Rörig-Teupitz - Gr. - Rörig. Abfahrt: 7 1/2 Uhr vorm. Gröblicher Bahnhof oder 6 1/2 Uhr vorm. Schief. Bahnhof bis Johannisthal, an 7 1/2 Uhr, Umsteigen: Fernzug 7 1/2 Uhr ab.
2. Grünberg - Grundmühle - Försthaus Birckholzgrund - Döringebek - Verlorenort - Schwante. Abfahrt: 5 1/2 Uhr vorm. Stettiner Fernbahnhof.
3. Busch - Schloßpark - Alpenderge - Gegend. Abfahrt: 1 1/2 Uhr nachm. Stettiner Fernbahnhof.
Gäste willkommen. 1/6

Volksgarten - Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Ella Vera X Lola Droll X Otto Seyer
The Horleys X Brothers Volmer
Der Altienbubler.
Vollständ. m. Gel. u. Lang in 5 Bildern.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest
Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und Theater - Vorstellung.
U. a. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr.
Konzert 8 Uhr. Sonnt. 6 bzw. 5 Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Elitrag, Spezialitäten und Soubres der „Lustigen Sängers.“
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/16.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Art. Leitung: Walter Graviton.
Jeden Donnerstag: Elitetag.
Während und nach der Vorstellung Tanzkränzchen.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 29. Juli verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
Paul Greiner
Dänenstr. 12.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 5. August, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedhofstraße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
229/3 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
18. Bezirk.
Boxhagen - Rummelsburg.
Den Parteigenossen und Genossen zum Nachrich, daß unser Mitglied, die Genossin
Frl. Auguste Kadeit
nach langem, schwerem Leiden am 2. August im Alter von 34 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Pappelallee, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
8/9 Der Vorstand.

Zentralverband deutscher Brauerei - Arbeiter.
Zweigverein Berlin, Sektion II.
Den Mitgliedern zur Nachrich, daß der Kollege
Ferdinand Krämer
Schmid (Brauerei Königstodt) am Sonntag, den 1. August, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedhofstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin I.
Nachruf.
Unseren Mitglidern zur Nachrich, daß der Kollege
Gustav Kielmann
Mitglied (seit 4. September 1904, am 1. August 1909 an Herzschwäche verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die vielen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
Marie Kunow nebst Kindern.
Von der Reise zurück 88/3

Dr. Chajes.
Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Vorzugsarten
haben wochentags Günstigkeit.
Entree 15 Pf.

Oeffentliche politische Volksversammlung

Freitag, den 6. August, abends 8 Uhr,

in den

Germania-Hälen, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

1. Die Hölle von Mielezyn und der Berliner Kommunalreform.

Referent: Stadtverordneter Genosse Dr. Alfred Bernstein.

2. Freie Diskussion.

Die Genossen und Genossinnen ersucht um zahlreichen Besuch der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Gänse, Enten,

par. lebend Anf. 7 Monat alt, vollkommen ausgewachsen, vollfedrig, fleischig, schlachtreif, 10 St. ca. 8 Pf. Schwere Gänse 30 Mark.; 18 Schwere Enten 27 Mark. 255/17 Straisand, Dziaditz, Schlesien 45.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Ausflug

der in der Metallindustrie beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge am Sonntag, den 8. August, nach Pichelswerder zum alten Freund. Treffpunkt in Station Grunewald vormittags 10 Uhr. Die Vertrauensleute werden ersucht, unter den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen zu agitieren, daß dieselben sich an diesem Ausfluge beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Turn-Verein „Fichte“ Berlin

Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.

Sonnabend, den 7. August, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

Großes Sommer-Fest

bestehend in Konzert x Spezialitäten x Turnerischen Aufführungen x Sommernachts-Ball Kinder-Belustigungen aller Art.

Von 5 bis 7 Uhr: Kinderspiele unter Leitung von Mitgliedern d. Vereins.

Um 9 Uhr: Großer Kinderfackelzug.

Jedes Kind erhält zwei Bons gratis, gültig für eine Stocklaterne, Schaukel oder Karussell.

Von 6 Uhr ab Tanz, Herren zahlen 50 Pf. nach. 287/1*

Anfang 4 Uhr. Programm an der Kasse gratis. Eintritt 25 Pf.

Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2 Uhr ab zur Verfügung.

Schwarzer Adler

Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5 (früher 120).

Inh.: Gebr. Arnhold.

Täglich: Gr. internation. Ringkampf-Konkurrenz um die Meisterschaft d. Prov. Brandenburg u. die Prämie 5000 M. in Bar.

Heute Donnerstag, den 5. August, ringen: Parschau-Ostpreußen gegen Axa-Kultraien. Michailof-Rußland gegen Huber-Schweiz. Schiblski-Berlin gegen Petitjean-Glas-Vorbringen.

Entscheidungskampf: Hilmann-Belgalen gegen Peterson-Dänemark. Bei den Ringkämpfen: Auftreten erstklass. Spezialitäten mit Fr. Sobanski.

Armin-Hallen

Gebr. Miellitz 10155. Kommandantenstr. 58/59 große und kleine Gänge noch Sonnabende u. Sonntage in diesem und nächstem Jahre frei. 8175*

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog. Dr. Emptel, v. d. A. u. Prof. Dr. H. Vager, Gummitzsch, Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Trotz der allgemeinen Teuerung

kauft man die altbewährten und beliebten Erzeugnisse der MAGGI-Gesellschaft überall zu den alten gleich billigen Preisen.

Man verlange ausdrücklich **Maggi's Würze, Maggi's Suppen, Maggi's Bouillon-Produkte** (Gekörnte Fleischbrühe, Bouillon-Würfel, Bouillon-Kapseln), und achte genau auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke „Kreuzstern“.

„MAGGI's gute, sparsame Küche“.



19002

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (schlechte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Kauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureinang. Vorwärts! 6 Prozent Extrarabatt. 16118*

Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureinang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureinang. 16138*

Kleider-Moden, Goethe, Reine, Reuter, Schiller, Schafpeare, je vier Bände 6.- Mark. Erdendorff, Paulstr. je zwei Bände 3.50 Mark. Bürger, Kleist, Remau, Uhlend, Wieland und andere, je ein Band 1.75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brilm, Gafeler Markt 4, Badhof Börje. (Kater des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) 294/11*

Trübsachen, Futtermaschinen, Siegelmaschinen, Berlin, Bahmannstraße 29 (Katalog kostenlos).

Hermannsplan 6. Saunend billige Pfänderverkauf! Bettencover! Aussteuerwäsche! Laken! Freischwinger! Gardinenverkauf! Kleider! Kleider! Extrarabatt! Sommerpaletots! Badetanz! Gedruckt! Herrenhosen! Federmäntel! Warenverkauf, ebenfalls Sonntag. 104*

Billige Herrenmode. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 8056*

Vorjährige elegante Herrenmode und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 8066*

Beste Erbstückes 3.85. Echte Spachtelstoffs 7.75, Sezessionstoffs 2.00. Teppichhaus Emil Zeffere, Oranienstraße 158. 21478*

Hochwertige Herrenmode, Herrenpaletots, Herrenhosen aus feinsten Stoffen! Spottbillig! Versandhaus Germania, Lindenstraße 69, 1 Treppe. 21778*

Lambouriermaschinen Dolemeier, alleiniger Fabrikant Westmann, Holzmarktstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 19058*

Vorwärts! erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstraße 100, Oranienplatz. 23738*

Teppiche, farbige, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Steppdecken, Musterhülle, spottbillig.

Vorwärts! erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstraße 100, Oranienplatz. 23738*

Totalverkauf, Restbestände Tuch- und Wollwaren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. E. Wehners, Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. 23298*

Tüllbetten, extra groß, 1.95, 2.25, 3.85, 4.25 usw.

Erbstückes, entzückende Ausstattungen, 3.45, 3.85, 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Nischenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Stck) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit feinen Farbzeichnungen, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.-, 13.-, 15.- usw. E. Wehners, Große Frankfurterstraße 125.

Nischenposten Steppdecken, Stoffe und Einzelstücke, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Waffenverkauf von Möbelstücken, Revolvern, Pistolen und Linsenrevolvern zu Spottpreisen. E. Wehners, Große Frankfurterstraße 125.

Radfabriken. Wir empfehlen den Freunden des Radports: Ritzelbacher Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf keinen gezeigten Preis 1.75 M. (zusammenlegbar). - Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf keinen gezeigten Preis 2.50 M. (zusammenlegbar) 2.50 M. Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 69, Laden.

Gasbronzen!!! Gasglocken 9.00. Gasglocken 11. Gasglocken 13. Gasglocken 15. Gasglocken 17. Gasglocken 19. Gasglocken 21. Gasglocken 23. Gasglocken 25. Gasglocken 27. Gasglocken 29. Gasglocken 31. Gasglocken 33. Gasglocken 35. Gasglocken 37. Gasglocken 39. Gasglocken 41. Gasglocken 43. Gasglocken 45. Gasglocken 47. Gasglocken 49. Gasglocken 51. Gasglocken 53. Gasglocken 55. Gasglocken 57. Gasglocken 59. Gasglocken 61. Gasglocken 63. Gasglocken 65. Gasglocken 67. Gasglocken 69. Gasglocken 71. Gasglocken 73. Gasglocken 75. Gasglocken 77. Gasglocken 79. Gasglocken 81. Gasglocken 83. Gasglocken 85. Gasglocken 87. Gasglocken 89. Gasglocken 91. Gasglocken 93. Gasglocken 95. Gasglocken 97. Gasglocken 99. Gasglocken 101. Gasglocken 103. Gasglocken 105. Gasglocken 107. Gasglocken 109. Gasglocken 111. Gasglocken 113. Gasglocken 115. Gasglocken 117. Gasglocken 119. Gasglocken 121. Gasglocken 123. Gasglocken 125. Gasglocken 127. Gasglocken 129. Gasglocken 131. Gasglocken 133. Gasglocken 135. Gasglocken 137. Gasglocken 139. Gasglocken 141. Gasglocken 143. Gasglocken 145. Gasglocken 147. Gasglocken 149. Gasglocken 151. Gasglocken 153. Gasglocken 155. Gasglocken 157. Gasglocken 159. Gasglocken 161. Gasglocken 163. Gasglocken 165. Gasglocken 167. Gasglocken 169. Gasglocken 171. Gasglocken 173. Gasglocken 175. Gasglocken 177. Gasglocken 179. Gasglocken 181. Gasglocken 183. Gasglocken 185. Gasglocken 187. Gasglocken 189. Gasglocken 191. Gasglocken 193. Gasglocken 195. Gasglocken 197. Gasglocken 199. Gasglocken 201. Gasglocken 203. Gasglocken 205. Gasglocken 207. Gasglocken 209. Gasglocken 211. Gasglocken 213. Gasglocken 215. Gasglocken 217. Gasglocken 219. Gasglocken 221. Gasglocken 223. Gasglocken 225. Gasglocken 227. Gasglocken 229. Gasglocken 231. Gasglocken 233. Gasglocken 235. Gasglocken 237. Gasglocken 239. Gasglocken 241. Gasglocken 243. Gasglocken 245. Gasglocken 247. Gasglocken 249. Gasglocken 251. Gasglocken 253. Gasglocken 255. Gasglocken 257. Gasglocken 259. Gasglocken 261. Gasglocken 263. Gasglocken 265. Gasglocken 267. Gasglocken 269. Gasglocken 271. Gasglocken 273. Gasglocken 275. Gasglocken 277. Gasglocken 279. Gasglocken 281. Gasglocken 283. Gasglocken 285. Gasglocken 287. Gasglocken 289. Gasglocken 291. Gasglocken 293. Gasglocken 295. Gasglocken 297. Gasglocken 299. Gasglocken 301. Gasglocken 303. Gasglocken 305. Gasglocken 307. Gasglocken 309. Gasglocken 311. Gasglocken 313. Gasglocken 315. Gasglocken 317. Gasglocken 319. Gasglocken 321. Gasglocken 323. Gasglocken 325. Gasglocken 327. Gasglocken 329. Gasglocken 331. Gasglocken 333. Gasglocken 335. Gasglocken 337. Gasglocken 339. Gasglocken 341. Gasglocken 343. Gasglocken 345. Gasglocken 347. Gasglocken 349. Gasglocken 351. Gasglocken 353. Gasglocken 355. Gasglocken 357. Gasglocken 359. Gasglocken 361. Gasglocken 363. Gasglocken 365. Gasglocken 367. Gasglocken 369. Gasglocken 371. Gasglocken 373. Gasglocken 375. Gasglocken 377. Gasglocken 379. Gasglocken 381. Gasglocken 383. Gasglocken 385. Gasglocken 387. Gasglocken 389. Gasglocken 391. Gasglocken 393. Gasglocken 395. Gasglocken 397. Gasglocken 399. Gasglocken 401. Gasglocken 403. Gasglocken 405. Gasglocken 407. Gasglocken 409. Gasglocken 411. Gasglocken 413. Gasglocken 415. Gasglocken 417. Gasglocken 419. Gasglocken 421. Gasglocken 423. Gasglocken 425. Gasglocken 427. Gasglocken 429. Gasglocken 431. Gasglocken 433. Gasglocken 435. Gasglocken 437. Gasglocken 439. Gasglocken 441. Gasglocken 443. Gasglocken 445. Gasglocken 447. Gasglocken 449. Gasglocken 451. Gasglocken 453. Gasglocken 455. Gasglocken 457. Gasglocken 459. Gasglocken 461. Gasglocken 463. Gasglocken 465. Gasglocken 467. Gasglocken 469. Gasglocken 471. Gasglocken 473. Gasglocken 475. Gasglocken 477. Gasglocken 479. Gasglocken 481. Gasglocken 483. Gasglocken 485. Gasglocken 487. Gasglocken 489. Gasglocken 491. Gasglocken 493. Gasglocken 495. Gasglocken 497. Gasglocken 499. Gasglocken 501. Gasglocken 503. Gasglocken 505. Gasglocken 507. Gasglocken 509. Gasglocken 511. Gasglocken 513. Gasglocken 515. Gasglocken 517. Gasglocken 519. Gasglocken 521. Gasglocken 523. Gasglocken 525. Gasglocken 527. Gasglocken 529. Gasglocken 531. Gasglocken 533. Gasglocken 535. Gasglocken 537. Gasglocken 539. Gasglocken 541. Gasglocken 543. Gasglocken 545. Gasglocken 547. Gasglocken 549. Gasglocken 551. Gasglocken 553. Gasglocken 555. Gasglocken 557. Gasglocken 559. Gasglocken 561. Gasglocken 563. Gasglocken 565. Gasglocken 567. Gasglocken 569. Gasglocken 571. Gasglocken 573. Gasglocken 575. Gasglocken 577. Gasglocken 579. Gasglocken 581. Gasglocken 583. Gasglocken 585. Gasglocken 587. Gasglocken 589. Gasglocken 591. Gasglocken 593. Gasglocken 595. Gasglocken 597. Gasglocken 599. Gasglocken 601. Gasglocken 603. Gasglocken 605. Gasglocken 607. Gasglocken 609. Gasglocken 611. Gasglocken 613. Gasglocken 615. Gasglocken 617. Gasglocken 619. Gasglocken 621. Gasglocken 623. Gasglocken 625. Gasglocken 627. Gasglocken 629. Gasglocken 631. Gasglocken 633. Gasglocken 635. Gasglocken 637. Gasglocken 639. Gasglocken 641. Gasglocken 643. Gasglocken 645. Gasglocken 647. Gasglocken 649. Gasglocken 651. Gasglocken 653. Gasglocken 655. Gasglocken 657. Gasglocken 659. Gasglocken 661. Gasglocken 663. Gasglocken 665. Gasglocken 667. Gasglocken 669. Gasglocken 671. Gasglocken 673. Gasglocken 675. Gasglocken 677. Gasglocken 679. Gasglocken 681. Gasglocken 683. Gasglocken 685. Gasglocken 687. Gasglocken 689. Gasglocken 691. Gasglocken 693. Gasglocken 695. Gasglocken 697. Gasglocken 699. Gasglocken 701. Gasglocken 703. Gasglocken 705. Gasglocken 707. Gasglocken 709. Gasglocken 711. Gasglocken 713. Gasglocken 715. Gasglocken 717. Gasglocken 719. Gasglocken 721. Gasglocken 723. Gasglocken 725. Gasglocken 727. Gasglocken 729. Gasglocken 731. Gasglocken 733. Gasglocken 735. Gasglocken 737. Gasglocken 739. Gasglocken 741. Gasglocken 743. Gasglocken 745. Gasglocken 747. Gasglocken 749. Gasglocken 751. Gasglocken 753. Gasglocken 755. Gasglocken 757. Gasglocken 759. Gasglocken 761. Gasglocken 763. Gasglocken 765. Gasglocken 767. Gasglocken 769. Gasglocken 771. Gasglocken 773. Gasglocken 775. Gasglocken 777. Gasglocken 779. Gasglocken 781. Gasglocken 783. Gasglocken 785. Gasglocken 787. Gasglocken 789. Gasglocken 791. Gasglocken 793. Gasglocken 795. Gasglocken 797. Gasglocken 799. Gasglocken 801. Gasglocken 803. Gasglocken 805. Gasglocken 807. Gasglocken 809. Gasglocken 811. Gasglocken 813. Gasglocken 815. Gasglocken 817. Gasglocken 819. Gasglocken 821. Gasglocken 823. Gasglocken 825. Gasglocken 827. Gasglocken 829. Gasglocken 831. Gasglocken 833. Gasglocken 835. Gasglocken 837. Gasglocken 839. Gasglocken 841. Gasglocken 843. Gasglocken 845. Gasglocken 847. Gasglocken 849. Gasglocken 851. Gasglocken 853. Gasglocken 855. Gasglocken 857. Gasglocken 859. Gasglocken 861. Gasglocken 863. Gasglocken 865. Gasglocken 867. Gasglocken 869. Gasglocken 871. Gasglocken 873. Gasglocken 875. Gasglocken 877. Gasglocken 879. Gasglocken 881. Gasglocken 883. Gasglocken 885. Gasglocken 887. Gasglocken 889. Gasglocken 891. Gasglocken 893. Gasglocken 895. Gasglocken 897. Gasglocken 899. Gasglocken 901. Gasglocken 903. Gasglocken 905. Gasglocken 907. Gasglocken 909. Gasglocken 911. Gasglocken 913. Gasglocken 915. Gasglocken 917. Gasglocken 919. Gasglocken 921. Gasglocken 923. Gasglocken 925. Gasglocken 927. Gasglocken 929. Gasglocken 931. Gasglocken 933. Gasglocken 935. Gasglocken 937. Gasglocken 939. Gasglocken 941. Gasglocken 943. Gasglocken 945. Gasglocken 947. Gasglocken 949. Gasglocken 951. Gasglocken 953. Gasglocken 955. Gasglocken 957. Gasglocken 959. Gasglocken 961. Gasglocken 963. Gasglocken 965. Gasglocken 967. Gasglocken 969. Gasglocken 971. Gasglocken 973. Gasglocken 975. Gasglocken 977. Gasglocken 979. Gasglocken 981. Gasglocken 983. Gasglocken 985. Gasglocken 987. Gasglocken 989. Gasglocken 991. Gasglocken 993. Gasglocken 995. Gasglocken 997. Gasglocken 999. Gasglocken 1001. Gasglocken 1003. Gasglocken 1005. Gasglocken 1007. Gasglocken 1009. Gasglocken 1011. Gasglocken 1013. Gasglocken 1015. Gasglocken 1017. Gasglocken 1019. Gasglocken 1021. Gasglocken 1023. Gasglocken 1025. Gasglocken 1027. Gasglocken 1029. Gasglocken 1031. Gasglocken 1033. Gasglocken 1035. Gasglocken 1037. Gasglocken 1039. Gasglocken 1041. Gasglocken 1043. Gasglocken 1045. Gasglocken 1047. Gasglocken 1049. Gasglocken 1051. Gasglocken 1053. Gasglocken 1055. Gasglocken 1057. Gasglocken 1059. Gasglocken 1061. Gasglocken 1063. Gasglocken 1065. Gasglocken 1067. Gasglocken 1069. Gasglocken 1071. Gasglocken 1073. Gasglocken 1075. Gasglocken 1077. Gasglocken 1079. Gasglocken 1081. Gasglocken 1083. Gasglocken 1085. Gasglocken 1087. Gasglocken 1089. Gasglocken 1091. Gasglocken 1093. Gasglocken 1095. Gasglocken 1097. Gasglocken 1099. Gasglocken 1101. Gasglocken 1103. Gasglocken 1105. Gasglocken 1107. Gasglocken 1109. Gasglocken 1111. Gasglocken 1113. Gasglocken 1115. Gasglocken 1117. Gasglocken 1119. Gasglocken 1121. Gasglocken 1123. Gasglocken 1125. Gasglocken 1127. Gasglocken 1129. Gasglocken 1131. Gasglocken 1133. Gasglocken 1135. Gasglocken 1137. Gasglocken 1139. Gasglocken 1141. Gasglocken 1143. Gasglocken 1145. Gasglocken 1147. Gasglocken 1149. Gasglocken 1151. Gasglocken 1153. Gasglocken 1155. Gasglocken 1157. Gasglocken 1159. Gasglocken 1161. Gasglocken 1163. Gasglocken 1165. Gasglocken 1167. Gasglocken 1169. Gasglocken 1171. Gasglocken 1173. Gasglocken 1175. Gasglocken 1177. Gasglocken 1179. Gasglocken 1181. Gasglocken 1183. Gasglocken 1185. Gasglocken 1187. Gasglocken 1189. Gasglocken 1191. Gasglocken 1193. Gasglocken 1195. Gasglocken 1197. Gasglocken 1199. Gasglocken 1201. Gasglocken 1203. Gasglocken 1205. Gasglocken 1207. Gasglocken 1209. Gasglocken 1211. Gasglocken 1213. Gasglocken 1215. Gasglocken 1217. Gasglocken 1219. Gasglocken 1221. Gasglocken 1223. Gasglocken 1225. Gasglocken 1227. Gasglocken 1229. Gasglocken 1231. Gasglocken 1233. Gasglocken 1235. Gasglocken 1237. Gasglocken 1239. Gasglocken 1241. Gasglocken 1243. Gasglocken 1245. Gasglocken 1247. Gasglocken 1249. Gasglocken 1251. Gasglocken 1253. Gasglocken 1255. Gasglocken 1257. Gasglocken 1259. Gasglocken 1261. Gasglocken 1263. Gasglocken 1265. Gasglocken 1267. Gasglocken 1269. Gasglocken 1271. Gasglocken 1273. Gasglocken 1275. Gasglocken 1277. Gasglocken 1279. Gasglocken 1281. Gasglocken 1283. Gasglocken 1285. Gasglocken 1287. Gasglocken 1289. Gasglocken 1291. Gasglocken 1293. Gasglocken 1295. Gasglocken 1297. Gasglocken 1299. Gasglocken 1301. Gasglocken 1303. Gasglocken 1305. Gasglocken 1307. Gasglocken 1309. Gasglocken 1311. Gasglocken 1313. Gasglocken 1315. Gasglocken 1317. Gasglocken 1319. Gasglocken 1321. Gasglocken 1323. Gasglocken 1325. Gasglocken 1327. Gasglocken 1329. Gasglocken 1331. Gasglocken 1333. Gasglocken 1335. Gasglocken 1337. Gasglocken 1339. Gasglocken 1341. Gasglocken 1343. Gasglocken 1345. Gasglocken 1347. Gasglocken 1349. Gasglocken 1351. Gasglocken 1353. Gasglocken 1355. Gasglocken 1357. Gasglocken 1359. Gasglocken 1361. Gasglocken 1363. Gasglocken 1365. Gasglocken 1367. Gasglocken 1369. Gasglocken 1371. Gasglocken 1373. Gasglocken 1375. Gasglocken 1377. Gasglocken 1379. Gasglocken 1381. Gasglocken 1383. Gasglocken 1385. Gasglocken 1387. Gasglocken 1389. Gasglocken 1391. Gasglocken 1393. Gasglocken 1395. Gasglocken 1397. Gasglocken 1399. Gasglocken 1401. Gasglocken 1403. Gasglocken 1405. Gasglocken 1407. Gasglocken 1409. Gasglocken 1411. Gasglocken 1413. Gasglocken 1415. Gasglocken 1417. Gasglocken 1419. Gasglocken 1421. Gasglocken 1423. Gasglocken 1425. Gasglocken 1427. Gasglocken 1429. Gasglocken 1431. Gasglocken 1433. Gasglocken 1435. Gasglocken 1437. Gasglocken 1439. Gasglocken 1441. Gasglocken 1443. Gasglocken 1445. Gasglocken 1447. Gasglocken 1449. Gasglocken 1451. Gasglocken 1453. Gasglocken 1455. Gasglocken 1457. Gasglocken 1459. Gasglocken 1461. Gasglocken 1463. Gasglocken 1465. Gasglocken 1467. Gasglocken 1469. Gasglocken 1471. Gasglocken 1473. Gasglocken 1475. Gasglocken 1477. Gasglocken 1479. Gasglocken 1481. Gasglocken 1483. Gasglocken 1485. Gasglocken 1487. Gasglocken 1489. Gasglocken 1491. Gasglocken 1493. Gasglocken 1495. Gasglocken 1497. Gasglocken 1499. Gasglocken 1501. Gasglocken 1503. Gasglocken 1505. Gasglocken 1507. Gasglocken 1509. Gasglocken 1511. Gasglocken 1513. Gasglocken 1515. Gasglocken 1517. Gasglocken 1519. Gasglocken 1521. Gasglocken 1523. Gasglocken 1525. Gasglocken 1527. Gasglocken 1529. Gasglocken 1531. Gasglocken 1533. Gasglocken 1535. Gasglocken 1537. Gasglocken 1539. Gasglocken 1541. Gasglocken 1543. Gasglocken 1545. Gasglocken 1547. Gasglocken 1549. Gasglocken 1551. Gasglocken 1553. Gasglocken 1555. Gasglocken 1557. Gasglocken 1559. Gasglocken 1561. Gasglocken 15